

UB Braunschweig

84



10262-487-6

VIII. 9. 54.

Mittheilungen  
zur Erläuterung  
der  
**Braunschweigschen Geschichte**  
und  
**Gesetzgebung.**

---

Von  
**G. p. von Bülow,**  
vormals Herzoglich Braunschweigischem Cammerdirector.

BIBLIOTHEK  
HERZOGL.  
TECHN. MUSEUM  
CARLO-WILHELMINA  
BRAUNSCHWEIG.

---

**Braunschweig,**  
Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

**1839.**

## V o r w o r t.

---

Die hier dem Publicum übergebenen Aufsätze sind aus einem Rückblicke des Verfassers auf die frühere Zeit seines im Staatsdienste zugebrachten Lebens hervorgegangen. An Betrachtungen und Arbeiten dieser Art gewöhnt, hat er solchen Aufzeichnungen einen Theil seiner Muße gewidmet, und es schien diese Auswahl der Mittheilung nicht unwerth, weil sie zur Berichtigung und Erläuterung der Braunschweigischen Geschichte, Gesetzgebung und Verwaltung beitragen kann. Die letzte Zeit vor der i. J. 1830 eingetretenen Staatsveränderung ist absichtlich unberührt geblieben und überhaupt zurückgehalten, was irgend hätte auf Ereignisse und Erscheinungen Beziehung nehmen oder bezogen werden können, die damit in einiger Verbindung gestanden haben. Und wo kritische Bemerkungen eingestreut worden sind, geschah es einzig in der

Absicht, einer künftigen Legislation eine geringe Vorarbeit zu liefern.

Der Verfasser befürchtet daher nicht, durch die in den hier mitgetheilten Aufsätzen ausgesprochenen Ansichten und Beurtheilungen bei billigen Lesern Anstoß zu geben. Er ist dabei nur seiner aus sorgfamer Prüfung geschöpften Ueberzeugung mit dem Vorhaben gefolgt, für Landesgeschichte und Landesverwaltung Nützlichcs zu liefern, und glaubte daher, frei von unlautern Nebenzwecken, sich offen und selbst mit Strenge ausdrücken zu dürfen, wo das ihm zweckmäßig erschien. Diesen Grundsatz hat er auch bei frühern dem Drucke übergebenen Arbeiten befolgt, und wenn seine »Beiträge zur neuern Braunschweigischen Geschichte 16. 1833,« damals in der Nationalzeitung eine Rüge mit der Lehre: *de mortuis nil nisi bene*, ihm zugezogen gehabt, so ist solche, wie zu jener Zeit unbeachtet, so auch jetzt unbefolgt geblieben, denn verleumdet hat er Niemanden, und Leichenpredigten oder Lobreden zu schreiben, lag außerhalb seines Zweckes. Bei seinem Verhältnisse zu dem verstorbenen Hofrathc Hellwig könnte jedoch dort der Vorwurf der Impietät ihm haben gemacht werden sollen, und diesem will er hier entgegen treten. Wer der getadelten Stelle a. a. O. S. 4 flg., nur den Grad der Aufmerksamkeit zuwendet, der selbst einer flüchtigen Beurtheilung vorhergehen sollte, wird finden, daß die dortige Angabe über das Herzogliche



Pageninstitut während der Jahre 1783 bis 1789 zunächst und vorzüglich gegen die demselben vorgesetzte Behörde gerichtet worden ist, von welcher die Wahl der angestellten Lehrer abhing und die leitende und einlenkende Beaufsichtigung erwartet werden mußte. Die ganze Mittheilung schien ihm zur Schilderung jener Zeit zu gehören, und wenn dabei des Hofraths Hellwig erwähnt worden, so war es nicht zu vermeiden, weil dieser Pagenhofmeister damals war. Dieser Mann hat sich übrigens, wie überhaupt, so besonders gegen den Verfasser beinah ein halbes Jahrhundert hindurch und unverändert als ein durch Vorzüge des Geistes und Herzens gleich ausgezeichnete Mensch gezeigt. Mit einer vielseitigen Gelehrsamkeit, einer seltenen Klarheit, Willensfestigkeit, Geschäftsrüchigkeit und Menschenkenntniß verband er den liebenswürdigsten Character, war echter Freundschaft fähig, und den Schein derselben nach Glück oder Unglück, Einfluß oder Nichtgeltung zu modeln unfähig, hülfreich, freimüthig und, wie ehrerbietig gegen Obere und fern von Kriecherei, so milde und freundlich gegen Untergebene und Niedere. Der Verfasser ist mit ihm stets in ununterbrochen freundschaftlichen Verhältnissen gewesen, hat ihn immer als seinen zweiten Vater geliebt und geehrt, auch seiner ausgezeichneten Zuneigung sich zu erfreuen gehabt. Die dankbare Erinnerung an diesen edlen Mann wird in ihm nie-erlöschen, er nicht aufhören, den Wenigen ihn beizuzählen,

die der Tod allein von ihm getrennt hat, — mihi  
*Thesea pectora juncta fide.*

Um Mißdeutungen vorzubeugen, ist noch zu bemerken, daß die hier folgenden Aufsätze, bis auf den später verfaßten letzten, sämmtlich bereits vor der Mitte des Jahrs 1838, die mehrsten viel früher vollendet worden sind.

---

# I n h a l t.

---

I.	Adel und Aristokratie im Herzogthume Braunschweig, um die Zeit der Französischen Revolution und der Restauration des Welfenhauses.....	1
II.	Bemerkungen zu den Artikeln im Rotted-Welfer'schen Staats-Lexicon: Braunschweig (Herzogthum), Braunschweig (Stadt) und Braunschweig'sche Landstände. Thl. II, S. 718 flg.....	13
III.	Zur Geschichte der Herstellung der Landschaft im Herzogthume Braunschweig i. J. 1819.....	18
IV.	Nachlese zur Geschichte des Landtags v. J. 1819 flg.....	27
V.	Ueber die Herzogliche Verordnung vom 2. Januar 1818 und den Rechtsstreit wegen des vormaligen Deutschordensguts zu Lufsum. Mit einer Anlage.....	40
VI.	Herzogliche Schatzgüter.....	60
VII.	Zur Geschichte der Benutzung der Cammer- und Klostergüter. Mit einer Anlage.....	64
VIII.	Ueber einige Gegenstände der neuern Gesetzgebung.....	78
IX.	Das Cammergut des Hauses Braunschweig....	85
X.	Berichtigung einer Stelle in des Verfassers: Beiträge zur neuern Geschichte Braunschweigs (1833).....	97
XI.	Ueber einige von der Regierung in den ersten Jahren nach der Restauration (1814) angeordnete öffentliche Arbeiten.	99
XII.	Grenzberichtigung mit Hannover.....	105
XIII.	Errata und Berichtigungen zum Artikel: Hannover, im Rotted-Welfer'schen Staatslexicon, VII, S. 375 flg.....	109

---

# I.

## Adel und Aristokratie

im

Herzogthume Braunschweig um die Zeit der Französischen Revolution und der Restauration des Welfenhauses.

Es ist weder des Verfassers Absicht, noch hier der Ort, in den Streit über die Vorgeschichte des niedern Adels in Deutschland sich zu mischen. Nur die geselligen Verhältnisse dieses Standes, das ihn betreffende öffentliche Recht im Herzoglich Braunschweigischen Gebiete, seine Stellung zu seinen Mitbürgern, das ist der Gegenstand, zu dessen Erläuterung diese kurzen Angaben dienen sollen, und so bleibt hier dahin gestellt, ob zu der Römer Zeit die Deutschen einen Adel hatten; wie der Begriff des Adelsstandes festgesetzt werden müsse; inwiefern die Ausbrüche von Rohheit im rohen Mittelalter vorzugsweise beim Adel anzutreffen gewesen sind; welche Sünden seinen Vorfahren beigemessen werden können, um sie jetzt den Urenkeln anzurechnen; endlich gar, ob die Sündfluth durch den damaligen Adel verwirkt worden sei, nach Moses I, 6 \*). Möge es glücken, dem

\*) Siehe Staatslexikon von v. Rotteck und Weller I, 257 ff. Fleischhauer, die deutsche privilegierte Lehn- und Erb-Aristokratie, vernunftmäßig und geschichtlich gewürdigt 2c. 1831. Vernunft? — Nun ja! Wie oft sind nicht philosophische Speculationen, selbst ein anständig gekleideter Jacobinismus, unter dieser Firma aufgetreten, und wie oft sind nicht Recht und Vernunft durch solche Modeartikel, Zeitgeist u. dergl. m. vorübergehend zurückgebrängt worden.

Nachtheile mit Erfolg entgegen zu treten, der aus einer dünnfahften Anwendung allgemeiner Begriffe, der Krankheit unserer Zeit, zu entstehen pflegt.

Da der Unterschied der Stände von den liberalen Schriftstellern bekämpft und gegen den Adel dessen Privilegien, besonders als dem Ganzen verderblich, hervorgehoben werden; so mag dem Umfange dieser Adelsprivilegien im Braunschweigischen einige Nachforschung gewidmet werden; und hier ergiebt sich denn, daß dem Adel als solchem, nämlich vermöge seiner rechtlich ausgezeichneten Abstammung, weder ein besonderer Gerichtsstand, noch Steuerbefreiung, noch irgend ein Anspruch und ein die andern Stände ausschließendes Recht auf gewisse Staatsämter und die höhern Stellen im Militair zugestanden haben; daß die obern Hofämter freilich, allein ohne eine, die Wahl des Herzogs bindende gesetzliche Bestimmung, ihm vorbehalten geblieben waren, er also keines andern Vorrechtes genossen gehabt, als den eines in der öffentlichen Meinung gegründeten, wesenlosen Borganges bei gesellschaftlichen Vereinigungen, und des freiem Zutritts bei Hofe, sowie gewisser Curialien in den Ausfertigungen der Dykasterien. Aus einem, vor den andern Landgütern ausgezeichneten, freien Grundeigenthume hervorgegangen, theilte sich der in diesem Besitze gegründete Vorzug, der Adel, zugleich mit demselben, den Nachkommen, und zwar nicht bloß den im Besitze folgenden, sondern zugleich den übrigen Mitgliedern der Familie mit, weil nach damaligen Rechtsgrundsätzen diesen ein Miteigenthum, unabhängig vom eigentlichen Genuße, gehörte, und eine Erbfolge unter gewissen gesetzlichen Bestimmungen, darin zustand. Außer diesem Erbrechte verlieh jenes Sammeigenthum, gleich dem Lehnrechte, die agnatischen Befugnisse und eine Theilnahme an der Landstandschaft \*); also kann in der Mittheilung des Adels an sämtliche Mitglieder der bevorzugten Familie nur eine fol-

---

\*) Daher finden wir, daß der Sohn oft zugleich mit dem Vater die Landesverträge vollzogen, der stimmführende Inhaber auch wohl zugleich als Vertreter seiner Agnaten sie unterschrieben hat.

gerechte Wirkung der Alle betreffenden Ursache wahrgenommen werden. Alle Vorrechte des Adels waren also anfänglich allein in dem geeigneten Grundbesitz gegründet, und gewährten eine Auszeichnung im Volke, durch die durch sie bedingte Stellung am Hofe des Landesfürsten und auf Landtagen, begleitet von einer Abschließung gegen Bürger und Bauer, weil Diesen seine Lage, Jenen die Richtung auf die neu erwachte Gewerththätigkeit von der Concurrenz zurückhielt. Die Ausbildung des Ritterthums im ursprünglichen Wortverstande vollendete diese Sonderung, indem die Aufnahme in diesen über das ganze christliche Europa verbreiteten Orden von jenen Gutsbesitzern und deren Agnaten erstrebt ward, so daß bald jeder derselben, war ihm die Ritterwürde nicht zu Theil geworden, sich wenigstens als Candidaten derselben zu geben und damit auszuzeichnen pflegte \*), und der Glanz, welchen die Ansichten jener Zeit dem Stande der Ritter zuwandten, welchem anzugehören selbst Könige und Fürsten zur Ehre sich rechneten, den Adel in der öffentlichen Meinung noch mehr erhob. Diese Verbindung des Adels mit dem Ritterthume veranlaßte ferner, daß er später diesem gleichsam untergeschoben ward, die Würde, welche früher nur der Lohn persönlichen Verdienstes war, sich also zum Erbgute gestaltete, und unabhängig vom Grundbesitze auf die Nachkommen übertrug, zugleich aber er in einen Stand überging, der nicht an das öffentliche Recht eines Deutschen Territors oder des Reiches selbst gebunden, vielmehr, soviel den persönlichen Vorzug betrifft, in den christlichen Ländern Europens überhaupt galt und anerkannt wurde. Diese Verhältnisse, verbunden mit den, längst erblich in den Händen der zum Adel übergegangenen Grundbesitzer sich befindenden obern Hofämtern, der Ministerialität, entschieden über dieses Standes Stellung zum Landesfürsten und dessen Hofhaltung, und erzeugten, ohne

\*) Wer nicht als Ritter sich bei Ausstellung von Urkunden unterschreiben konnte, bezeichnete sich dann wenigstens als Knappe (Knecht, famulus, squire, écuyer). Beispiele in des Verfassers Beiträgen a. Gesch. d. Br. L. 1829. S. 17 fg.

Zurücksetzung der andern Stände und als aus der Sachlage sich ergebend, den Vorzug des Adels bei Hofe. Der Lehnverband erhielt die Rittergüter bei den Familien des Adels; wo derselbe jedoch ausnahmsweise nicht bestand, ging ihr Besitz wohl auch zu Nichtadelichen über, und veranlasste Scheidung unter den persönlichen und dinglichen Vorrechten des Adelsstandes. Diese hafteten am Rittergute, ohne ferner den Adel neu zu begründen, welchem nur die Ersten als Standesprivilegien verblieben, und der Erwerb solcher Güter war niemals in den Herzoglichen Landen den Mitgliedern des Adels ausschließend vorbehalten, obwohl die neuen Erwerber gewöhnlich in diesen Stand durch erlangte Diplome übergingen \*), ohne daß eine solche Standesveränderung eine Bedingung der Zulassung zu irgend einem, dem erworbenen Grundbesitz zugestandenem, Vorrechte gewesen wäre. Zu diesen dinglichen vom Besitze abhängenden und mit ihm verloren gehenden Rechten zählten die Steuerbefreiung und der bevorzugte Gerichtsstand; jene, weil der Lehnserwerb die Regel bildete und das Landesfürstliche Ober-eigenthum, *dominium directum*, die dem Fürsten zustehende Steuerfreiheit auch den darunter begriffenen Lehnsgütern sicherte; und dieser, weil Ministerialen und Vasallen als solche nur dem Obergerichte, nicht der Patrimonialjustiz der Ämter u. s. w. unterworfen waren. Dem Adel ohne Rittergutsbesitz stand keins dieser beiden Ausnahmsrechte zu, sowie der Nichtadlige ihrer vermöge seines Ritterguts unbedingt genoß. Die Landstand-schaft haftete ebenfalls auf dem Rittergute, und dessen nicht-adliger Besitzer übte deren Rechte gleich dem adligen Inhaber, war selbst zum Tragen der ritterschaftlichen Uniform, die unter Herzog Carl Wilhelm Ferdinand eingeführt ward, ebenfalls berechtigt. Bei Besetzung der Staatsämter und der Anstellung im Militair hatte kein Stand ein besonderes, am wenigsten ein ausschließendes Recht. An der Spitze der Verwaltung als Canzler, Geheimeräthe, Vorstände der Dykasterien und Cammern,

---

\*) S. die sogenannten Canzlerfamilien, v. Schwarzkoppen, v. Stopler, v. König, v. Bräuning, v. Mynsinger, v. Böttcher, v. Lüdecke u. A.

finden sich fast immer Nichtadlige, und ein Gleiches ergab sich beim Militair, in dessen Offizierstellen, der Adel zwar die Regel, allein nicht ohne mehrere Ausnahmen, bildete. Fand in Beziehung auf die obern Hofämter ein Anderes Statt, so geschah es ohne gesetzliche Bestimmung, nach altem Herkommen und dem durch ganz Europa verbreiteten Gebrauche gemäß, von welchem abzuweichen die vielfachen Berührungen der Höfe unter einander nicht erlaubten, wenigstens widerriethen \*). Der unbegüterte und ein öffentliches Amt, welches gewisse Vorrechte beilegte, nicht bekleidende Edelmann war also keineswegs als solcher privilegiert, wenn die gesellige Auszeichnung nicht dahin gezählt wird, was kaum ohne Ueberschätzung geschehen könnte, da sie allein im Zutritt zu den Vorstellungen bei Hofe, und bei dessen größern Vereinigungen, den Curen u. s. w. bestand. Andre Gelegenheiten, den Vorrang geltend zu machen, ergaben sich kaum, und wo ja, da veranlaßte das Zusammentreffen mit den ebenmäßig im Range ausgezeichneten, im Dienste des Staats und des Fürsten angestellten Personen seine Wirkung unmerklich machende Verhältnisse.

Werden dem Adel die Privilegien, als dem vernünftigen Staatsrechte widersprechend, vorgehalten, so entnimmt man

---

\*) In dem vorerwähnten Aufsatze des Kottet-Bellerschen Staatslexikons I, S. 344 wird, mit der unter dem Schilde strenger Gerechtigkeit überall hervorblickenden Befangenheit, die Schilderung Montesquieu's vom Charakter der Hofleute, *Esprit des loix*, III, 5. dem Adel vorgehalten; allein dieser Schriftsteller widerspricht sich hiermit keineswegs in dem behaupteten Maaße, denn er handelt von den bei uns sogenannten Hofschranzen und ohne ausschließende Beziehung auf den Adel an den Höfen. Bekanntlich giebt es aber in der Umgebung des Fürsten auch der Nichtadligen Viele, und die Secretäre, Cammerdiener, Lakaien theilen Einfluß und Schmiegsamkeit mit den adligen Hofleuten; haben auch mehr Veranlassung und Gelegenheit, in den vorerwähnten Eigenschaften sich auszubilden. Man blicke nur auf die Zusammensetzung der Camarillen neuerer Zeit. Allein, ausschließend auf den Hofadel angewendet, zeigt sich jenes Allegat pilanter, und wann wäre nicht die Kritik der Parteilucht nachgesetzt worden?



ferner aus seiner Absonderung von den übrigen Classen der Gesellschaft einen bitteren Vorwurf. Diese allerdings dem Ganzen nachtheilige Trennung geht aber mehr aus den Umständen hervor, als sie allein dem Adel beigemessen werden kann. Als im Mittelalter die Städte sich erhoben, der Lohn der Gewerthätigkeit den Bürger bereicherte und in ihm ein neuer Stand sich gebildet hatte, durch Wohlhabenheit geeignet, mit dem Adel in jeder Hinsicht in die Schranken zu treten, lag der Antagonismus in diesem Verhältnisse, und erweiterte die Kluft, welche bei getrennter und völlig verschiedener Lebensweise sich bereits zwischen beiden Ständen hatte öffnen müssen. Dennoch fand anfänglich keine andere gesellige Scheidung Statt, als diejenige, welche aus der Lebensweise hervorging. Auf seinen Burgen und Höfen lebend, sah sich der Adel auf den Umgang mit seinen Standesgenossen in der Umgegend beschränkt, ohne in der Wahl seiner Genossen durch Rastengeist und Hochmuth bestimmt zu werden. Er lebte mehr für sich, als für gesellige Vereinigung, welche nur bei außerordentlichen Veranlassungen stattfand, und wo dieses geschah, entzog er sich dem Zusammentreffen mit andern Ständen keinesweges. Aber wie die Wahlverwandtschaft die übrigen Stände, ja die Genossen der Gewerbsinnungen unter einander nach ihren Classen zusammenhielt, so erging es auch dem Adel, ohne daß irgendwo an Ausschließung oder Geringschätzung der Andern gedacht wurde. Und schließt sich nicht noch jetzt der Nichtadlige nach willkürlich gebildeten Classen unter einander, der Bürger gegen den Bauer, und hier wieder der Ackerhofbesitzer vom Rosaten, Beide vom Häuslinge, mit Strenge ab? Bilden sich nicht die Klubs, schließen sich nicht neue Familienbande mit ängstlicher Beobachtung solcher Unterscheidungen? Und doch kennt der Verfasser Handwerker, selbst Bauern, die in Sitten und geselliger Bildung der Mehrzahl der höheren Classen an die Seite gestellt werden könnten. Was von allen Classen ohne Anstoß geübt wird, sollte dem Adel nicht zum Vorwurf gemacht werden, und das geschah denn auch vormals nicht, wo doch gleiche Verhältnisse bestanden. Aber man verlangte nicht nach einer

Gleichheit, die man Andern nicht zugestehen gesonnen ist; es galt noch keiner Herabziehung des höher Stehenden unter der von der Philosophie erborgten Masse der Nichtachtung eines Vorzugs, den man für sich durch Handlungen fortgesetzt anerkennt; der Zufall der Geburt sollte noch nicht außer Cours gebracht werden, zur Wertherhöhung des oft nicht minder zufälligen Erfolgs industrieller Unternehmungen, oder ererbten, auch wohl gar ohne Verdienst errungenen Reichthums. Selbst der Unterschied, welcher vom Geschlechtsadel dem Briefadel entgegengesetzt worden, war ein Ergebniß des Mißbrauches, der die Ertheilung von Adelsdiplomen in neuerer Zeit begleitet hat. Diese waren zur Handelswaare herabgewürdigt und für bestimmte Preise zu erhalten; und es kann wohl keinen Vorwurf begründen, wenn denjenigen die Gleichstellung verweigert ward, unter welchen Viele kundiger Maassen jeden Verdienstes baar waren, oder doch in Verlegenheit sich befunden hatten, den Grund ihrer Standeserhöhung zur Ausfüllung ihres Diploms anzugeben \*), während ein Jahrhundert hindurch fortgesetzter Besitz für eine vollständige Legitimation zur gedachten Auszeichnung gelten, und die Vermuthung eines verdienten Erwerbes begründen konnte. Früher, wo dieser Mißbrauch noch nicht eingeschlichen, ward jener Unterschied nicht gemacht; der durch Verdienste oder seine Stellung im Staate ausgezeichnete Neugeadelte trat vielmehr ohne Schwierigkeit in die Reihe der alten Geschlechter und in Familienverbindungen mit diesen \*\*).

---

\*) Für Beides würden sich Beispiele angeben lassen, doch mag hier Folgendes hinreichen. Um die Specification seiner Verdienste zu füllen, welche als Veranlassung der erkauften Standeserhöhung der damit unbekannten Behörde zur Ausfertigung des Diploms eingeschickt werden mußte, sah sich ein Bauverständiger genöthigt, die Verwendungen aufzuführen, welche zur Erlernung seiner Brotwissenschaft, zu Anschaffung von Kupferwerken u. d. hatten bestritten werden müssen!

\*\*) Außer den oben in der Note Seite 4 angeführten Familien mögen hier noch folgende bemerkt werden, von denen ein Gleiches gegolten hat: Koch v. Herrhausen, v. Mannsberg, Göß v. Ohlenhusen, v. Pugo, v. Patters, v. Riepen, v. Schlieffert, Feronce v. Rotenkrenz.

In dem Verhältnisse, wie die neuen Ansichten von der staatsrechtlichen Gleichheit aller Staatsbürger sich verbreiteten, veränderten sich die gesellschaftlichen Beziehungen der verschiedenen Stände. Der Adel verhielt sich leidend und nach dem Vorgefundenen, ohne zu weitem Ansprüchen zu schreiten; allein weil er den neuen Ideen nicht durchaus zuvorkommend huldigte, machten ihn die literarischen Productionen aller Art zum Gegenstande beleidigender Angriffe, und riefen so, wenn sonst die Zeit die alten Schranken allmählig niedergerissen haben würde, eine Rückwirkung hervor, wodurch sie nur mehr befestigt wurden. Wo beide Theile zwar nicht mit, jedoch neben einander friedlich und freundlich ihren Gang gemacht, erzeugte sich eine trennende Verstimmung, indem der Adel sich angefeindet fand, und eine Annäherung meiden mußte, wo er kein Entgegenkommen erwarten zu können, ja wohl dem Hohne des Siegers zu begegnen glaubte. Die Französische Occupation wirkte dann wohl heilend ein, leider aber ward später der durch sie eröffnete Weg zur freundlichen Ausgleichung wieder verlassen. Die Abwesenheit eines Hofes hatte nämlich die Hauptveranlassung der Sonderung entfernt, das Gefühl des gemeinschaftlich zu tragenden Fremdenjochs die Classen der Gesellschaft einander genähert und, den Gewaltherrschern gegenüber, sogar vereinigt, indem der Adel die Anordnungen der Zeit nicht als das Ergebnis eines Parteikampfes, sondern als die Wirkung einer unabwendbaren Gewalt, die Jedermann drückte, betrachten konnte. Bei der Restauration fand Herzog Friedrich Wilhelm während der kurzen Dauer seiner Regierung und im Drange der Ereignisse bei seinen, gegen das den Deutschen immer feindselige Frankreich gerichteten Anstrengungen keine Zeit, um diesen Verhältnissen Beachtung zu widmen und auf ihre zeitgemäße Bildung wirken zu können. Seine Hofhaltung, ziemlich wie ein Hauptquartier im Felde behandelt, kannte keine Etiquette und vereinigte Männer aller Classen nach ihrer persönlichen, auch wohl nur momentanen Bedeutenheit. Mag dieses nun in jener Zeit eines Uebergangs, wo lange fast alles Angeordnete als „provisorisch“ bezeichnet ward, der Absicht nach nur bis

zur Einführung einer bleibenden Ordnung nach hergestelltem Frieden, geschehen sein; so veranlaßte es doch die Vermuthung, es beabsichtige der wiedergekehrte Fürst die alten Schranken nach den neuen Ansichten umzuformen, und damit fand sich dieser Punkt zu einer künftigen Entscheidung verstellt. Nach des Herzogs glorreichem Tode ward jedoch hierzu nicht geschritten. Die vormundschaftliche Regierung während seines Nachfolgers Minderjährigkeit mochte diesem darin nicht vorgreifen wollen, und so wurden bei den damals nur selten stattfindenden Vereinigungen am Hofe die Einladungen nach der alten Hofordnung, als der allein vorhandenen Regel über diesen Gegenstand, bestimmt. So sich selbst überlassen, wich die Gesellschaft bald in die früher trennenden Abtheilungen zurück, durch das Verfahren bei Hofe darauf gewiesen. Und zwar geschah dieses vom Abel, indem er zugleich den Umständen nachgab. Denn im Ganzen wenig bemittelt, und den Luxus der reichen Kaufmannschaft auch nur annähernd auszulegen nicht vermögend, zog er sich von Berührungen zurück, wo er befürchtete, den Reichtum als allein geltendes Maas geselligen Ansehns betrachtet anzutreffen. Dieser Rückfall in die vormalige Trennung geschah daher ohne Antagonismus, und würde ohne auflösende Wirkung und nachtheilige Folgen geblieben sein, wenn die Regierung, als über alle Classen erhaben, sich durchaus neutral erwiesen und die Gelegenheiten benützt hätte, Punkte der Annäherung und Wiedervereinigung darzubieten und zeitig Del über die unruhigen Wogen des Parteigeistes zu gießen, bevor der unselige Zwiespalt liberaler und conservativer Ansichten sie wieder erregen konnte. Dieses unterblieb, und bald zeigten sich Spuren eines bittern Gefühls getäuschter Erwartung, ließen sich Klagen vernehmen über Rückschritte, Aristokratismus u. s. w. \*).

---

\*) Dieses war der Fall, als die Unterdrückung der Carbonari in Piemont und Neapel (i. J. 1821), und der Cortes in Spanien (i. J. 1823), durch Festmale öffentlich gefeiert ward, welche auf Unterzeichnung veranstaltet waren. Wohl möchte es angemessener gewesen sein, hätte die Regierung dieses unter der Hand hinter-

Wenn dem Zeitgeiste folgend, sich Stimmen gegen den Aristokratismus erhoben haben, so lag dem, wenigstens in Braunschweig, eine Begriffsverwechslung zum Grunde. Eine wirkliche Aristokratie hat es da nie gegeben; und wie der Adel als solcher dort politische Vorrechte niemals genossen, so fehlt es an einer andern Verbindung oder Körperschaft, die einen verfassungsmäßigen oder usurpirten Einfluß auf die Regierung des Landes zu üben gehabt hätte, seinen Mitbürgern gegenüber. In den Versammlungen der Landstände bildete zwar die Ritterschaft, und unter jener wieder der Adel die Mehrzahl der Abstimmenden; allein dem Rechte nach galt die Abstimmung nach Curien, und damit waren Prälaten und Städte gegen Ueberstimmung gesichert, und überhaupt war das Gewicht der Landschaft nie von der Art, daß es den Begriff einer Aristokratie hätte erfüllen können, möchte sich auch dasselbe in den Händen einer einzigen Classe jemals vereinigt gehabt haben. War einst die Einwirkung des geistlichen Standes, etwa durch den fürstlichen Beichtvater, oder einer Familienverbindung durch vielgeltende Minister u. dergl. m., bedeutend oder gar entscheidend, so gebührt einem solchen Verhältnisse jene Bezeichnung nicht, und Coterien, Vereinigungen zu Intriguen, Familienverbindungen zur Verfolgung eigennütziger Zwecke u. s. w., sind vorübergehende Erscheinungen, an keinen Stand vorzüglich gebunden, und unter allen Verfassungen anzutreffen, vielleicht am häufigsten unter den sogenannten constitutionellen. Muß also der Gegenstand der erwähnten Ausstellung im Braunschweigschen allein in den, einzelnen Männern oder der Mehrzahl

---

trieben, wenigstens ohne Theilnahme von Seiten der Mitglieder der obersten Behörde geschehen lassen. Den Plebesern der Salons und den Patriziern der Comptoire, wie ein wißiger Franzose in solcher Beziehung sich ausgedrückt, würde damit eine gewünschte Gelegenheit zu wohlfeilen Kritiken vorenthalten worden sein. Aber freilich betrachtete die Mehrzahl der Theilnehmer, unbekümmert um den ausgehängten Schild, die Sache bloß aus dem Gesichtspunkte frohen Lebensgenusses.

einer Classe beigemessenen »aristokratischen Dünkel,« in einem »aristokratischen Geiste« gesetzt werden; so zählt sie zu dem eben so vielseitigen als unnützen Jammer über menschliche Schwachheit. Derselbe Dünkel, ein gleich abscheidender und sich überschätzender Geist findet sich in allen Ständen und Classen, die nicht eben auf der untersten Stufe sich befinden und deshalb nur von Neid erfüllt sind, weil sie nach unten sich abzuschließen keine Veranlassung finden; und wenn er beim Adel mehr hervorleuchtet, wohl auch thätiger erscheint, so ist das nur der Fall, weil mehr Augen darauf gerichtet sind und die größere Anzahl derer, welche ihm gegenüber stehen, eine lebhaftere Rückwirkung hervorruft.

Uebrigens hat die Sonderung der Stände in Braunschweig nie einen feindseligen Charakter angenommen. Auf den gewöhnlichen Umgang sich allein beziehend, schloß sie nie alle gebildeten Classen ohne Standesunterschied umfassende Vereinigungen bei fröhlichen Veranlassungen aus, und wenn es freilich an eigentlichen Volksfesten hier, wie überall im Vaterlande gefehlt \*), so haben doch die mannigfachen Erinnerungs- und Jubelfeiern die Bahn gebrochen, auf welcher später bei vervielfältigten Gelegenheiten weiter fortgeschritten ist, nicht ohne Wirkung für die Erweckung und Befestigung eines über ganz Deutschland verbreiteten Sinnes für Künste und Wissenschaften und das gemeinsame Vaterland. Nur auf diesem Wege, wenn nicht die Regierung dem Volke, sondern dieses sich selbst das Fest giebt, scheint ein edler Zweck erreicht werden zu können. Die Zusammentretenden vereinigen sich dann nicht mit der bloßen Aussicht auf kalte Reden und banale Trinksprüche, welche höchstens den Genuß einer Kritik

---

\*) Nachdem das Hambacherfest und die Pressfreiheits- und Polengelage als zur Nachfolge einladende Vorgänge nicht aufgenommen worden sind, muß die Wirkung der Empfehlung im Staatslexikon, V, S. 489 folg., noch erwartet werden.

gewähren, und dagegen befreundende Annäherung und erheiternde Unterhaltung stören \*).

\*) Die von Ovid gepriesene Wirkung geselliger Mahlzeiten:

Tunc aperit mentes, aevoque rarissima nostro

Simplicitas, artes excutiente Deo,

wird vermischt, und Comus bleibt fern. Dafür ertönt, mit dem feierlichen Ernste, womit die Alten den Göttern ihre Libationen darbrachten, ein: Meine Herren, wir trinken, u. s. w., und — es wird getrunken. Der Faden einer begonnenen Unterhaltung bleibt aber abgeschnitten, und die gellende Trompete und neue Toaste gestatten nicht, ihn wieder anzuknüpfen.

## II.

## Bemerkungen

zu den

Artikeln im Rottect-Welter'schen Staatslexikon:

Braunschweig (Herzogthum), Braunschweig (Stadt), und  
Braunschweigische Landstände. Thl. II, S. 718 folg.

Diese Aufsätze zeichnen sich vor den vielen mit gründlicher Sachkenntniß und treuem Fleiße bearbeiteten Artikeln des Staatslexikons nicht vortheilhaft aus. Mit einer merkwürdigen Oberflächlichkeit und bei gänzlichem Mangel an Quellenstudium um so auffallendern Flüchtigkeit in Benutzung der bekanntesten Geschichtswerke hingeworfen, strotzen sie von unrichtigen Angaben, und würden einer Beachtung unwerth sein, fänden sie sich nicht in einem so verbreiteten und nach Verdienst geschätzten Buche. In dieser Hinsicht werden hier einige Berichtigungen mitgetheilt. -

Zu S. 718. Nicht erst durch Heinrich des Stolzen Heirath mit Kaiser Lothars Erbtöchter i. J. 1127 wurden die Braunschweig-Lüneburg'schen Lande dem Welf'schen Hause erworben; denn ein bedeutender Theil desselben, an der Weser und im Lüneburg'schen belegen, das Billung'sche Erbgut, war bereits i. J. 1106 von seinem Vater, Heinrich dem Schwarzen, erheirathet worden.

Zu S. 719. Heinrich der Löwe starb zwar während der Acht, aber ruhig in Braunschweig und nicht in England. Er



hatte sein Eril gebrochen und kehrte vor dessen Ablauf zurück, weil man ihm nicht Wort gehalten, versöhnte sich auch gewissermaßen mit Kaiser Heinrich VI., durch Vermittelung des Pfalzgrafen Conrad am Rhein, zu Lilleda in Thüringen.

Otto, Heinrichs des Löwen zweiter Sohn, hat mit seinen beiden Brüdern in dem Welfischen Erbgute sich gleichmäßig getheilt und Braunschweig mit dem südöstlichen Landestheile bekommen. Es ist also unrichtig ausgebrüllt, wenn hier gesagt wird, er habe auf wenige Jahre die Kaiserkrone getragen, während sein Bruder Heinrich dem Vater im Besitz der Braunschweigischen Allodien gefolgt sei.

Otto das Kind war nicht Sohn dieses Heinrich, des ältesten Sohns von Heinrich dem Löwen, sondern dieses Letzten Enkel vom dritten Sohn Wilhelm. Heinrich und Otto, die beiden ältern, starben ohne männliche Nachkommen.

Ernst der Bekenner steht mit dem Braunschweigischen Theile der Welfischen Lande, von dem der Auffas allein handelt, in keiner Verbindung, besaß den Lüneburgischen Landestheil und überall nichts vom Braunschweig-Wolfenbüttelschen. Er hat von Diesem also nicht »Alles wieder vereinigt;« ja selbst das Lüneburgische nicht einmal vereinigt besessen, da die Giffhornsche und Harburgsche Linien ihn (+ i. J. 1546) noch lange überlebten. In den das jetzige Herzogthum Braunschweig bildenden Ländern regierte bekanntlich damals das erst i. J. 1634 ausgegangene mittlere Haus Braunschweig.

Heinrich der Jüngere begann bereits eine zuvor unerhörte Thätigkeit der Regierung seines Landes zu widmen, und für die innern Verhältnisse desselben, besonders die Ruralpolizei zu sorgen, und dasjenige vorzubereiten, was seine Nachfolger, Sohn und Enkel, ausführten. Eine Polizeiordnung ward schon unter ihm ausgearbeitet und i. J. 1562 den Landständen zur Genehmigung vorgeschlagen, ohne jedoch angenommen zu werden, welche die Grundlage der Bestimmungen des Salzthalenschen Landtags-Abschiedes von 1597 enthielt, und woraus die Verordnung über Ober- und Niedergerichte v. J. 1579 entnommen ist. Auch erließ dieser Herzog am 1. November 1556

die älteste Hofgerichts-Ordnung. Jener Widerstand der Landstände gegen die Einführung der Polizeiordnung, und vor Allem der angeführte Landtagsabschied v. J. 1597, ergaben, daß Heinrich der Jüngere und sein Sohn und Enkel, so kräftig sie ihrer Ansicht Folge zu geben wußten, keinesweges über die Rechte der Unterthanen sich hinwegsetzten, die Landstände aber eben so kräftig in der Wahrnehmung dieser Rechte wirkten. Denn der Landtags-Abschied vom J. 1597 beschränkte die Ansprüche der Privatguthsherrn wie die der Herzoglichen Cammer, welche damals besonders thätig in Belästigung der gutschpflichtigen Unterthanen sich erwiesen hatte.

Zu S. 722 flg. Daß der Landtags-Abschied v. J. 1770 und die mit ihm gegebenen Privilegien allererst die Braunschweigischen Unterthanen »als Bürger« anerkannt hätten, ist zu viel gesagt. Beide Urkunden sollten ja nur die längst bestehenden Rechte ausdrücken und zusammengestellt darlegen; sie erteilten deren so wenig neue, als sie überhaupt etwas in der Verfassung oder dem Gange der Regierung veränderten. Man hatte sich durch die Noth des Landes, indem man den drückenden Schulden nicht länger vorzukommen gewußt, zur Einberufung der Stände genöthigt gesehen, und handelte mit ihnen, entschlossen, nicht mehr als das Unabwehrbare zuzugestehen und durch vorsichtige Fassung sich mehr vorzubehalten, wie dem Scheine nach eingeräumt ward. Herzog Carl Wilhelm Ferdinand gab seinem Staate allerdings »ein neues Leben,« aber keine »zeitgemäße Gestaltung.« Jenes, durch eine streng durchgeführte Geldwirthschaft und große Sparsamkeit, Vorsicht bei Besetzung der Stellen im Staatsdienste und Antrieb zu pflichtgemäßer Thätigkeit durch eigenes Beispiel, endlich durch genaue Beachtung der Rechte eines Jeden; allein von veränderten Einrichtungen, Verbesserung der Verfassung u. s. w. keine Spur. Die musterhafteste Handhabung des Vorgefundenen und eine große Begünstigung der Umstände, indem die Preise der Landesproducte einen bis dahin unerhört hohen Stand erreichten und den Wohlstand des Landmanns, sowie den Ertrag des Cammerguts und der indirecten Abgaben auf eine früher un-

erhörte Höhe trieben, entschied über den Erfolg und den Ruhm dieser Regierung. Mag viel des Guten sich von selbst gemacht haben, immer bleibt dankbar zu erkennen, daß es so sich machen konnte, nicht durch gutgemeintes Einschreiten verhindert worden ist.

Was hierauf über die neuere Zeit, von 1814 — 1830 (S. 724 — 732) gesagt wird, würde Gelegenheit zu Berichtigungen geben, welche das Maaß dieser Bemerkungen überschreiten, und in eine Geschichte der vormundtschaftlichen und der nachmals von Herzog Carl I. selbst geführten Regierung übergehen müßten. Sie mögen also zu einer besondern Bearbeitung verstellt bleiben, die den Umständen nach erst mit der Zeit erscheinen kann.

Die eben erwähnte Rücksicht gebietet, die sich aufdringenden Bemerkungen zu dem Aufsatze über Braunschweigische Landesstände hier zu unterdrücken. Was darin S. 747 über den Bauernstand, und daß derselbe früher überall nicht auf den Landtagen vertreten sei, gesagt ist, ist das Gegentheil von demjenigen, was im Staatslexikon, Thl. IV, S. 374, mit gleichmäßig ausgesprochener Untrüglichkeit gelehrt wird. Hoffentlich wird ein dritter Aufsatz bald die rechte Mitte zwischen diesen Ja und Nein entwickeln; und übrigens ist es ja eine alte Erfahrung, daß da, wo, wie hier, der Parteilampf des Mittelstandes gegen den Adel gefochten wird, eben dieselbe Thatsache zweckmäßig gefärbt, für und wieder angeführt zu werden pflegt. Wie leicht oft die ernstlich dabei gebrauchten Argumente sind, ergibt eben Thl. II, S. 747. „Es war,“ heißt es hier vorwerfend, „auch noch ganz unberücksichtigt gelassen, daß eine große Menge der Bauern im Herzogthume gar nicht der Ritterschaft durch Meierverband angehörte, sondern zum Theil der Regierung, zum Theil auswärtigen Gutsherren u.“ Als ob jeder Ritter für seine Hinterlassen allein zu bewilligen gehabt und nicht zugleich mit diesen alle übrigen Bauern vertreten hätte, weil sie sämmtlich nach gleichem Besteuerungssystem veranlagt wurden und waren! Welche Beweggründe die Vereinbarungen auf dem Landtage zu Salzthalen i. J. 1597 hervorgebracht, muß da-

hin gestellt bleiben; gewiß ist aber, daß durch deren Ergebnisse die Gutspflichtigen des Landesfürsten, wie der drei Stände, und der einheimischen wie auswärtiger Gutsherren auf gleiche Weise bedacht, und also der That nach vertreten worden sind. Wenn nun gar daselbst S. 749 behauptet wird: es sei, auf dem Landtage v. J. 1820 u., von beiden Sectionen öfter in pleno abgestimmt worden; so muß vom Verfasser, der damals Vorstand der zweiten Section gewesen ist, gerade das Gegentheil, und daß niemals durchzählend abgestimmt sei, erklärt werden. Traten beide Sectionen zusammen, so bildeten sie dennoch kein wirkliches plenum, nicht ein einziges Collegium, sondern vereinigten sich bloß, damit die Ansichten beider Abtheilungen in beider Gegenwart entwickelt und discutirt werden konnten. Eine Jede stimmte aber unter sich zum Beschlusse, und einem Uebergewichte der Ritterschaft durch die Mehrzahl ihrer Stimmen ward also nie Raum gegeben \*). Ward damals das der Landschaftsordnung v. J. 1820 »anklebende altfränkische Kleid des Mittelalters« noch nicht abgelegt und gegen ein neumodiges nach Pariser Zuschnitt vertauscht; so lag der Grund in dem Vorsatze, erst die hergestellte Verfassung zu begründen und über ihren Werth Erfahrung zu sammeln, um später mit einer besonnenen Reform fortschreiten zu können. An ein zeitgemäßes Niederreißen, um einen Bau in die Luft zu errichten, der nächstens eine neue Beute rast- und rücksichtsloser Bewegungslust werden möge, dachte damals noch Niemand. Die Speculation auf Neuerungen war noch nicht bis zu uns vorgebrungen.

---

\*) Das Verfahren bei ständischen Versammlungen außerhalb Landtags (z. B. i. J. 1829 u. 1830) kann hier nicht in Betracht kommen; denn die Landschaftsordnung schreibt nur dem Landtage das Verfahren vor.

## III.

Zur

## Geschichte

der Herstellung der Landschaft im Herzogthume Braunschweig, i. J. 1819 \*).

Die neuere staatswissenschaftliche Literatur beschäftigt noch immer die Auslegung des Art. 13 der deutschen Bundesacte, und viele Schriftsteller führen aus, daß die dort verordnete »Landständische Verfassung,« nicht etwa die hergestellte oder herzustellende alte Landschaft, vielmehr eine Volksvertretung habe sein sollen und müssen, die nach den Grundsätzen eines »vernünftigen Staatsrechts,« und den Urverfassungen der deutschen Völkerschaften entsprechend, gebildet wären. Nur eine Repräsentation der Staatsbürger dieser Art könne rechtsbeständig erachtet werden \*\*). Für diejenigen neueren

\*) Siehe von Strombeck, Staatsrechtliche Mittheilungen Heft I., wo der Hergang vollständig zu finden ist.

\*\*) S. u. A. Staatslexikon von v. Rotted und Welter, Thl. IV, S. 281 folg. und 337 folg., wo das verhaßte geschichtliche Recht mit einer »Idee der Geschichte der Deutschen« angegriffen wird, in einer durch Aufregung und Uebertreibung, wie durch Gelehrsamkeit gleich ausgezeichneten Entwicklung. Solche Phantasien gehören freilich nicht in die Reihe der so berühmten »patriotischen Phantasien,« welche in ihren Erörterungen an der Hand der vorgefundenen Geschichte, nicht einer Art Doppelgänger derselben vorschreiten.

Verfassungsgesetze, welche dieser Ansicht nicht entsprechen, liegt darin ein Vorwurf, und da, sowie das Hannoversche Patent, die Verfassung der allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs betreffend, vom 7. Decbr. 1819, so auch die Braunschweigische Landschaftsordnung vom 25. April 1820, hieher zu zählen sind, so mögen einige Bemerkungen über die Herstellung dieser letzten hier eine Stelle angewiesen erhalten.

Nach der Niederlage der Franzosen bei Leipzig nahm Herzog Friedrich Wilhelm seine Erbstaaten wieder in Besiz. Es geschah dieses nicht kraft eines neuerlangten Erwerbstituls, und etwa vermöge des Eroberungsrechts, vielmehr als Rücknahme eines von den Vorfahren überkommenen und durch Vertrag mit seinen Brüdern ihm längst eröffneten Erbgutes, welches bei der glücklichen Wendung eines lange darum fortgesetzten Krieges endlich wieder zugänglich geworden war. Der neuangenommene Sprachgebrauch nennt diesen Titel Legitimität, und wie er hier auf das landesfürstliche Regierungsrecht angewendet ward, trat er bei gleichen Umständen auch für die Braunschweigische Landschaft ein. Auch sie war nur einer fremden Gewaltherrschaft gewichen, niemals ihrem Rechte nach aufgelöst worden, denn die Errichtung einer Ständeversammlung des Königreichs Westphalen konnte nicht dafür gelten, da deren Wirkung vorübergehend wie diese ganze meteorähnliche Erscheinung gewesen war; und nach Entfernung des Hindernisses stand der alten Landschaft um so sicherer der Rücktritt in ihre frühere Stellung zu, als ja auch sie in der wiederauflebenden Staatsverfassung begriffen war. Die durch die Ereignisse nöthig gewordenen Modificationen des Alt-braunschweigischen Territorialstaatsrechts schlossen ein solches Wiedererwachen nicht aus, so wenig als die sich aussprechenden Wünsche zeitgemäßer Verbesserungen. Einer Umbildung zum Bessern mußte ja eben ein Bestehendes zur Grundlage dienen, und während des noch fortbauenden Kampfes gegen den Erben der Französischen Revolution konnte Niemand beabsichtigen, selbst revolutionair vorzuschreiten, um auf geebnetem Boden ein neues Gebäude zu errichten, was, jeder geschichtlichen Grundlage ermangelnd, keinem Angriffe

neuerungslustigen Ehrgeizes zu widerstehen, mehr als ein kurzes Dasein zu versprechen geeignet sein würde. Man ruft jetzt, um mit gleichen Waffen dem geschichtlichen Rechte entgegen zu treten, die Freiheit der Altvordern ins Gedächtniß und bringt auf deren Herstellung. Aber schon zu jener Zeit unserer Wiedergeburt blieb die deutsche Freiheit nicht unbeachtet, die lebhafteste Theilnahme ward ihr zugewandt und hatte sich in dem Kampfe für deren Wiedererlangung mit freudiger Aufopferung darge-  
than. Wie bereits vor dem Französischen Einbruche unsere Publicisten ihrer preisend und in erhebendem Selbstgeföhle bei ihren Vorträgen erwähnt hatten, so gedachte man ihrer, aber immer, nicht als eines erst durch Umwerfung des Vorhandenen zu erstrebenden Ziels, sondern als eines Vorzugs der bestehenden Reichs- und Territorialverfassungen, unter Voraus-  
setzung ihrer ungeschmälerten Ausübung. Diese Freiheit, nämlich Nationalselfständigkeit durch Befreiung vom Franzosen-  
joch, durch Herstellung der althergebrachten Landstände und durch die Unabhängigkeit der Rechtspflege, selbst gegen den Landesfürsten, hatte man damals nur im Sinne, wie denn eben ein solcher öffentlicher Zustand nach dem Sprachgebrauche mit der Benennung deutscher Freiheit bezeichnet ward, und eben einen solchen werden daher die hohen Allirten bei dem so vielfach ihnen jetzt vorgehaltenen Aufrufe von Kalisch vor Augen gehabt haben und haben versprechen wollen \*).

---

\*) Die Ideale der heurigen Literaten und der Publicisten dieser Farbe, können wohl nicht zur Auslegung dieses Aufrufs angewandt werden. Sie sind spätern Ursprungs, entnommen aus einem Rückblick in das graue, ziemlich vorhistorische Alterthum, wobei man der preiswürdigen Mäßigung solcher Autoren noch verdanken muß, nicht bis zum Stande der Unschuld im Paradiese, oder doch bis zu der Zeit zurückgegangen zu sein, »wo Adam pflügt und Eva spann.« Vergl. Staatslexikon a. a. O. Uebrigens hat Preußen sein Wort gelöst, indem es durch die Anfangs und am 1. Mai 1815 auf dem Wiener Congresse zur Berathung eingegebenen Noten über die Bundesverfassung, den vorzuschreibenden »ständischen Verfassungen« umfassende Bestimmungen ihrer Befug-

Jene Rückkehr in die alte verfassungsmäßige Landesvertretung hätte vom engern Ausschusse der Landschaft ausgehen können, weil eben diese ständische Deputation die Obliegenheit hatte, bei schnell zu beachtenden Gelegenheiten die Rechte der Landstände zu wahren, und obwohl während der feindlichen Besetzung des Landes zwei Mitglieder desselben gestorben waren, so hatten dennoch die Schatzräthe v. Plessen, v. Cramm und v. Bötticher, also die Mehrzahl und genug, um den Ausschuss selbst als Collegium darzustellen, jenen vorüberziehenden Orkan überlebt. Auch traten diese zu ständischen Berathungen zusammen, allein sie beschränkten ihre Thätigkeit auf Anfragen und Vorstellungen bei der Herzoglichen Regierung, statt gleichen Schritts mit dieser ihre Stelle wieder einzunehmen \*).

Diese Säumniss brachte übrigens dem Lande keinen Nachtheil, und bei der endlich im Herbst 1819 von der Regierung verfügten Wiederbelebung der Landstände zeigte sich, daß jene,

---

nisse zu erteilen und durch den Bund sicherstellen zu lassen, stimmte. Daß der Art. 13 der Bundesacte diesem Antrage nicht entsprochen, war die Wirkung eingelegten Widerspruchs und der Achtung gegen die neugeschaffene Souverainetät der andern Bundesfürsten. An eine einzuführende Repräsentativ-Verfassung, d. h. eine Theilung der Staatsgewalt mit dem Volke, dachte gewiß keiner der Fürsten weder zu Kalisch, noch in Wien. S. Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820, Art. 57.

- \*) Jene drei Schatzräthe waren übrigens in ländlicher Zurückgezogenheit auf ihren Gütern, und ohne Verbindung mit dem Hofe lebende, allgemein hochgeachtete Ehrenmänner, und keineswegs »in einen feigen, höfischen und selbstsüchtigen Götzendienst« versunken, wie eben so hämisch als unwahr von neuliberalen Schriftstellern gern als allgemein gültige Regel aufgestellt werden möchte beim Adel, dem man jede Auszeichnung zu entreißen bemüht ist, während von ihm Mögliches und Unmögliches zur Förderung der gegen ihn angerufenen »vernunftrechtlichen« Ideen vertrauensvoll verlangt wird, und er, der Anfeindungen sich zu erwehren, genug zu thun findet und die erregte Erbitterung erst niederdrücken muß, um einer Thätigkeit fürs Gemeinwohl ungetrübt sich überlassen zu können.



weit entfernt, die alte Verfassung umzustossen und darüber willkürliche Bestimmungen, als ein Gnabengeschenk, jetzt Octroy benannt, zu verleihen, - nur auf dem Grunde des bestehenden Rechts fortbauen wollte. So weit die veränderten Umstände erlaubten, wurden nämlich die alten Landstände wieder einberufen und mit denselben über eine zeitgemäße Verbesserung, eine Reform der Landesverträge im Wege einer Vereinbarung zwischen Fürsten und Ständen die Unterhandlung eröffnet, keineswegs aber an die Einführung einer Repräsentativ-Verfassung im neuen Wortverstande gedacht, um die junge Souveränität des Fürsten aufs Volk zu übertragen. In diesem Verfahren liegt dabei eine Erklärung des eigentlichen Sinnes des Art. 13 der Bundesacte, worüber noch immer gestritten wird, und zwar eine gleichsam authentische Auslegung desselben, indem sie nicht nur von einem der dabei mitpaciscirenden Fürsten, dem königlichen Vormunde des Herzogs, ausgegangen ist, sondern auch zwei Staatsmänner dazu vorzüglich gewirkt haben, welche als Bevollmächtigte ihrer Landesfürsten an den vorgängigen Berathungen auf dem Wiener Congresse Theil genommen hatten, nämlich der Königlich Hannoverische Minister, Graf v. Münster, und der Herzoglich Braunschweigische Geheime-Rath v. Schmidt-Whiselded. Es ergibt sich auch die Absicht der hohen Bundesmitglieder aus einer Zusammenstellung der betreffenden Artikel der Bundesacte und der Wiener Schlußacte. Die erste nämlich bestimmt (Art. 13) bloß das Bestehen einer landständischen Verfassung und begründet damit die Regel, ohne über den Umfang der Volksrechte, die Form der Repräsentation u. s. w., zu verfügen. Die weitere Ausführung des damit festgestellten Grundsatzes giebt sodann die Schlußacte. Diese verfügt nun Art. 55, daß, wo solche Verfassungen noch nicht bestehen, sie eingeführt werden sollten, und zwar von den souverainen Fürsten, als »innere Landesangelegenheit,« nämlich ohne Einmischung des Bundes durch Vorschreiben einer Verfassungsgrundlage u. dergl., und diese Einführung solle Statt finden, »mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhält-

nisse« \*). Fänden sich dergleichen aber, verordnet sodann der folgende Art. 56 noch »in anerkannter Wirksamkeit bestehend,« dann dürfe eine landesfürstliche Anordnung einseitig nicht eintreten, und könnten gewünschte, selbst nöthig erachtete Abänderungen »nur auf verfassungsmäßigem Wege, d. h. mittelst Vereinbarung zwischen Fürsten und Ständen, getroffen werden. Diese Bestimmungen sind die einzigen, denen eine unsern Gegenstand betreffende gesetzliche Kraft beigemessen werden kann. Die einzelnen Erklärungen, welche vor dem gefaßten Beschlusse von den verschiedenen Höfen abgegeben sein mögen, selbst der Aufruf von Kalisch, können dahin nicht gezählt, vielmehr nur als vorläufige Aeußerungen während der gemeinsamen Berathung, als aufgegebene oder der Stimmenmehrheit untergeordnete Ansichten betrachtet werden. Wäre die Absicht der hohen Contrahenten weiter gegangen, als dort und durch Aufstellung des Hauptgrundsatzes: die Staatsgewalt müsse ungetheilt dem Fürsten verbleiben (Wiener Schl. Acte Art. 57), klar ausgesprochen ist; so würden sie sich unstreitig näher erklärt, die Grundzüge der Verfassungen angegeben oder wenigstens der Bundesversammlung eine besondere Einwirkung auf das Verfassungswerk, nach vorläufig besprochenen oder zur Uebereinkunft verstellten Normen, vorbehalten haben, statt diese bloß auf einzelne der Bildung der Verfassung fremde Punkte zu beschränken, wie doch in der Wiener Schlußacte Art. 60 u. 61 geschehen ist \*\*). Der von der Regierung ein-

---

\*) Nämlich: eine ständische Verfassung nach den Principien der Repräsentativ-Verfassung modificirt und so beide Systeme verbunden, ohne das Verhältniß zum Fürsten umzuwandeln.

\*\*) Die Ansichten und Anträge, welche bei Gelegenheit des Königlich Hannoverschen Patents v. 1. Novbr. 1837 von einigen Schriftstellern und in einzelnen Ständeversammlungen geäußert oder gemacht sind, scheinen hienach beurtheilt werden zu müssen. Nach der natürlichen Verbindung des Art. 56 der Schlußacte mit dem vorhergehenden Art. 55, bezieht derselbe sich bloß auf den andern Fall, den nämlich, wo damals zwar eine landschaftliche Verfassung noch im Gange gewesen, allein einiger Abänderung bedürftig befunden

geschlagene Weg zu Verbesserung der Landesverfassung war daher, wie schon durch die Regeln der Vorsicht und Billigkeit empfohlen, der allein gesetzmäßige.

Die Bildung der für die Unterhandlung über die Ausbildung der Landesverfassung zu berufenen Ständerversammlung bot vielfache Schwierigkeit dar. Bei der Ergänzung der seit der Französischen Occupation durch den Tod gelichteten Reihe der Prälaten, trat sie freilich nicht ein. Die Ernennung zu den erledigten Stellen in der Prälatur standen schon früher der Regierung, mit alleiniger Ausnahme derjenigen der Stifter St. Blasius und St. Cyriacus zu, welche daher diesen Weg ohne einigen Anstoß einschlagen konnte, und für den fehlenden Decan des Blasiusstifts trat einer der überlebenden Präbendarien ein, da angenommen wurde, daß jene beiden Stifte in der durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Febr. 1803 ausgesprochenen Säkularisation begriffen wären, und der endlichen Verfügung darüber durch den Herzog während seiner Minderjährigkeit nicht vorgegriffen werden sollte. Die Städte, durch die Vorsteher ihrer Magistratur vertreten, wirkten früher nach verschiedenem Verhältnisse zu der Ernennung ihrer Deputirten mit, insofern sie an der Wahl ihrer Bürgermeister mehr oder weniger Theil nahmen. Dieses fand sich im Jahre 1819 abgestellt, und die Stadtbehörden allein von der Regierung eingesetzt. Es sollte jedoch eine angemessene Communalordnung erst mit der künftigen Ständerversammlung berathen werden, und daher wurden die zeitigen Stadtbeamten zum Landtage berufen, indem angenommen ward, daß sie vorerst als Vertreter der Städte vermöge zu vermuthenden oder stillschweigenden Auftrags gelten müßten, bis die beabsichtigte neue Art ihrer Ernennung bestimmt sein werde. Bei der

---

werden möchte. Für spätere Vorfälle und zur Aufrechterhaltung einer angefochtenen Verfassung dürfte die Bundesversammlung, wenigstens nicht auf den Grund des Art. 36 einschreiten, sofern nicht die nachgelassenen Ausnahmen (Art. 60 u. 61) anwendbar befunden werden sollten oder eine Analogie geltend zu machen ist.

Ritterschaft konnten solche Bedenklichkeiten nicht eintreten; wohl aber machte das Vorhaben der Regierung, für die gesammten Herzoglichen Lande eine gemeinschaftliche Landschaft einzuführen, die Aufstellung eines neuen Verzeichnisses der stimmfähigen Rittergüter nothwendig. Bei dieser Gelegenheit wurden den Rittergütern des vormals Wolfenbüttelschen Landes theils diejenigen des Blankenburgschen hinzugefügt, allein die im Amte Thedinghausen belegenen übergingen. Diesen hätte unstreitig die Zulassung gebührt. Als nämlich die Krone Schweden im Celleschen Frieden vom Jahre 1679 dem Hause Braunschweig den am linken Ufer der Aller belegenen Theil des Herzogthums Bremen abtrat, so wurden den Bewohnern dieses Theils ausdrücklich die Erhaltung ihrer bisherigen Rechte vorbehalten \*), und es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, daß die Eigenschaft eines Ritterguts und das Stimmrecht auf den Landtagen unter diesen Gerechtsamen begriffen worden ist. Die im Hannoverschen Antheile dieser Erwerbung belegenen Rittergüter sind auch sofort der Hoya'schen Ritter- und Landschaft angeschlossen, weil das aus jenem Antheile gebildete Amt Westenthedinghausen zur Grafschaft Hoya geschlagen ward. Das Braunschweigische Amt blieb damals in einem unklaren Verhältnisse, indem es den ältern Herzoglichen Landestheilen nicht vollständig einverleibt und namentlich außer Verbindung mit der Wolfenbüttelschen Landschaft gelassen ward. Zu klein, um für sich eine ständische Verfassung zu bekommen, oder ansprechen zu können, blieben die Rechte des Amts auf eine solche Vertretung beruhen; aber eben weil sie nicht für durch den Nichtgebrauch erloschen erachtet werden konnten und angenommen worden sind, hätten auch jetzt die darin belegenen Rittergüter der Stimmführung auf den Landtagen theilhaftig erklärt werden müssen. Es geschah das nicht, wahrscheinlich weil die hier entwickelten Verhältnisse übersehen worden waren. Auch machten die Interessenten ihre Rechte nicht zeitig geltend und verfolgten sie selbst da nicht

---

\*) Pfeffinger, Braunschweigische Geschichte. Thl. II. S. 827.

mit dem erforderlichen Nachdrucke, als sie später die Sache zur Sprache brachten. So wurden und blieben diese Güter als Freisaffengüter behandelt, obwohl einige derselben im Ertragen von mittler GröÙe der Braunschweigischen Rittergüter gleichkommen, und keines von ihnen den geringern dieser Letzteu, z. B. Engerode, Thune, Klein-Denkte, nachsteht.

---

## IV.

## M a c h l e s e

zur

Geschichte des Landtags vom Jahre 1819 folg.

Die Bildung zweier Sectionen, statt der vor-  
maligen Abtheilung in drei Curien, ist mehrfältig ge-  
tabelt worden, als eine den Ansichten der Zeit widerstrebende  
Begünstigung der Ritterschaft. Stimmt die drei Curien nicht  
einzeln, wie es alten Herkommens war, sondern in einem, nach  
dem Gebrauche des letzten Jahrhunderts gebildeten Plenum;  
so hatte die Ritterschaft, welcher mehr Stimmen zugestanden,  
als den andern beiden Curien zusammen, ein entschiedenes  
Uebergewicht, und in dieser Voraussetzung lag in der von der  
Regierung vorgeschlagenen Verfassung keine Begünstigung für  
dieselbe. Sobald aber die alte allein rechtlich begründete Form  
in Anwendung gebracht wurde, wie es denn wirklich gleich bei  
Eröffnung des Landtages von 1819 geschehen, so ward sie auf  
ein Drittheil des Ganzen zurückgeführt und gewann also bei  
dem Vorschlag zweier Sectionen. Dennoch ging dieser Vor-  
schlag von keiner politischen Berechnung hervor, welche ja zu  
gröblich von der Regierung verfehlt gewesen wäre, deren  
Einfluß auf drei Abtheilungen immer leichter wie auf zwei  
hätte geübt werden können, und welche auf die Curie der Prä-  
laten, selbst auch auf die der Städte stärker einzuwirken ver-  
mochte, als auf die der Ritterschaft. Man gab der Mode des  
Tages, dem Zeitgeiste nach, wollte eine Pairie und ein Unter-

haus nachbilden und konnte kaum anders verfahren, so lange auf dem geschichtlichen Grunde allmählig fortgebauet werden sollte. Die Prälaten-Curie wieder herzustellen, nachdem die Stiftsgüter zum Staatsvermögen gezogen waren, zeigte sich unthunlich, da, der Wirklichkeit nach, für die Prälaten es weder Grundbesitz, noch geistliche Körperschaft ferner zu vertreten gab, sie nur die geistigen Interessen, unabhängig von Ansichten des Standesunterschieds und der Gewerbtthätigkeit, kurz dasjenige repräsentiren sollten, wozu jetzt die Deputirten der Intelligenz berufen werden \*). Und die gesammte Repräsentation in Eine Versammlung zu vereinigen, dazu waren die Ideale des »vernünftigen Staatsrechts« noch nicht herangereift, womit jetzt alles geschichtlich Begründete bekämpft wird. Die Vorbilder der Englischen, Französischen und der Süddeutschen Verfassungen schienen überwiegenden Nutzen darzubieten, indem sie nicht nur eine reifere Prüfung der Berathungsgegenstände und eine Garantie gegen das Uebergewicht einer glänzenden Beredsamkeit zu gewähren versprochen, sondern zugleich dem Parteigeiste weniger Spielraum eröffneten. Mit diesen Ansichten verband sich damals eine gewisse Scheu vor Grundsätzen, die noch vor kurzem als revolutionär bekriegt worden waren, und die siegende Legitimität trug Bedenken, den errungenen Vorbeer sofort einer sogenannten Vernunft abzutreten, welche, obwohl absolut gesetzt,

\*) Dieses Corps de Genie der Repräsentationen im neuesten Geschmade entspricht der angegebenen Bestimmung unstreitig besser, wie die jetzige Prälaten-Curie, deren Mitglieder nicht gewählt, sondern von der Regierung angestellt werden; vorausgesetzt jedoch, daß dazu, wie die Idee erfordert, dem Zwecke gemäß und nicht nach Parteigeist oder unter höherm Einflusse gewählt wird. Der Zeitgeist sieht sich stets mißtrauisch nach Garantien gegen Gewalt und Privilegien um; wo aber findet sich die Garantie dagegen, daß nicht einst das junge Deutschland, diese *gamins littéraires et publicistes*, — »sehnsuchtsvolle Hungerleider nach dem unerreichlichen Göthe,« — in die Reihe jener Deputirten eingeschwärzt wird? Die Intelligenzvertreter würden dann neue Auflagen der Knipperdolling und Jan van Leiden darbieten; denn dort: *Nulli civilis animus, neque legum, neque libertatis aequae patiens . . . .* Livius.

immer nur den Ansichten des Vortragenden folgt und zu oft dessen Zwecken sich anschmiegen muß, deren Gebote also weniger Dauer als Wechsel versprechen, ja, mit dem Nachtheiligen zugleich das Gute preisgeben.

Von einer stehenden Opposition zeigte sich damals keine Spur. Das durch den ruhmvoll beendigten Befreiungskrieg wiedererweckte Selbstgefühl widerstand einer Nachäffung des Auslandes, und, dem deutschen Nationalcharacter treu, trug man in der Stellung eines Landstandes, berufen, durch die Verfassung zur Unterstützung der Regierung fürs allgemeine Wohl, nicht aber deren Gang unbedingt zu hemmen, ein gegründetes Bedenken, allen Vorschlägen entgegen zu treten, bloß weil sie von der Regierung ausgegangen sind, oder gar auf den Applaus der Gallerie und weiter auf Beförderung zu speculiren, indem man der Regierung furchtbar zu erscheinen und gewonnen werden zu müssen trachtet. Ein: *timeo Danaos et dona ferentes*, als Waffe aus der Rüstkammer der alten Landschaft von einzelnen Mitgliedern vorgehalten, fand allerdings Beachtung, aber nur wie eine Mahnung zur Vorsicht bei den Verhandlungen über die vorgelegten Propositionen, soweit sie bedenklich erschienen, und ward nie als allgemein anwendbare Regel befolgt; denn noch war das Kind des Zeitgeistes, der modern diabolische Character der Stimmung, wie der sich überlebende »Verstorbene« sich ausdrückt, nicht ins Leben getreten, wo nicht mit dem Vorhaben, doch mit der Wirkung, zwischen Volk und Fürsten die alte Liebe zu ersticken, Unmuth und Mißtrauen auszusäen und so das Band der Gesellschaft aufzulösen.

Der Arbeiten, sowohl der constituirenden ständischen Commission, als des darauf nach der Landschaftsordnung vom Jahre 1820 einberufenen Landtages darf nicht erwähnt werden, ohne des verstorbenen Vicepräsidenten, Abts Bartels, nach Verdienst zu gedenken. In einem vorgerückten Alter, wenn selbst geistvolle Männer in der Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten nachzulassen pflegen, entwickelte dieser Greis mit umfassender Sachkenntniß und einem seltenen Scharfblicke, einen Feuereifer, eine Kraft und Ausdauer, wie sie ein jedes, im



besten Mannsalter sich befindende Mitglied auszeichnen würden. Kein Gegenstand blieb ihm unbeachtet, Materie und Form zogen seine Aufmerksamkeit in gleichem Maße an, und wenn die Dauer der Verhandlung auf die Uebrigen ermüdend eingewirkt hatte, setzte er den Kampf für seine Meinung unerschöpft, wie wohl ohne Rechthaberei und nie länger fort, als bis er sich widerlegt oder entschieden überstimmt wahrnahm. Nichts vermochte ihn außer Fassung zu bringen, und die Waffen des Witzes oder einer schneidenden Dialektik verloren an ihm ihre Kraft, wie er selbst sich ihrer zu bedienen verschmähte, von einer ruhigen und immer klaren Entwicklung seiner Gründe niemals abweichend. Nie zeigten sich bei ihm Spuren einiger Empfindlichkeit über erlittenen Widerspruch, und nach der Arbeit überließ er sich geselligen Erholungen mit immer gleicher und der liebenswürdigsten Heiterkeit, auch da im Tone der Unterhaltung und durch Frohsinn mit richtigem Takte sich auszeichnend. Er war ein Mann seltener Vorzüglichkeit, wie er einer jeden Ständerversammlung als vorleuchtendes Muster zu wünschen ist.

Ueber die einzelnen Verhandlungen der Stände können hier nur wenige Mittheilungen gemacht werden.

Der wichtigste Gegenstand wäre unstreitig eine zweckmäßigere Einrichtung des gesammten Steuersystems gewesen; da eine allgemeine Berichtigung desselben dem Lande versprochen, und das damalige »provisorisch« beibehaltene oder eingeführte System höchst mangelhaft sich ergab. Es verhielt sich hiermit so. Während der Regierung Herzogs Friedrich Wilhelm waren nur die Zoll- und Accise-Abgaben der vorfranzösischen Steuerverfassung der Gegenwart wieder angepasst worden, weil die westphälischen Einrichtungen wegen der verengten Grenzen des Landes nicht beibehalten werden konnten. Dennoch sollte die endliche Bestimmung selbst über diese Abgaben zugleich mit denen über die directen Steuern, welche vorerst noch nach dem Westphälischen Steuerfusse ferner erhoben wurden, zu der dem Lande versprochenen Verathung mit den

herzustellenden Landständen ausgesetzt bleiben \*). Die vormund-  
schaftliche Regierung fand sich jedoch lange vor Zusammenbe-  
rufung der Landschaft veranlaßt, eine Aenderung mit der bei-  
behaltenen Grundsteuer vorzunehmen, um der vielfältig ausge-  
sprochenen Unzufriedenheit mit dem Westphälischen Systeme zu  
genügen und manche wahrgenommene Mängel desselben abzu-  
stellen. Zwei Wege eröffneten sich zu diesem Ziele, vorausge-  
setzt, daß, jener Zusage gemäß, ein umfassendes Project einer  
durchgreifenden neuen Steuergesetzgebung, um auf dem bevor-  
stehenden Landtage mit den Ständen berathen werden zu kön-  
nen, vorbereitet worden wäre. Entweder konnte die Westphä-  
lische Grundsteuer-Ordnung mittelst einer vorübergehenden Be-  
stimmung der dringendsten Mängel enthoben und dabei den  
vormaligen Exemten die ihnen zuge dachte Erleichterung zuge-  
wandt werden; oder aber es ward das alte System proviso-  
risch wieder eingeführt.

Der Westphälischen Grundsteuer war allerdings vorzuwerfen,  
daß sie die auf den Grundstücken haftenden gutherrlichen La-  
sten nicht berücksichtigte, und den Berechtigten in den geeig-  
neten Fällen zu einer gerechten Mittheilung nicht heranzog, weil  
damals (i. J. 1808) die Abstellung solcher Belästigungen vor-  
ausgesetzt ward. Da nun durch die Restauration diese Be-  
freiung wieder auf unbestimmte Zeit hinausgesetzt worden war,  
so mußte den Pflichtigen hierin geholfen werden. Ein großer  
Vorzug dieses Steuersystems ergab sich hingegen aus der durch-  
greifenden Gleichheit des Veranlagungsprinzips. Auf dem  
Grunde einer erst vor wenigen Jahren nach bekannt gemach-  
ten Regeln und mit Berücksichtigung des gegenwärtigen Stan-  
des der Bewirthschaftung und des zeitigen Ertrages vorgenom-  
menen Abschätzung allen Grundbesitzes, war hier der Ansat  
gemacht worden. Und weil jene Grundlage klar aus den Taxa-  
tionsacten sich ergab, so gestattete diese Anlage, deren Prüfung  
zu einer etwa in Antrag gebrachten Einbesserung und Herstellung

---

\*) Verordnung vom 9. Januar 1814, vom 3. Febr. 1815 und vom  
31. März 1817.

der im Gesetze beabsichtigten Gleichheit, soweit diese irgend zu erreichen war.

Die Alt=braunschweigische Grundbesteuerung ging dagegen vom Principe der Ungleichheit aus; nicht nur wegen der bestehenden Exemptionen, die übrigens nicht unbedingt, sondern nur von gewissen Arten der Grundsteuer befreieten, sondern auch weil es ihr überall an System und Einheit fehlte, sie ein der Uebersicht und Vergleichung ungünstiges Chaos bildete, um gekannt zu werden, geschichtliche Nachforschungen erforderte und eben daher auch nicht gehörig bekannt war. Sie umfaßte 1) unter dem Namen von Contribution a) eine Grundabgabe nach dem Contributionsfuße vom Jahre 1683, allein bloß für die bäuerischen Grundstücke, und zwar nur diejenigen, welche im Alt=wolfenbüttelschen Landestheile belegen gewesen; b) eine solche Steuer nach dem alten Celleschen Contributionsfuße für die am 13. Juli 1707 und 30. April 1708 von Lüneburg abgetreten erhaltenen Ortschaften, und c) desgleichen nach Bremeschen Fuße für das Amt Theedinghausen; sodann d) eine solche von den kleinen Städten des Wolfenbüttelschen Landestheils, völlig verschieden von der nach dem Contributionsfuße von 1683 veranlagten Grundsteuer nach altem Herkommen und Communalbeschlüssen angesetzt und vertheilt; endlich e) eine Contribution von den Ortschaften im Blankenburgschen mit Walkenried, hervorgegangen aus einer, in jedem Orte verschiedenen gestalteten Umbildung des alten Gemeinpennnigs zur Aufbringung der Reichsanlagen. Jenes Grundsteuersystem begriff ferner 2) als Fouragegeld eine Grundsteuer von denjenigen Grundstücken, welche mit der oben unter 1, a) bemerkten Contribution belegt waren, und zwar bloß von diesen; sodann 3) ein Proviantgeld, wozu nur diese Grundstücke und die unter 1, d) bezeichneten kleinen Städte und diese in einem verhältnißmäßig geringen Verhältnisse beizutragen hatten; endlich 4) die mannigfachen Arten der Schatzungen, jedoch nur vom Alt=wolfenbüttelschen Landestheile \*). Und zu dieser, so planlos

\*) S. des Verf. Beiträge zur Geschichte d. Braunschw. Lande 1c., Braunschweig bei Vieweg 1829 Nr. 4.

wie vom Zufalle erzeugten und höchst ungleichen Besteuerungsweise trat noch hinzu, daß sie nicht einmal vollständig durchgeführt, mancher Grundbesitz, zumal längs der Landesgrenzen unveranlagt geblieben war, und daß die der Veranlagung untergelegten Taxationsprinzipien größtentheils verdunkelt sich fanden, und also, bei dem Mangel eines die Beurtheilung leitenden Maßstabes, Reclamationen gegen Ueberschätzung oder unverhältnißmäßige Besteuerung unberücksichtigt bleiben mußten.

Ungeachtet dieser großen Mängel entschied sich die vormundschaftliche Regierung für den alten Steuerfuß und ließ ihn im Jahre 1817 wieder in die Stelle des seit 1808 bestandenen westphälischen treten; wahrscheinlich dazu bewogen, weil derselbe mit den, zu Anfang des feindlichen Ueberfalls hinzugefügten Modificationen, wodurch die bestandenen Exemptionen eine angemessene Berücksichtigung gefunden hatten, von den Landständen bewilligt worden war, und so der rechtlichen Begründung nicht erst wie der Westphälische bedurfte. Hätte man zugleich die Zeit bis zur Eröffnung des bevorstehenden Landtages benutzt, einen Entwurf eines neuen Steuerfußes vorzubereiten, so würde bei der nähern Beleuchtung der Sache sich die Ueberzeugung aufgedrungen haben, daß der vorläufig wieder ins Leben gerufene völlig untauglich ist, dem wiederholt dem Lande versprochenen, auf eine durchgreifende Gleichheit gerichteten, Besteuerungssysteme zur Grundlage zu dienen, weil er eben von der alten Ungleichheit ausgeht, und eine Ausgleichung nicht anders als durch eine vollständige Umbildung erreicht werden kann. Jene Vorarbeit möchte ohne Zeit- und Geldaufwand aus einer umsichtigen Benützung und Vergleichung der alten Cataster, der Ergebnisse der Landesvermessung, endlich der westphälischen Grundsteuer-Rollen und den darauf sich beziehenden Abschätzungen zu beschaffen gewesen sein. Es unterblieb dieses jedoch, und die nachmals dem Landtage v. J. 1820 vorgelegten Propositionen, weit entfernt die erwartete Gleichheit der Veranlagungen zu bewirken, beschränkten sich auf Bestimmung der Bedingungen, unter welchen die Exemptionen aufgehoben

werden sollten, und veranlaßten im Uebrigen, die alte Ungleichheit zu sanctioniren.

Warum ist nun dieses Bedürfniß von den Landständen nicht herausgehoben und eine entsprechende Verbesserung des Steuersystems mit Nachdruck in Antrag gebracht worden? Die genaue Bekanntschaft mit dem Steuerwesen der vorfranzösischen Zeit, welche hierzu erforderlich gewesen wäre, fand sich damals, wenn überhaupt, nur bei Wenigen. Ein für allemal bewilligt, nahm Jedermann dasselbe für ein wohlbegründetes Herkommen, und Niemand hatte früher sich veranlaßt gefunden, jene verschiedenen Auslagen, welche immer nur einzelne Landestheile betroffen hatten, unter einem Gesichtspunkte vereinigt zu prüfen. Der Regierung waren die in die ständischen Cassen fließenden, den Landständen hingegen diejenigen ohne Interesse geblieben, welche dem Landesfürsten eingezahlt wurden, und den Ständen des Wolfenbüttelschen waren die Verhältnisse des Blankenburgschen, und umgekehrt, ziemlich fremd gewesen. Hierzu kam, daß bei vorläufiger Beibehaltung der Westphälischen Grundsteuer unstreitig die Vorzüge und Mängel dieses und des Altbraunschweigischen Systems gegen einander abgewogen, und so wahrscheinlich ein drittes verbessertes hervorgerufen sein würde; daß man aber die bereits i. J. 1817 von der Regierung getroffene Wahl für wohlbegründet gutgläubig annehmen durfte und — annehmen mußte, weil zu einer reifen Erwägung dieses so umfassenden Gegenstandes nur nach längerer Vorbereitung geschritten werden konnte, und es zweckmäßig erschien, auf dem Grunde des hergestellten Systems Erfahrungen zu sammeln, die beim nächstfolgenden nach drei Jahren zu erwartenden Landtage zu angemessenen Berathungen und Vorschlägen führen könnten und gewiß geführt haben würden, wäre die Verfassung in Thätigkeit geblieben.

Die damals den Landständen in Vorschlag gebrachte Verordnung über Gemeinheitstheilungen ward von ihnen zu unvollständig und unbestimmt gefunden, und veranlaßte überdem den Antrag, damit eine Gesetzgebung über die Ablösung der dinglichen Lasten zu verbinden. Allein die mit einer

ausführlichen Behandlung dieses umfassenden Gegenstandes verbundenen Schwierigkeiten schienen vermieden werden zu sollen; auch ward vermeint, es müsse das Mehrste der Ueberkunft der Interessenten überlassen und bei den Gemeinheitsheilungen von den dabei zuzuziehenden Sachverständigen die nähern Bestimmungen über die Auseinandersetzung gewärtigt werden. Die Anträge der Landstände blieben also unbeachtet, und das Gesetz vom 26. März 1823 (Verordnungs-Sammlung Nr. 9) zeigte denn auch durch den Erfolg sich so unzulänglich, daß eine umfassendere und gehörig ausgeführte Verordnung bald allgemein gewünscht ward.

Bei den damaligen Verhandlungen über diesen höchst erheblichen Gegenstand und vorzüglich über die nöthig erachtete Förderung der Ablösung aller gutherrlichen Grundbelastungen hielt man sich, so vollständig er auch von allen Seiten erwogen wurde, durchaus fern von den darüber im Rottsch-Welferschen Staatslexikon entwickelten Grundsätzen \*). Ob ein Grundbesitz in grauer Vorzeit bloß nach dem Rechte des Stärkern gewechselt, hier ein Zehnten, dort der Herrendienst oder andere dingliche Lasten nicht als Bedingung einer Grundverleihung, sondern mittelst Gewaltmißbrauchs begründet sein könne? Ob diese gutherrlichen Lasten wohl auch ursprünglich den Character einer Staatsabgabe gehabt? Diese Fragen wurden nicht aufgeworfen, weil ihre Erörterung unpractisch erschien. Die materiellen Interessen hatten in jener Zeit noch nicht das Uebergewicht wie später gewonnen, und die Befreiung des Bodens ward noch

---

\*) Verhandlungen des Badenschen Landtages im Frühjahr 1831. — Rottsch-Welfersches Staatslexikon an mehreren Stellen. — Wohin es führen könne, das historisch Bestehende durch aus der Urzeit herbeigezogene Argumente zu bestreiten. *E. Pascal*: „L'art de bouleverser les états est d'ébrauler les coutumes établies, en sondant jusque dans leur source pour marquer leur défaut d'autorité et de justice. Il faut, dit-on, recourir aux lois fondamentales et primitives de l'état, qu'une coutume injuste a abolie, et c'est un jeu sûr pour tout perdre; rien ne sera juste à cette balance.“

dem Rechte und der gesetzlichen Freiheit der Menschen nachgesetzt und die bestehenden Befugnisse an dem Ertrage der Grundstücke als Gegenstände unbeschränkten Verkehrs angesehen, so vielgestaltet sich dieselben auch zeigen mochten. Beschützung des Eigenthums aller Bürger galt für Hauptzweck des Staats und Pflicht der Regierenden, welche dem allgemeinen Besten jenes Eigenthum nur so weit jenes solches wirklich erheische und gegen vollständige Entschädigung zum Opfer bringen dürfe. Und als Eigenthum erkannte man, unabhängig von vorhistorischen Zuständen und Veränderungen, dasjenige, was die seit Jahrhunderten unter allgemeiner Anerkennung geltenden Rechte dafür erklärt hatten. Waren ja vor unvordenklichen Jahren Rechtsverletzungen in Beziehung auf irgend einen Grundbesitz geschehen, so legte man darauf kein Gewicht, weil ein Uebergang des Klagrechts und der entsprechenden Verpflichtung auf die jetzigen Interessenten unerweislich bleiben mußte. Wäre etwa freies Gut im Mittelalter gewalthätig belastet worden, so mußte den gewissenhaftesten Gesetzgeber die Erwägung beruhigen, daß der zeitige Inhaber darum nicht ungebührlich beschwert erachtet werden dürfe, weil seine oder seines Vorfahren Erwerbung, sei sie durch Kauf oder Erbtheilung geschehen, zu einem seit jener Beschwerung danach bestimmten Preise stattgefunden haben würde. Die Feststellung der Rechte durch Verjährung verdient doch auch noch Beachtung, und wo, wie bei Zehnten und Herrendienst klar vorliegt, durch Landesverträge und Gesetze dergleichen Grundrechte dem Privatrechte beigezählt worden sind, mußte es bedenklich gefunden werden, zu forschen, ob sie einst als Staatsabgabe behandelt worden seien, und hier eine Unverjährbarkeit zuzulassen, die doch nur in Beziehung auf die angeborenen Rechte der Menschen als solcher angenommen werden kann \*).

---

\*) Aber freilich: »die Achtung für die Menschheit ist nie schamloser aus den Augen gesetzt worden, als seit Proklamation ihrer Rechte.« J. v. Müller. Die Leibeigenschaft, welche Fleischhauer: das gutsherrlich-bäuerliche Verhältniß u., als eine tüchtige Waffe gegen Adel und fürstliche Cammern gewährend, aller Orten

Die Gemeindeverfassungen und Verwaltung waren ein Gegenstand vielseitiger Erwägung. Die hierauf gerichtete Landesfürstliche Proposition schien Vielen die Bevormundung der Land- und städtischen Gemeinden zu wenig zu mildern und von dem während der feindlichen Occupation ausgebildeten Centralisations-Systeme zu viel beizubehalten. Dieses den Geist durch Mechanismus ertödtende System, welches den Theorien der französischen Revolutionsmänner seine Entstehung, dem bonapartistischen Despotismus aber seine Ausbildung verdankt, hat dem Staatsbürger an wirklicher Freiheit ziemlich eben so viel entzogen, als die neuen Verfassungen ihm zu bringen versprochen. Durch die Beschränkung der Communalrechte wurde der Gemein Sinn, die Theilnahme an dem besondern Wohlstande der Gemeinde und des Gemeindeguts bei den einzelnen Gemeindegliedern geschwächt, welche, als auf das zunächst Liegende gerichtet, die erste Staffel des Patriotismus bildet, und eine Alles controlirende Beaufsichtigung der Gemeindeverwaltung schadet auch noch in anderer Beziehung. Nützliche Maaßregeln unterblieben oft aus Furcht vor Weitläufigkeit des Geschäftsganges, um die nöthige Genehmigung der Centralbehörden auszuwirken. Waren bei beabsichtigten Anlagen, Bauten u. dergl. die erforderlichen Schritte gethan, und Vorfrage, Anschläge, Gutachten u. die ganze Staffelfolge an Oberhauptmann, Cammer-Collegium und Geheimerath, mit Berichten, Rückfragen, Rescripten hindurch geführt worden, so war die geeignete Zeit nicht selten über die ordnungsmäßige Erwägung verstrichen, auch hatten sich wohl dann die Umstände so geändert, daß der Antrag mit seinen Folgen nicht ferner paßte. Baulichkeiten wurden daher oft ausgeführt, wenn die vorgerückte Jahreszeit den vorsichtigen Privatmann die Arbeiten einstellen läßt, die nachmals eintretenden Revisionen vermehrten die Kosten und nicht selten zeigte die Ausführung den Nachtheil, wel-

---

wittert, fand damals keine Berücksichtigung, weil — sie seit etwa drei Jahrhunderten im Lande verschwunden war.



her daher entsprungen war, daß die Commune in der Wahl der Sachverständigen und Werkleute beschränkt und an solche gewiesen gewesen, die sich, unabhängig von den Communalbeamten, der Beaufsichtigung durch dieselbe nicht untergeordnet gehabt. Diese Bedenklichkeiten fanden jedoch nur eine eingeschränkte Beachtung. (Verordnung vom 26. März 1826. Verordnungs-Sammlung Nr. 8. \*).

Die besondere Vertretung des Bauernstandes kam damals nur beiläufig zur Sprache. Da derselbe seinen Grundbesitz in Regel nicht ohne einen Gutsherrn über sich zu erkennen inne hatte, welcher ihn also bereits repräsentirte, so konnte dem noch vorwaltenden Principe gemäß an eine directe Repräsentation durch aus seinem Mittel erwählte Deputirten nicht wohl gedacht werden. Wie es denn auch ungegründet erscheint, wenn im Rottet-Welferschen Staatslexicon II, S. 747 die Behauptung aufgestellt wird, es habe der Adel jenen Stand nicht unter den Landständen zulassen wollen, indem es an der Veranlassung gefehlt hat, über dessen Zulassung sich zu äußern oder ihr entgegen zu wirken \*\*). Im Jahre 1819 fand die directe Vertretung der Freisassen keinen Widerstand, obwohl sie nach Aufhebung der Steuerbefreiungen weniger nöthig sich ergab; und da hiermit dem Bauerstande die Theilnahme an dieser neuen Repräsentation für den Fall eröffnet ward, daß er seine Gutspflichten ablösen und in die Reihe der Freisassen treten werde, so ist klar, daß der Adel der Zulassung bauerlicher Grundbesitzer durchaus nicht abeneigt war, sofern die einmal geltenden Grundsätze nicht entgegen traten. Und wirklich haben

---

\*) Wohin die Centralisation der Verwaltung in Frankreich, unserm Vorbilde, geführt hat, wird auf eine eben so belehrende als abschreckende Weise gezeigt, im Artikel »Frankreich« des Rottet-Welferschen Staatslexicons, von v. Golbery (Bd. V, S. 782 ff.), einem Aufsatze, in welchem überhaupt Aufschlüsse über jenen Musterstaat zu finden sind, die den Freunden der ihm nachgebildeten Constitutionen unwillkommene Ueberraschungen bereiten dürften.

\*\*) S. v. Strombeck, Staatswissenschaftliche Mittheilungen II, Nr. 6.

beide Stände, den Städten und der sogenannten Intelligenz gegenüber, ein gleiches Interesse zu wahren, zumal in jetziger Zeit, welcher die Richtung gegeben wird, durch nicht bloß erleichterte, sondern oft erzwungene Befreiung der leblosen Erbscholle den auf und von derselben bisher frei lebenden Besitzer unvorbereitet in Schulden zu stürzen und so in die Bande der Argyrokratie zu schlagen. Nur ein waches Zusammenhalten vermag fortan den ländlichen Grundbesitzer in seinem Erbe zu schützen, dem einbrechenden Feinde zu wehren, der jeden Acker den Staatspapieren gleich zum Gegenstande nie rastenden Verkehrs, den Staatsbürgern zum vaterlandslosen Cosmopoliten zu machen drohet, und der Calamität vorzubeugen, daß endlich neben wenigen Reichen nur Proletare bestehen.

V.  
 Ueber die  
 Herzogliche Verordnung vom 2. Januar 1818,  
 und den  
 Rechtsstreit wegen des vormaligen Deutschordens-  
 gutes Lucklum.

Die Verordnung vom 2. Januar 1818, so heftig von denjenigen angegriffen, welche durch ihre Bestimmungen Verlust erlitten oder doch darin die Bewegbarkeit des Grundbesizes beschränkt erblickten, wofür sich die neuen Ideen ausgesprochen hatten \*), war nichts als eine folgerechte Durchführung des Princips der Legitimität. Es war die Anwendung des Grundsatzes, welchen der europäische Völkercongreß in Wien zur Grundlage des neuen Völkerrechts angenommen gehabt, und welcher wenigstens von denjenigen nicht wohl angefochten werden konnte, die für sich die Gesetze und Anordnungen der westphälischen Regierung aus dem Grunde anrufen zu können vermeinen, weil das Königreich Westphalen von der Mehrzahl der Mächte unsers Welttheils anerkannt gewesen war. Denn was ein solcher Consens von dem Verdrängten auf den Gewalttherrscher zu übertragen vermochte, mußte doch auf gleiche Weise gültig zurückzuführen sein, selbst bei solchen, die das neue Factum

---

\*) Sich ausgesprochen in gläubiger Jüngerschaft des Abbé Sieyès'schen Evangeliums: Il faut que les propriétés changent.

über das alte Recht stellen. Mit Unrecht wollten also die Widersacher der Restaurationen in jenem Gesetze eine ungebührliche Eigenmacht der Regierung, ein Nichten in eigener Sache wahrnehmen; die Wirkungen der Gewalt, wie sie aus der Eroberung und der Thatsache des Besizes hervorgegangen waren, wurden hier vielmehr anerkannt und berücksichtigt (§. 16).

Unter den Folgen des jenem Gesetze untergelegten Grundgesetzes zeichnet sich der Proceß über das vormalige Ordensgut Lucklum aus, sowohl wegen der Bedeutendheit seines Gegenstandes, als zugleich in andrer Rücksicht, indem er nicht ein gewöhnlicher Rechtsstreit, sondern der Wirklichkeit nach ein Kampf der Parteien war, die noch jetzt die Gesellschaft theilen. Weil nun aus dieser letzten Ursache Beurtheilungen der Gegenpartei hervorgetreten sind, die im Interesse der Wahrheit einige Beleuchtung und Berichtigung erfordern; so folgen hier zu diesem Zwecke einige Mittheilungen, um das Verfahren der Regierung ins Licht zu stellen.

Der Rechtsstreit um Lucklum begann damit, daß Herzog Friedrich Wilhelm außergerichtlich den Besiz dieses Guts ergreifen ließ. Er betrachtete es, wie seinem Domanium eröffnet, nachdem der deutsche Orden als Corporation des gesammten Deutschlands aufgehoben worden und die Verfügungen des vertriebenen Gewaltherrschers, soweit sie die zeitliche Benutzung des eroberten Landes überschritten, für wirkungslos und ihn nicht verbindend. Obwohl nun der Herzog bald darauf die Entscheidung den Gerichten überließ; so ging doch aus jenem Vorschritte eine Aufregung hervor, die bald beide Theile ergriff. Denn während der Käufer von Lucklum, Oberamtmann Wahn-schaffe, damals Pächter des Herzoglichen Cammerguts Warberg, in jener Besizentsetzung eine Beeinträchtigung bitter empfand, glaubte man von Seiten der Regierung ihm zum Vorwurfe machen zu können, das gute Recht des Braunschweigischen Fürstenhauses, welchem seine Familie seit mehrern Generationen manche Begünstigung, ja die Grundlage ihres Wohlstandes verdanke, ungedenkt dessen, soweit verkannt zu haben, um mit dem Feinde einen solchen Handel einzugehen, und nachmals ei-

nen billigen Vergleich von der Hand gewiesen zu haben \*).

Nachdem das Possessorium gegen die Regierung entschieden worden, und diese die petitorische Klage erhoben hatte, ward der Vergleichsversuch nochmals aufgenommen, allein auch jetzt ohne Erfolg, und so kam es dahin, daß das Cammer-Collegium, in dessen Namen der Proceß geführt ward, über die Verfolgung der gegen die widrige Entscheidung des Landesgerichts eingelegten Appellation einen Beschluß zu fassen hatte. Der Cammeranwalt erklärte damals dieser Behörde, bei seiner Kenntniß von den Ansichten der Richter des erforderlichen Vertrauens zur Ausarbeitung des Appellations-Libells zu entbehren und verlangte, daß diese einem durch literarischen Ruf ausgezeichneten Rechtsgelehrten übertragen werden \*\*), oder aber ihm selbst vom Cammercollegium eine vollständige Instruction zugehen möge. Jener Ausweg konnte nicht eingeschlagen werden, weil die Nothfrist der Rechtfertigung den dazu erforderlichen Zeitraum nicht gewährte; also mußte die Vorfrage über Fortsetzung des Rechtsstreits und dann die Erörterung der Rechtfertigungsgründe zu einer Prüfung durch die mit dem juristischen Departement beauftragten Mitglieder der Cammer verstellt werden. Der Verfasser, in seiner damaligen Stellung als Vorstand der entsprechenden Cammersection, glaubte diese Erwägung zu fördern, indem er ein ausführliches Botum zu den Acten brachte, und dieses vereinigte die Stimmen jener Commission zu dem Vorschlage, daß ihm selbst von der herzoglichen Regierung die Bearbeitung der Appellationsrechtfertigung übertragen werden möge. Die Regierung entschied sich auch dafür, allein der Cammeranwalt, dem jenes Botum zur Kenntniß gekommen,

---

\*) Es wurde nämlich dem Käufer eine Vergleichssumme von 150,000 Thaler in Golde, also voller Ersatz des mit 600,000 Franken gezahlten Kaufgelbes, aber freilich ohne Erstattung der bedeutenden pots-de-vin und anderer Nebenkosten, geboten; auch wollte man wegen der entzogenen Nuzungen nichts hinzufügen.

\*\*) Er schlug dazu die Herren zc. Schmelzer in Halle und von Almenringen vor.

wünschte jetzt die Führung der Sache zu behalten, indem die dort entwickelten Gründe zu neuem Vertrauen in den günstigen Ausfall der Sache ihn erweckt hätten und er das Botum als Instruction betrachten werde. Daß die Durchführung dieses Rechtsstreites nur nach sorgfältiger Erwägung der darüber sich ergebenden Gründe und ohne eigensinnige Beharrlichkeit bei der einmal gefaßten Ansicht beschlossen worden sei, wird sich aus dem erwähnten Botum, das deshalb hier mitgetheilt wird, ergeben, sowie die milde Handlungsweise der Regierung, welche mehrere Proceße völlig gleicher Art, da auch sie Parzellen des normalligen Comthureiguts Lücklum zum Gegenstande gehabt, fallen ließ, weil deren Käufer durch einen ihnen widrigen Ausgang zu sehr bedrückt werden würden. Beim Hauptproceße über das Gut selbst mußte jedoch eine Ausnahme gemacht werden, weil der Gegenstand zu erheblich erschien, um nicht den Herzoglichen Vormund zu verpflichten, für dessen Erhaltung alle gesetzlichen Mittel aufzubieten \*). Zur Verständlichkeit und Beurtheilung des hier folgenden Gutachtens muß auf den damaligen Stand der Rechtsache zurückgeblift werden. Es kam für den Zweck der anzustellenden Verathung darauf an, neue Gründe aufzufinden und gehörig zu entwickeln, indem die bis dahin gebrauchten Argumente bereits vielfältig durchgefochten waren und einer ergänzenden Ausführung kaum noch Raum verblieb. Dahin nahm also der Verfasser die Richtung und hierauf beschränkte sich dessen Arbeit.

---

\*) Der Vergleich der landesherrlichen mit der väterlichen Gewalt wird darum noch nicht angefochten werden dürfen, wie Herr Murhard besorgt (Staatslexicon IV, S. 483); dürfte es doch nicht väterlich gefunden werden können, wider die eigne Ansicht des Rechts, den einen Sohn (den Domainenkäufer) auf Kosten der übrigen Kinder (des ganzen Staats mit dessen Bewohnern) zu begünstigen. Der Fürst, welcher jenen Anspruch aufgibt, schwächt aber das Staatsgut und zwar auf Kosten derer, welche zu dessen nöthig gewordenen Ersatz beisteuern müssen.

## Anlage zu V.

### G u t a c h t e n ,

in Sachen

der Herzoglich Braunschweigischen Cammer

gegen den

Ober-Amtmann Wahnschaffe in Warberg,

die vindication des Guts Lucklum betreffend.

### I. Geschichtliche Darstellung.

§. 1. Der Deutsche Orden war bis zur Auflösung des deutschen Reichs ein Reichsinstitut \*), eine geistliche Stiftung für qualificirte Männer deutscher Nation. Sein Vorstand der Hoch- und Deutschmeister, war geistlicher Reichsfürst mit einer Virilstimme auf dem Reichstage, und die Land-Comthure vom Elsaß zu Alschhausen in Schwaben und zu Coblenz führten Curiatstimmen auf der rheinischen Prälatenbank. Jener, der Orden, besaß außer dem eigentlichen Meisterthume Mergentheim, mehrere durch Deutschland verbreitete Güter. Das Fürstenthum Mergentheim und die mehrsten Güter der Ballei Franken, wie die Hauptgüter der Balleien Elsaß und Coblenz mit voller Landeshoheit, welche bei jenem vom Hoch- und Deutschmeister, bei letztern von den betreffenden Landcomthuren ausgeübt ward. Die übrigen Güter waren der Landeshoheit der Fürsten, in deren Staaten sie belegten, unterworfen, und es gehörten die mit deren Nutzung bekleideten Ordensmitglieder, die Landcomthure und

\*) Reichs-Abschied zu Augsburg v. J. 1500 Art. 42 u. 43.

Comthure zu den Landständen der einzelnen Territorien. Das letztgedachte fand namentlich bei Lucklum \*) Statt, welches der Herzoglichen Landeshoheit und den Gerichten des Landes unterworfen, und dessen jedesmaliger Inhaber, der zeitige Landcomthur der Balkei Sachsen, Eingeseßener des Fürstenthums und zu Sitz und Stimme auf den Landtagen berechtigt war; wie denn das Ordensgut in der Rittermatricul veranlagt und in denselben Verhältnissen wie die Rittergüter sich fand.

§. 2. Die Ordensbesitzungen zerfielen, ihrer Bestimmung und der gebräuchlichen Bezeichnung nach, in drei Classen, nämlich

- a) der eigentlichen Ordensgüter, dem ganzen Institute, gleichsam als patrimonium universitatis zuständig.

Diese Güter wurden unter oberster Leitung des Hoch- und Deutschmeisters und des aus den Landcomthuren und den Rathesgebietigern gebildeten Capitels verwaltet, theils für die Generalordenscasse, theils für besondern Bestimmungen gewidmete Cassen, als die Maximilianische Commendestiftungspflege, die Seminariums- und Eremitenpflege, die Trappaneiverwaltung, Bibliothekcasse u. s. w.

- b) Die Güter des Hoch- und Deutschmeisters, die Dotation, Domänen und Einkünfte des Deutschmeisterthums, in dem Fürstenthume Mergentheim und andern Besitzungen und Gefällen bestehend, durch eine Hof-Cammer für die Oberrentamts- und Deutschmeistersche General-Casse verwaltet; endlich

---

\*) Lucklum ward 1260 dem deutschen Orden vom Bischof Bolrad von Halberstadt geschenkt; dann dem Orden von den Herzogen entrißen, aber 1364 von Herzog Magnus sen. durch Vergleich zurückgegeben; Koch, pragm. Geschichte S. 206; und von Herzog Heinrich Julius, April 1605, völlig dem Lande unterworfen. Reithmeyer Chronik S. 1154.

Mergentheim, sowie die einzelnen Comthureien 2c. bildeten so viele unabhängige Besitzungen, waren nicht Bestandtheile eines und desselben Gebiets, sondern verschiedene Güter von einer Corporation allmählig erworben und weiter nicht verbunden, als insofern der Orden einen Verein ausmachte.



- c) Güter der Ritter, nämlich die Ballei- und Comthureigüter für die Comthure zu lebenslänglichem Nießbrauche bestimmt, oder als ein Gesamtbefitz der einzelnen Balleien unter Aufsicht des Landcomthurs verwaltet.

§. 3. So war die Lage des Ordens beim Ausbruche des Krieges mit Frankreich. Folgendes die Wirkungen für den Orden und seine Besitzungen.

Der Lüneviller Frieden, am 9. Februar 1801 vom Kaiser ausdrücklich zugleich Namens und für das deutsche Reich abgeschlossen, entzog §. 7 dem Orden durch die Abtretung des linken Rheinufers alle dessen jenseits dieses Stroms belegenen Besitzungen.

Der Reichsdeputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803 erklärte im §. 26, daß der Orden und seine Besitzungen dem übrigens für die Stifter als Regel angenommenen Principe der Säkularisationen nicht unterworfen, vielmehr wegen seines am linken Rheinufer erlittenen Verlustes durch gewisse in den Augsburger und Constanzer Diöcesen belegene Mediatlöster entschädigt werden solle. Die Besitzergreifung dieser dem Meisterrthume und den Balleien nach Verhältniß des erlittenen Verlustes zugeordneten Klostergüter ward zwar bewerkstelligt; weil jedoch mit Pfalzbaiern unter den <sup>22. Mai</sup> <sub>2. Juni</sub> 1805 über die im Baiernschen belegenen Klöster dieser Art ein Abtretungs- und Tauschvertrag geschlossen worden, vermöge dessen Pfalzbaiern dem Orden dafür einen Capitalwerth von 600,000 Gld. an besser belegenen Gütern überweisen sollte, so ward noch in demselben Jahre auf einem Generalcapitel zwischen dem Hoch- und Deutschmeister und den Balleien die Uebereinkunft getroffen, daß jener die ganze Entschädigung übernahm und dagegen den Balleien zu einem Capitale von 400,000 Gld. sich schuldig erklärte.

Der Preßburger Frieden vom 26. December 1805, vom Kaiser von Deutschland und Oesterreich ohne Concurrenz des deutschen Reichs und ohne desselben nur zu erwähnen, mit Frankreich abgeschlossen, enthält folgende Stipulation:

Art. 12. »La dignité de Grand-maitre de l'ordre Teu-

tonique, les droits, domaines et revenus, qui antérieurement à la présente guerre dépendaient de Mergentheim, chef-lieu de l'ordre, les autres droits, domaines et revenus qui se trouveront attachés à la grande maîtrise à l'époque de l'échange des ratifications du présent traité, ainsi que les domaines et revenus dont, à cette même époque, le dit ordre se trouvera en possession, deviendront héréditaire dans la personne et la descendance directe et masculine, par ordre de primogeniture de celui des princes de la maison impériale, qui sera désigné par S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche.»

Da die rechtliche Wirkung dieses Staatsvertrages erst demnächst zu erwägen sein wird, beschränkt man sich jetzt darauf, seine Folgen in Beziehung auf den Orden und dessen Besitzungen anzuführen. Der Orden blieb nach wie vor in seinem Bestande, wie denn dessen Fortdauer eben in jener Stipulation vorausgesetzt worden war, und um diejenigen Abänderungen der Ordensstatuten, welche wegen der hier angenommenen Befugniß des Hochmeisters, sein Recht auf directe Nachkommen zu vererben, nothwendig wurden, auf verfassungsmäßigem Wege herbeiführen zu können, fand sich die Zeit zu beunruhigt. Die Verwaltung der Güter, wie des Ordens so des Deutschmeisterthums, blieb vorläufig auch auf bisherigem Fuße, obwohl zu Genuß und Verfügung des Erzherzogs-Hochmeisters, wobei im Besitze der Balleigüter und Commenden und deren statutenmäßigen Collation überall keine Veränderung eintrat.

Die im August 1806 stattfindende Auflösung des deutschen Reichs lösete das den Orden zu einem Ganzen verbindende Band in so weit, daß er aufhörte, ein einfacher staatsrechtlicher Körper zu sein, bloß in privatrechtlicher Hinsicht als ein Ganzes fortbestand, und übrigens dessen einzelne Güter nunmehr den einzelnen Staaten, in welche Deutschland zerfiel, unbedingt unterworfen wurden. Von jetzt an traten die einzelnen Commenden in die Kategorie der übrigen Stiftungsgüter, so daß seitdem dieselben Grundsätze ohne Einschränkung auch auf sie anwendbar geworden sind, welche für die Mediat-

stifter und geistlichen und milden Institute bestanden und noch bestehen. Das Regierungsrecht in Ansehung der Ordensgüter, bis dahin theils Kaiser und Reich, theils den Territorien zuständig, fiel nämlich in seinem ganzen Umfange den betreffenden jetzt mit der Souveränität bekleideten Fürsten Deutschlands anheim.

Der Tilsiter Frieden vom 7. u. 9. Juli 1807 verdient hier nur in so weit berücksichtigt zu werden, als er den feindlichen Ueberzug der Herzoglich Braunschweigischen Staaten eine längere Dauer in der Form eines von mehrern Mächten anerkannten Königreichs Westphalen gewährte und übrigens unserm Vaterlande eine traurige Ruhe gab, ohne den Rechtsstand eines wirklichen Friedens zu begründen \*). Der meteorgleiche Monarch war in Beziehung auf das Haus Braunschweig nur vorübergehender Usurpator der Länder desselben, als Eroberer bloß zu Verwaltungsrechten und Obliegenheiten berufen.

§. 4. Eine neue Epoche der Geschichte des deutschen Ordens trat i. J. 1809 ein. Nach den Schlachten bei Abensberg und Eckmühl anticipirte der Sieger mit gewohnter Ungeduld die von dem noch blutig zu erkämpfenden Frieden zu erwartenden Früchte, indem er das Decret vom 24. April 1809 zu Regensburg erließ. Hierdurch sprach Napoleon die Aufhebung des Ordens in den Staaten des Rheinbundes aus, und zugleich die Vereinigung der Güter dessel-

---

\*) Die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der jenem Frieden vorausgegangenen Occupation der Braunschweigischen Lande bedarf hier nicht geprüft zu werden, da es entscheidend ist, daß dieselben in keinem Frieden genehmigt worden ist. Denn aus dem Tilsiter Frieden dergleichen ableiten zu wollen, wie im Staatslexicon IV, S. 477 und 481 geschieht, scheint dem Preussischen Hofe zu nahe zu treten, der offenbar nur geschehen zu lassen erklärte, daß jene Lande mit Westphalen vereinigt würden, nicht aber abtrat, was er nie befehlen. Wie kann man dem Art. 8 jenes Friedens mit Preußen einen solchen Sinn beilegen! »Als ob durch Uebereinkunft mit einem Dritten das Unrecht an einem Lande Recht werden könnte,« bemerkt J. v. Müller irgendwo.

ben mit den Domänen der Fürsten, in deren Händen sie belegen, gegen von diesen Fürsten den entsehten Ordensmitgliedern zu zahlenden Pensionen. War in der oben (§. 3) gedachten Stipulation des Preßburger Friedens der Ausdruck: Ordensgüter, »les domaines et revenus dont le dit ordre se trouvera en possession,« im eingeschränkten Sinne genommen und nur auf die Besitzungen bezogen, welche dem ganzen Institute (als *patrimonium universitatis*) gehörten (s. oben I, §. 2 und unten II, b und c), so ward jetzt über den ganzen Umfang der Ordensbesitzungen verfügt, und deshalb den zu entsehtenden Nutznießern der Commenden u., den Comthuren, Pensionen zugesichert. Napoleon handelte hier, theils als Eroberer der dem Erzherzoge Deutschmeister durch den Preßburger Frieden erworbenen Ordensgüter, theils hinsichtlich der andern demselben nicht zu Theil gewordenen Güter des Ordens, der Vasseigüter nämlich und Comthureien, als Beschützer des Rheinbundes und Namens der Fürsten desselben, indem er die staatsrechtliche Folge der Auflösung des Ordens aussprach, und die dadurch vacant gewordenen Güter dieser Stiftung für den Domänen der betreffenden Staaten heimgefallen erklärte. Der am 14. Oct. 1809 folgende Wiener Frieden bestätigte im Art. 4 diese Verfügung, indem er von Seiten des Hauses Oesterreich die Verzichtleistung auf das Hoch- und Deutschmeisterthum ausdrückt, und die Aufhebung des Ordens innerhalb der Staaten des Rheinbundes zugleich mit den über die Ordensgüter getroffenen Anordnungen anerkennt. Für diejenigen deutschen Staaten, welche durch keinen Frieden dem Eroberer abgetreten waren, also dem Rechte nach im Rheinbunde sich nicht begriffen fanden, bestand diese ganze Verhandlung freilich nur factisch; allein der deutsche Orden war einmal als solcher gänzlich aufgelöst, denn was unter solchem Namen im Oesterreichischen Kaiserstaate noch besteht, ist ein dem Zwecke und den Rechten nach verschiedenes Institut, und das Haus Oesterreich hat seinen Verzicht auf jene Staaten mit bezogen, da dieselben, wenigstens die des Hauses Braunschweig, in Hinsicht auf Oesterreich unter der Bezeichnung der Rheinbundstaaten mitbegriffen wurden.

§. 5. Im damaligen Königreiche Westphalen gelangte das angeführte Decret Napoleons schon vor dem Wiener Frieden zu seiner Ausführung, indem ein Decret des Königs vom 1. Juni 1809 die Güter des aufgehobenen Ordens durch den Generaldirector der Krondomänen in Besitz zu nehmen befohl, und damit die Vereinigung dieser Güter mit den Staatsgütern anordnete. Das Ordensgut Ludlum ward in dieser Maßregel begriffen und vom Usurpator der Herzoglichen Lande kraft des Eroberungsrechts für selbige der Nexus geltend gemacht, der das herrenlos gewordene Vermögen der aufgehobenen Stiftung ihrem Staatsgute dem Rechte nach sofort hinzugefügt hatte. Später traf der vom Könige angeordnete Domänenverkauf auch dieses Gut.

§. 6. Die Aufhebung des Ordens führte diplomatische Verhandlungen zwischen dem Erzherzog-Hoch- und Deutschmeister und den theilhaftigen Souveränen herbei, welche zu Merxheim gepflogen wurden. Da hiebei die Auseinandersetzung der Deutschordenschen Angelegenheiten zwischen dem Hoch- und Deutschmeister, Erzherzoge Anton Victor, und den an den Deutschmeisterschen Besitzungen in den Rheinbundstaaten theilhaftigen Souveränen bezweckt ward, so ergibt sich aus den Gegenständen der Uebereinkunft und dem Verzeichnisse der zusammengetretenen Höfe, in welchem Sinne der Preßburger Frieden von 1805, §. 12, die dem erblichen Hoch- und Deutschmeistertume beigelegten Ordensgüter genommen und welchen Umfang er solcher Stipulation zu geben bezweckt habe. Der zu Merxheim am 15. August 1813 geschlossene Vertrag (*de Martens Recueil des traités etc. VII, p. 287 etc.*) betrifft nun die activa und passiva des Ordens als Corporation und der ehemals Deutschmeisterschen Landestheile und Cameralämter, die contributionsamtlichen Schulden (Art. 1), die Centralcapitalien, die Capitalien der einzelnen Foundationen, die Depositen und Cautionen u. (Art 2), und erwähnt der Balien und Commenden und deren Activa und Schulden gar nicht, bezeichnet auch die mit dem Erzherzoge Hochmeister zusammengetretenen Höfe ausdrücklich als die »sämmlichen an den Deutsch-

meisterschen Besizungen in den Rheinbundstaaten theiligten allerhöchsten und höchsten Souveräne« (Eingang und Art. 5) und ist vollzogen von Seiten der Kronen Baiern und Würtemberg und der Großherzoge von Baden, Frankfurt, Hessen und Würzburg, des Herzogs von Nassau und des Fürsten von Isenburg. Von den Königen von Sachsen und Westphalen, dem Herzoge von Anhalt-Deßau und andern Fürsten, welchen keine eigentlichen und (Patrimonial-) Ordensgüter und Güter des vormaligen Deutschmeisterthums zugefallen waren, obwohl sie beträchtliche Ballei- und Comthureigüter ihrem Domanium erworben hatten, war bei dieser Unterhandlung nicht die Rede. Und dennoch bestand der Rheinbund damals noch.

Die völlige Auseinandersezung der Ordensangelegenheiten, besonders die Vertheilung der darauf haftenden Schulden unter die theiligten Staaten, erforderte jedoch noch ferner Unterhandlungen, und diese kamen zum Schlusse nach hergestelltem Weltfrieden durch den Mergentheimer Hauptvertrag vom 18. Mai 1815 (*de Martens, Recueil etc. VI, p. 491 etc.*). Auch diese Uebereinkunft ward in Beziehung auf die vormaligen Besizungen des Deutschmeisterthums unterhandelt und getroffen, und nach dem darüber im Eingange der Urkunde aufgestellten Verzeichnisse keinesweges alle diejenigen Staaten Deutschlands, an welche irgend Besizungen des Ordens gekommen, sondern nur solche als theiligt aufgezählt, welchen Güter des Ordenspatrimoniums oder des Meisterthumes zugefallen waren. Jedem Zweifel wird diese Unterscheidung zwischen den eigentlichen Ordensgütern und den Balleien und Commenden, und daß nur jene im Art. 12 des Preßburger Friedens verstanden sind, und dem Hause Oesterreich für den erblichen Deutschmeister haben übertragen werden sollen, durch den Umstand enthoben, daß hier die Krone Sachsen, obwohl derselben die Güter der Ballei Thüringen als erledigt angefallen waren, lediglich in Ansehung von 750 fl. Responsgelder, welche dem Meisterthume jährlich zu entrichten gewesen, zur Concurrenz gekommen ist (a. a. D. Art. 3 u. 6), und überdem keine andern Güter und Gegenstände aufgeführt und berücksichtigt sind, als

solche, die theils ursprünglich zum Meisterthum, theils aber dem Orden im Ganzen gehört hatten (das. §. 2 — 7), endlich bei Aufzählung der Schulden, Pensionen und Rückstände (das. §. 32 flg.) nach demselben Grundsatz verfahren ist, auch sogar die Balleigüter und deren Inhaber ausdrücklich ausgenommen sich finden (das. §. 61). Dieser von Baiern, Württemberg, Baden, Darmstadt, Nassau und Ifenburg geschlossene Vertrag giebt überhaupt wichtige Belehrung über die Verhältnisse des Hochmeisterthums und des Ordens.

Einen andern Beweis für die Richtigkeit des hier dem Art. 12 des Preßburger Friedens untergelegten Sinnes findet sich darin, daß die im preussischen Schlessen belegenen Herrschaften Soppau und Ratsh, als Deutschmeistersche Tafelgüter noch im Besitze des Erzherzogs Deutschmeister geblieben sind, wogegen die der Commende Freudenthal zugestandene Herrschaft Ramslau daselbst von Preußen als erledigt eingezogen worden ist (Klüber, öffentl. Recht d. deutsch. Bundes, §. 173 a, Note b). Preußen hat also mit Zustimmung Oesterreichs jener Stipulation des Preßburger Friedens dieselbe beschränkte Deutung gegeben.

§. 7.. Inzwischen waren die Braunschweigischen Lande, nachdem der Feind vertrieben, unter die Regierung ihres rechtmäßigen Landesfürsten zurückgekehrt, und dieser säumte nicht, seine An- und Absicht über die während der feindlichen Usurpation eingetretene Vereinigung der erledigten Balleigüter mit den Staatsdomänen, sowie über die, vom Feinde vorgenommene Veräußerung solcher Staatsgüter, wie im Allgemeinen, so besonders in Hinsicht auf Rußland auszusprechen, und die deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815, Art. 15 erstreckte die im Reichsdeputationshauptschlusse von 1803 über die Sacularisation aufgestellten Grundsätze auf den deutschen Orden, indem daselbst dessen Aufhebung als geschehen angenommen und die Pensionirung der Ordensglieder nach dem für die Stiftspersonen früher beschlossenen Fuße denjenigen Fürsten nach Verhältniß auferlegt ward, welche Besitzungen des Ordens erhalten haben. Von einer Genehmigung der vom Feinde über diese

Güter getroffenen Verfügungen war übrigens dabei so wenig die Rede, daß eben deshalb es bei den in Folge des französischen Decrets vom 24. April 1809 angeordneten Pensionen nicht gelassen, vielmehr solcherhalb besondere Vorschrift zu ertheilen nöthig erachtet ward.

§. 8. Die Verhandlungen des Bundestages, welche sich auf die Befolgung des erwähnten Art. 15. der Bundesacte beziehen, lassen ersehen, daß die Bundesversammlung die Wiedereinziehung der vom Feinde veräußerten Ordensgüter von Seiten der rechtmäßigen Fürsten, als von derselben Willkür abhängig betrachtet (Protocolle d. Bundesversammlung von 1817 §. 245), und denjenigen Fürsten, welcher solche Veräußerung anerkannt haben würde, eben in Folge solcher Anerkennung für zu der entsprechenden Quote der Pensionen schuldig angesehen hat (Ebendas. §. 352). Man ging hierin von dem bekannten Grundsatz aus: qui habet actionem, rem ipsam habere videtur, und der Herzog, welcher deshalb die vom westphälischen Gouvernement dem Ordenspersonale ausgesetzten Pensionen vorläufig hatte auszahlen lassen, übernahm einen angemessenen Beitrag, welcher auch seitdem stets abgeführt worden ist.

## II. Rechtliche Beurtheilung.

Ueber die Wirkung der Veräußerung der Herzoglichen Domänen während der Fremdherrschaft hat sich das Oberappellationsgericht so bestimmt und beharrlich ausgesprochen, daß es hier nur der Ausführung bedarf, daß das vormalige Ordensgut Lucklum nach denselben Grundsätzen zu betrachten sei \*). Es scheint mir dieses aus der vorstehenden geschichtlichen Darstellung unwiderleglich zu folgen, und zwar leite ich diesen Schluß aus nachgesetzten Thatfachen und Rechtsgrundsätzen ab.

a) Der Preßburger Frieden vom 26. Decbr. 1805 ward

---

\*) Es bezog sich dieses auf frühere Urtheile, und dann war dieser Punkt bereits so ausführlich behandelt, daß demselben kaum noch etwas hinzugefügt werden konnte.



ohne Mitwirkung des damals noch bestehenden deutschen Reichs geschlossen, und wiewohl es nicht an Beispielen fehlt, daß der Deutsche Kaiser, unter dringenden Umständen, ohne den Reichstag zugleich für das Reich solche Staatsverträge eingegangen ist, so geschah solches doch nur unter ausdrücklicher Erwähnung und der angedeuteten Absicht, für dasselbe unter dessen voraussetzender Genehmigung handeln zu wollen \*). Von einer solchen Andeutung findet sich in jenem Friedensinstrumente keine Spur, vielmehr wird des Reichs daselbst überall nicht gedacht, und so erscheinen die vertragenden Mächte als dritte Personen, welche den Rechten des deutschen Reichs überall nichts vergeben konnten \*\*). Zu diesen Rechten gehörte aber unstreitig die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Verhältnisse des deutschen Ordens und seiner statutarischen Einrichtung, welche jedem übrigens zur Aufnahme geeigenschafteten Deutschen eine Versorgung darbot. Also konnte jener Friedensschluß im Art. 12 hierunter keine rechtsbeständige Aenderung begründen, und nur die Genehmigung Frankreichs für den Fall der etwa von Oesterreich auszuwirkenden Bestimmung des Reichs vorläufig auswirken.

b) Wenn hiernach der Art. 12 dieses Friedensinstruments nach den Grundsätzen, wie des allgemeinen, so des damals noch gültigen deutschen Staatsrechts auf den deutschen Orden und dessen Güter überall keine rechtsbeständige Wirkung hervorbringen konnte, so folgt, daß seine eine einseitige Aneignung fremden Guts enthaltende Bestimmung nur beschränkend und so ausgelegt werden müsse, wie sie am wenigsten die Rechte des Ordens und des Reichs verletzen würde. Unter dieser Voraussetzung müssen aber die Worte: *ainsi que les domaines et revenus, dont — le dit ordre se trouvera en possession*, bloß von

\*) S. den Rastatter Friedensschluß vom 6. März 1714, ausdrücklich als Präliminar eines Reichsfriedens, welcher auch den 7. Septbr. 1714 zu Baden erfolgte; den Luneviller Frieden vom 9. Febr. 1808, Eingang und Art. 19.

\*\*) Der §. 6 flg. dieses Friedensinstruments ergeben deutlich, wie wenig damals auf das Reich Rücksicht genommen, es schon als der Auflösung nahe betrachtet ward.

den eigentlichen Gütern im strengen Sinne, dem Ordenspatrimonium (oben I, §. 2 a), verstanden werden.

c) Wie sie den Regeln der juristischen Hermeneutik angemessen ist, so entspricht diese beschränkende Auslegung der gedachten Stipulation aber auch den Grundsätzen der Logik. Denn indem der erwähnte Art. 12 die Güter des Deutschmeistertumes von denen des Ordens unterscheidet, so nimmt er die letzte Bezeichnung im engen Sinne; da, um den Gesamtbesitz des ganzen Instituts, alle drei Abtheilungen der Ordensgüter (oben I, §. 2), anzudeuten, es bloß des Ausdrucks: Güter des Ordens ohne die beschränkende Erwähnung der Deutschmeisterschen Besitzungen bedurft haben würde, sowie der spätere Friedensschluß zu Wien vom Jahre 1809 Art. 4 solchen Ausdruck gebraucht hat. Auch setzt die durch Anordnung eines erblichen Hochmeisters angenommene Fortdauer des Ordens Güter zum Unterhalte der Ordensmitglieder voraus; wie denn das Stillschweigen über die Pensionirung derselben, unerläßlich für den Fall der Einziehung der Comthureien, ferner abnehmen läßt, daß diese gar nicht in der Absicht der Paciscenten sich befunden hat.

d) Der Fortgang der Ereignisse und die, über die fortschreitende Veränderung in den Beziehungen des Ordens und seine endliche Auflösung eingetretenen, Staatsverhandlungen geben die völlige Gewißheit, daß der Preßburger Frieden dem Hause Oesterreich auf die Balleigüter und Commenden des deutschen Ordens zum wenigsten keine Rechte gegeben habe (oben I, §. 3, 6—8).

e) Wäre jedoch dem nicht also, und hätte man zu Preßburg über diese Güter der Ritter pacificiren wollen, so ist gewiß, daß das Haus Oesterreich einem solchen Ansprüche überall keine Folge gegeben hat, und also eben, weil jener Frieden hierin nur durch folgende Vorsschritte, durch ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung der Betheiligten, zum Rechtsbestande erhoben werden konnte, solche Güter auch nicht erworben hat.

f) Die schon im August 1806 erfolgende Auflösung des Deut-

schen Reichs fand also hinsichtlich dieser Classe der Güter des Ordens wenigstens noch rem integram, und es gingen damit als nothwendige Folge solcher Auflösung, welche den einzelnen Staaten für ihre Territorien den ganzen Umfang der Hoheits- und Souveränitätsrechte, bisher zwischen Kaiser und Reich und den Regierungen getheilt ausgeübt, sofort und ipso jure zuwandte, die einzelnen Ballei- und Comthureigüter in die Classe und den Nexus der andern Mediastiftungen über. Dieses war die Verbindung, worin Luclum zum Herzoglich Braunschweigischen Staate zu der Zeit der (NB) etwas später eingetretenen feindlichen Usurpation (vom October 1806 bis zum November 1813) sich befunden hat.

g) Die mit dem Orden im Art. 12 des Preßburger Friedens bezweckte Aenderung kann nur, wie geschehen, mit Berücksichtigung der Regierungs- und Hoheitsrechte des betreffenden Staates, früher des des deutschen Reichs, sodann der einzelnen Fürsten gewürdigt werden. Denn eine solche Umwandlung der Stiftungsstatuten würde dem juri supremæ inspectionis vorgegriffen und das jus eminens eingeschränkt, wo nicht ausgeschlossen haben. Aber auch den Orden getrennt vom Staatsverbande gedacht, so konnte dessen statutenmäßige Einrichtung und die Bestimmung seiner Güter nicht rechtsbeständig auf solche Weise abgeändert werden, da mindestens er selbst in seinen verfassungsmäßigen Vertretern, dem Ordenskapitel, hätte mitwirken, ja der Papst, als oberster Vorstand dieses geistlichen Instituts, sofern nicht das jus eminens des Staats, wie bei Sæcularisationen, solche Zustimmung beseitigte, seine Genehmigung haben ertheilen müssen.

h) Die Ereignisse des Jahres 1809 sind bereits oben (I, S. 4) ihren rechtlichen Wirkungen nach dargelegt und erwogen worden. Der Orden, damals des aus der Reichsverfassung ihn zu einem Ganzen verknüpfenden Bandes verlustig, und in Ansehung seiner Subjectionsverhältnisse vielfach zersplittert, konnte nur durch Uebereinstimmung sämmtlicher betreffenden Souveräne dem Rechte nach in allen seinen Theilen aufgehoben werden. Denn wie der Oesterreichische Kaiserstaat auf

den in seinem Umfange belegenen Fragmenten des Ordensguts ein Analogon des Ordens hat erstehen lassen, so stand jedem Fürsten frei, diesem Beispiele zu folgen, oder doch dem ihm unterworfenen Ordensvermögen eine andere beliebige Bestimmung, etwa zu milden Zwecken zu geben \*). Wo also Napoleon oder sein Bruder Jerome nur als Gewaltherrscher handeln konnten, vermochten sie dem Rechte der rechtmäßigen Fürsten nicht vorzugreifen, vielmehr nur neben der aus der Eroberung fließenden Nugnießung die Verwaltungspflichten zu handhaben, welche ihre Stellung ihnen auferlegt hatte. Dieses also ist der Gesichtspunkt, woraus allein die Vorschritte Napoleons und Hieronymus in Ansehung der Herzoglichen Lande beurtheilt werden können. Die zur Ballei Sachsen gehörigen Güter des deutschen Ordens waren durch den Art. 12 des Preßburger Friedens weder dem Rechte noch der Absicht der Paciscenten, noch endlich dem Erfolge nach betroffen worden. Mit Aufhebung des Reichsverbandes fand sich Lucklum der alleinigen und souveränen Landeshoheit des Herzogs unterworfen. Die wenigstens factische Auflösung des Ordens erlebte diesen Theil der Ordensgüter zum Besten des Herzoglichen Domaniums, und der Eroberer verwaltet die fiscalischen Rechte des usurpirten Staates, indem er mit dem Staatsgute verbindet, was demselben ipso jure bereits angefallen war. Ob solche Auflösung des Ordens übrigens in Hinsicht auf den rechtmäßigen Landesherrn für rechtsgültig anzunehmen oder nur der That nach eingetreten war, ändert hier nichts. Denn auch in diesem Falle ward das Ordensgut wenigstens bis auf andere rechtsbeständige Verfügung erlebte, und dem Staate lag ob, für dessen Erhaltung zu sorgen, wie er berechtigt war, wegen des eventuellen Heimfalls sich zu sichern. Eine andre Deutung erlauben die Decrete vom 24. April und 1. Juni 1809 dem Verhältnisse nach nicht, und

---

\*) Wie die Ballei Utrecht, nachdem sich Holland vom Reiche gelöst, für sich bestand, ein vom Hochmeister und Capitel getrenntes, übrigens nach alter Ordensverfassung eingerichtetes, nur den Generalstaaten unterworfenen Institut bildete.

hätte auch, wie Niemand wird behaupten wollen, der Usurpator anders über Lucklum verfügen können \*), so hat er solches nicht einmal gethan; denn indem er die Ordensgüter mit den Domainen der Krone vereinigte, sprach er deren Verbindung mit den betreffenden Theilen des aus wirklich abgetreten erhaltenen und aus nur eroberten Bestandtheilen gebildeten Königreichs Westphalen aus. Eine andere Bestimmung hätte eines dieselbe bezeichnenden Ausdrucks bedurft, allein freilich keine rechtliche Wirkung haben können. Ein solcher Ausdruck ist aber nicht einmal gebraucht worden, und eben weil Napoleon seinen Bruder, wie dieser sich selbst auch in Ansehung der bloß usurpirten Landestheile als Landesfürsten betrachtete, konnten jene beiden Decrete nicht bezwecken, die Ordensgüter dem Könige Jerome für seine Person, oder allein insoweit zuzuwenden, wie er als rechtmäßiger Herrscher anzusehen war.

i) Der Wiener Frieden von 1809 bestätigte im Art. 4 bloß die Aufhebung des Ordens und die über dessen Güter getroffene Verfügung, soweit dabei die Rechte des Hauses Oesterreich betheiligt waren. Hier also ist anwendbar, was oben (II, h) ausgeführt sich findet. Rechte hatte das gedachte Erzhaus auf Lucklum nie gehabt (II, a—e), also konnte es deren keine übertragen, noch weniger aber kann einer hier ausgesprochenen bloßen Anerkennung der getroffenen Verfügung die Deutung gegeben werden, als habe Oesterreich dem Könige von Westphalen in dessen von der Eigenschaft eines Usurpators der Braunschweigischen Staaten gesonderten Qualität eines rechtmäßigen Herrschers einseitig gegen die Rechte des legitimen Fürstenhauses Güter abtreten wollen und können, die es nie zuvor erworben gehabt. Das schon früher benutzte Argument von der bei den öffentlichen Verhandlungen unter Concurrenz von Oesterreich den Art. 12 des Pressburger Friedens gegebenen Auslegung (I. §. 6 und 8; II, c.) ist hier entscheidend.

\*) Vergl. Grundsteuer in Deutschland und westphälische Finanzgeschichte, 1814, Zbl. I, §. 99 u. 100, Zbl. II, §. 23.

Quilibet enim verborum suorum optimus interpres. Der natürlichste und dem Rechte gemäße, wahrlich weder diesem noch einer gefunden Logik widersprechende Sinn jener Anerkennung ist also, dieselbe auf die Vereinigung der erledigten Ordensgüter mit den Domänen zu beziehen, und zwar denen der rechtmäßigen Fürsten, ebenweil der Eroberer dieselben nur für diese, wie wohl zu seinem vorübergehenden Genuße erwerben konnte, die gebilligte Verfügung also nur in solchem Maaße für eingetreten anzusehen war u. s. w.

Den 17. April 1824.

G. P. v. Bülow.

Eine vergleichende Abwägung der hier aufgestellten Argumente mit den Entscheidungsgründen des vom Oberappellationsgerichte in Wolfenbüttel am 11. März 1828 abgegebenen Erkenntnisses kann hier nicht stattfinden. Sie wäre zwecklos und würde wenigstens dem Verfasser nicht ziemen, da jenes Gutachten einer Rechtfertigung nicht bedarf und — *victrix causa Diis placuit*.

## VI.

## Herzogliche Schatullgüter.

Der Begriff des Landesfürstlichen Schatullguts, seine Rechtsverhältnisse und der dasselbe vom Cammergute und vom eigentlichen Staatsgute, den Domänen, sondernde Unterschied ist durch die Theorie festgestellt und bedarf keiner weitem Ausführung. Die Anwendung dieser Grundsätze war im Herzogthume Braunschweig lange nicht in Frage gekommen, und selbst der Umfang des Herzoglichen Schatullgrundvermögens verdunkelt, als i. J. 1829 dazu die Gelegenheit sich ergab, indem der Verkauf einiger der Cammerverwaltung unterworfenen Landgüter vom Herzoge beabsichtigt wurden. Hatte es zwar sonst an Veräußerungen aus dem Cammergute nicht gefehlt, und dieselben nicht nur viele Mühlen, sondern selbst die zum ehemaligen Amte Rothenhof gehörenden Landgüter, nämlich das rothe, das weiße und das Borwerk Montplaisir betroffen, so waren diese doch in eine Verleihung zu Erbenzinsrecht eingekleidet worden, wogegen jetzt ein unbedingter Verkauf bezweckt zu werden schien. Das Cammercollegium und besonders die Landschaft fanden sich also zu einsprechenden Vorstellungen veranlaßt, und hier ergab sich denn ein auffallender Mangel an der erforderlichen Aufklärung der Sachverhältnisse, und nur eine Tradition wies auf die Güter zu Wendhausen und Salder, als im herzoglichen Schatullgute begriffen gewesen. Das Ergebniß der vom Verfasser hierüber angestellten Nachforschungen folgt hier.

In der Vorzeit hatte man den Unterschied zwischen Cammer- und Schatullgütern unbeachtet gelassen, der Herzog diesen

gesammten Grundbesitz wie sein Patrimonialvermögen angesehen und die Landschaft nur auf Erhaltung des Herzoglichen Cammerguts in der Besorgniß Bedacht genommen, daß dessen Schwächung die Nothwendigkeit vermehrter Abgaben herbeiführen werde. Erst mit der Ausbildung des Staatsrechts bestimmten sich die Begriffe, und in dem Grade, wie die Ansprüche der Landstände an das Cammergut sich aufklärten, konnte dem Hofe rathsam erscheinen, vom Cammergute dasjenige Landesfürstliche Vermögen zu sondern, was jener Verbindlichkeit entzogen werden konnte. Dennoch unterblieb, wie die Begrenzung des Cammerguts gegen die Domänen, nämlich des dem Lande in gewissem Maaße verpflichteten Fürstlichen Hausvermögens gegen das eigentliche Staatsgut, so die Scheidung des Schatullguts von beiden bis zur Regierung Herzogs August Wilhelm. Die Prunksucht dieses schwachen Fürsten und seine Nachgiebigkeit gegen die Habgier seiner Günstlinge führten zu Anforderungen an die Cammercasse, welcher der Cammerpräsident von Münchhausen bei seiner Pflichttreue nicht genügen konnte. Um dieser lästigen Controle möglichst zu entgehen, rief daher der Graf von Dehn, des Herzogs allgeltender Minister, den Unterschied des Cammer- und des Schatullguts ins Leben und suchte dem letzten, was irgend dahin zu ziehen stand, auch an Landbesitz zuzuwenden, und so durch seine Bildung und Vermehrung die Mittel zu der fürstlichen und der eigenen Verschwendung der Beaufsichtigung jenes ihm verhaßten und lästigen Widersachers zu entziehen. Mit August Wilhelms Tode schloß aber diese Einrichtung wieder ein, jener von Münchhausen ward Premierminister des Regierungsnachfolgers, und der gemachte Unterschied lebte fortan nur in der Erinnerung und in den Vorträgen der Lehrer des Braunschweigischen Territorialstaatsrechts. Während der Regierung Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand ist kein Landgut als Schatullgut behandelt, die Schlösser und dazu gehörigen Gärten ausgenommen, vielmehr der gesammte Grundbesitz des Landesfürsten, ohne irgend eine Unterscheidung, von den beiden Herzoglichen Kammern zu Braunschweig und Blankenburg wie Cammergut verwaltet worden. Bei der selbst



die längste Verjährungszeit übertreffenden Dauer dieser Vermischung ist daher jetzt jener Unterschied von aller Realität entblößt und gänzlich erloschen, so daß er später nicht einmal mehr ins Leben zurückgerufen werden konnte, als eine wichtige Veranlassung sich ergeben hatte, ihn zum Wohl des Landes wieder hervorzurufen. Als nämlich nach der französischen Occupation und wie i. J. 1807 das Königreich Westphalen gebildet werden sollte, der raubsüchtige Eroberer das Herzogliche Cammergut als Kriegsbeute behandeln und zu kaiserlichen Dotationen verwenden wollte und dessen Sonderung vom eigentlichen Staatsgute, dem Domanium des Landes, verfügt war, beabsichtigten die Herzoglichen Verwaltungsbehörden irgend einen Grundbesitz auszumitteln, welcher dem Cammer- und Domanialgute entgegen, und als eigentliches und besonderes Fürstengut dargestellt werden könnte, um damit jene beiden dem Lande zu retten, indem man sie als im Staatsgute begriffen angab. Es wurden deshalb die sorgfältigsten Nachforschungen angestellt, nirgend aber fand sich, selbst nicht in den Cammerarchiven, ein brauchbares Argument. Der Umfang des vormaligen Schatullguts, seine Benutzung und Verwaltung, ja sein Uebergang in die Verwaltung der Cammergüter blieben unaufgeklärt, und es konnte dem begehrlichen Sieger nicht einmal eine scheinbare Behauptung zu jenem Zwecke entgegengestellt werden.

Da nur die neuern Erwerbungen als Schatullgüter würden angesprochen werden können, so wird hier noch bemerkt, daß das Gut Salder, sobald die darüber entstandenen Proceße durch Vergleich beigelegt waren, von Herzog Carl I. zum Cammergute geschlagen worden ist. Wendhausen, dem damaligen Erbprinzen Carl Wilhelm Ferdinand für Hedwigsburg eingegeben, als dieses einem Geheimenrathe von Münchhausen verkauft werden sollte, ward nach dem Regierungsantritte dieses Prinzen mit dem Cammerfonds vereinigt, und die Gandersheim'schen und Lüdgerschen Stiftsgüter, vermöge des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 erworben, wurden sofort auf gleiche Weise behandelt. Von andern Erwerbungen der Vorzeit, als Achim und Boldsassen, gilt insoweit dasselbe, daß sie

längst und ohne Vorbehalt mit dem Cammergute vereinigt worden sind.

Eingezogene und zurückgefallene Lehen sind übrigens keinesweges unbedingt als Staats- oder als Cammergut zu betrachten. Vielmehr wird in jedem Falle zuvor aufzuklären sein, zu welchem von Beiden das dominium directum gehört hat. Denn da der Lehnvertrag auch privatrechtlicher Natur sein kann, ist es sogar bedenklich, für jene oder diese Eigenschaft eine Rechtsvermuthung aufzustellen. Von den Erwerbungen, vermöge des Reichsdeputations-Hauptschlusses, sind die Gandersheim'schen und Lüdgers'schen Stiftsgüter (b. S. 4) von denjenigen Stiftsgütern zu unterscheiden, die kraft des §. 35 eingezogen worden. Ueber jene ist vom Herzoge Carl Wilhelm Ferdinand so verfügt, daß, wenn ja ein Zweifel aufgeworfen werden könnte, ob dieselben nicht zum herzoglichen Schatullgute hätten gezogen werden dürfen, ein solcher Anspruch vom fürstlichen Erwerber abgegeben gewesen sein würde. In Beziehung auf die letzterwähnten Besitzungen hat aber der §. 35 einem solchen Anspruche vorgebeugt und durch die ausgesprochene Bestimmung zugleich die Natur derselben als wirkliches Staatsgut festgestellt.

## VII.

Zur

Geschichte

der

## Benutzung der Cammer- und Klostergüter.

Die Benutzungsweise der fürstlichen Landgüter blieb sich bis in späte Zeiten gleich. Wie Carl der Große seine Villen verwalten ließ und ihren Ertrag größtentheils durch Naturalgenuß zur Unterhaltung seines Hoflagers benutzte, so geschah von den Herzögen dasselbe mit den Cammergütern. Sie wurden sämmtlich verwaltet und ihr Aufkommen entweder von dem umherziehenden Hofe verzehrt oder an dessen Hauptsitz zur Unterhaltung des fürstlichen Haushalts eingeschickt, und zum Theil der herzoglichen Dienerschaft als Gehalt überwiesen \*), auch dienten viele auf gleiche Art zum Unterhalt der Herzoglichen Wittwen und nachgeborenen Prinzen als Leibgebing und Paragium. Die Verwalter dieser Güter vertraten den Eigenthümer in jeder Hinsicht. Sie standen nicht nur der Landwirthschaft vor, sondern besorgten zugleich die Erhebung der gutherrlichen Gefälle, leiteten die auf Erhaltung oder Verbesserung gerichteten Arbeiten, und übten das herkömmliche Hausvaterrecht aus, in Verwaltung der Patrimonialjustiz und Landespolizei. Erst in der letzten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts kam die Verpachtung

---

\*) S. des Verf. Beiträge z. Gesch. d. Br. Lüneb. Lande. Nr. 8.

der Cammergüter und nun auch der Klostersgüter auf, welche seit der Reformation zur Verwaltung der Regierung durch die Klosterrathsstube gezogen waren. Das Beispiel Brandenburgs scheint zu dieser Veränderung die Veranlassung gegeben zu haben; denn dort führte der große Churfürst diese Art der Domänenbenutzung zuerst im Magdeburgschen und Halberstädtischen ein, als er diese Provinzen durch den Westphälischen Frieden erhalten hatte. Diese Maasregel erwies sich bald höchst erfolgreich und nützlich. Nicht nur ergab sie einen höhern und mehr gesicherten Ertrag für die Landesfürstlichen Cassen, sondern sie erweckte eine bis dahin unbekannte Industrie, indem der Landbau von nun an zum Vortheile dessen betrieben ward, der ihn leitete. Die Deconomie erhob sich allmählig über den alten Schlendrian, man achtete auf von Nachbarn gemachte Erfahrungen, ahmte Verbesserungen nach und stellte dem Landmann Beispiele auf, die immer mehr wirken als Belehrung. Auch verstrich wenig Zeit, und das neue Gewerbe zeigte sich als reichlich lohnend für den Unternehmer, indem es den Grund zur Wohlhabenheit mehrerer noch jetzt im Lande blühender Familien legte \*), und in diesen eine besondere Classe des Mittelstandes bildete, welche ohne eignen Grundbesitz die Lebensweise des begüterten Adels führte und in der Gesellschaft diesem zunächst stand, auch sich im Genuße der Pachtungen mehrere Generationen hindurch zu erhalten verstand. Die Cammer- und Klosterpächter füllten übrigens die Stellen der bisherigen Amtswalter ganz aus. Sie waren nicht nur Pächter, sondern zugleich wirkliche Beamte, und nicht bloß mit der Amtsreceptur und der Ausübung der Polizei im Umfange des zum Pachtgute gehörigen Bezirks, sondern selbst mit der Rechtspflege beauftragt. Die aus diesen vielseitigen Obliegenheiten hervorgehende Belastung mit Dienstgeschäften, sowie die Nothwendigkeit einer Vorbereitung durch Universitätsstudien führte jedoch zu Mißverhältnissen, welche früh gefühlt aber spät erkannt wurden. Der bemittelte Beamte auf großen Pachtgütern widmete selten

\*) Die Breymann, Cleve, Reiche, Bahnschaffe etc.

allen Zweigen der ihm obliegenden Geschäfte die nöthige Aufmerksamkeit, und oft litten sie sämmtlich zugleich durch Vernachlässigung und wurden den Subalternen überlassen, während der Beamte in einem, dem Genuße luxurioser Repräsentation gewidmeten Leben seine Bestimmung setzte und verfehlte. So fiel der Betrieb der Landwirthschaft bald wieder einem Schlendrian zu, den nur einzelne ausgezeichnete Männer zu unterbrechen verstanden. Ein leuchtendes Beispiel dieser Art stellte ein Wahnschaffe auf, der, ohne wissenschaftliche Vorbildung zum Mühlen-gewerbe erzogen, die Herstellung und Verbesserung der hydraulischen Vorrichtungen zur Entwässerung des großen von Hornburg bis über Dscherleben hinaus sich erstreckenden Bruches unternahm und mit glänzendem Erfolge ausführte, indem er die Anlagen der Herzöge Julius und Heinrich Julius aus ihrem langjährigen Verfall wieder erstehen ließ und ergänzte, und so den bedeutenden Braunschweigschen und Preussischen Domänen und vielen Ortschaften dieses Bruches zu einem unschätzbaren Erwerbe der werthvollsten Wiesen verhalf. Derselbe war es, welcher das bis dahin ganz unbedeutende Cammergut Schickelsheim, ein wahrer Schöpfer, zu einer ertragreichen Besizung erhob, indem er durch großentheils verdeckte Wasserabzüge und veränderte Anlage der Felder und Ackerstücke fruchtbare Ländereien entstehen ließ, wo bisher ein ärmlicher und unsicherer Ertrag gewonnen war. Das auf solchem Wege so wohlverdiente Zutrauen der Regierungen wandte ihm mehrere große Pachtungen zu, deren Betrieb den Grund zum Wohlstande einer zahlreichen Nachkommenschaft legte, sowie der Rückblick auf seine großartige Wirksamkeit derselben zum veredelnden Beispiele gedient hat.

Unter Herzog Carl Wilhelm Ferdinand fing man an, die Stellung der Domänenpächter zu berichtigen. Zwar behielten sie Sitz und Stimme auf der Amtsstube; allein es ward von ihnen keine Kenntniß der Rechtswissenschaft verlangt, die Rechtspflege dem Justizbeamten ausschließend übertragen, ihnen aber nur die Verwaltung der Polizei und der Amtsgefälle als Amtsobliegenheit gelassen. Erst seit der Restauration ward diese

Trennung vollendet, und der Pächter nur als solcher betrachtet, die Domonialerhebungen aber, sowie die Verwaltung der Hoheits und Polizeisachen dazu angestellten Beamten ausschließend übertragen.

Wurden in dieser Beziehung die Grundsätze befolgt, welche aus der allmäligen Ausbildung der Staatswissenschaft hervorgegangen waren, so hielt man sich dennoch fern von einer Vereinzelung der Gutsparcelen oder erblichen Verleihung der Domänen, so bestimmt die Theorie sich für dieselbe Maaßregel ausgesprochen haben mochte. Die früher aufgestellten Beispiele, wo Staats- oder Cammergüter in der Absicht, den Einwohnern des Orts eine Nahrungsquelle zu eröffnen, oder auch den Neubau oder den Unterhalt der Wirthschaftsgebäude zu sparen, zwar pachtweise, aber auf lange Jahre einzeln ausgethan waren, z. B. der Klosterhaushalt bei Königsutter, ein Theil der Klosterländereien von St. Lüdger und Marienberg vor Helmstedt, die Cammergüter zu Borsfelde, Langelshelm, Hüttenbusch, Mittegerode u. fanden keine Nachfolge. Noch weniger glaubte man, wie unter Herzog Carl I. mit den Grundstücken des Residenzamtes Wolfenbüttel, nämlich den Bestandtheilen des Rothen-, Grauen- und des Borwerks Montplaisir geschehen, zu Zerschlagungen auf Erbzins schreiten zu dürfen, indem hierin eine im Braunschweigischen Staatsrechte verbotene Veräußerung wahrgenommen werden konnte.

Die Pachtanschläge wurden bald nach hergebrachten, wiewohl fortschreitend verbesserten Formularen angefertigt; mehr die Ergebnisse von Ueberschlagungen nach bisher einkommenem Rohertrage bei angenommenen Durchschnittspreisen, als einer vollständigen Würdigung der Kräfte des Guts, zu welcher die Zeit überdem noch nicht reif war. Sie erforderten mehr Actenkenntniß und Dienst Erfahrung, als technische und wissenschaftliche Kenntnisse, und konnten daher den bloß in den Verwaltungscolliegen herangebildeten Rätthen und dergleichen überlassen werden, bei welchen höchstens nur zufällig erworbene landwirthschaftliche Einsichten angetroffen zu werden pflegten. Erst während der Regierung Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand

zeigte sich der Einfluß der Ausbildung der Landwirthschaftslehre bei der Domänenverwaltung. Der Herzog, den Fortschritten der Zeit aufmerksam folgend, mißtraute bald den Mitgliedern der Verwaltungsbehörden, wenn neue Veranschlagungen bedeutender Domänen nöthig erachtet wurden. Er mochte sie, als gewöhnlich nur juristisch vorgebildet und den auf den Landbau einwirkenden Wissenschaften fremd, zugleich zu wenig des Landbaues kundig finden, um jenen Mangel durch praktische Kenntnisse genügend ersetzen zu können. Deshalb wurden solche Arbeiten oft bewährten Wirthschaftsverständigen übertragen. Dieses veranlaßte denn die Referenten der Cammern, eine früher unerhörte Betriebsamkeit darzulegen, um ihre Tüchtigkeit zu bewähren, indem sie bei Pächterneuerungen den Ertrag der Güter immer mehr steigerten; ein Bestreben, worin sie durch die damals beginnende Zunahme der Preise aller ländlichen Erzeugnisse unterstützt wurden, und welches seine Rechtfertigung in dem alle bisherigen Verhältnisse übersteigenden Wohlstande der Landwirths und deren daraus hervorgehendem Luxus fand. Auf diese Weise entstanden Ansichten und bildeten sich Grundsätze der Verwaltung, welche bald von den umfassendsten Folgen waren. Die Landwirthschaft ward allgemein für das ergiebigste Gewerbe gehalten. Die Pachtungen steigerten sich fortschreitend, und mit ihnen der Schätzungswerth des Grundeigenthums bei Erbtheilungen und Verkäufen, und dieses bereitete eine eben so unvorhergesehene als unglückliche Revolution in den Vermögensverhältnissen der Eigenthümer und Pächter, welche sofort hereinbrach, nachdem später die Preise der Feldfrüchte dauernd zurückgingen. Das zeitig erkannte Bedürfniß, den Pachtansätzen eine sichere Grundlage zu geben, sie dem Standpunkte der rationellen Wirthschaftskunde entsprechen zu machen, hatte allerdings die Regierung gleich nach der Restauration bestimmt, dem Cammer-Collegium einen Landbauverständigen beizuordnen, der, mit wissenschaftlicher Vorbildung practische Erfahrung verbindend, durch Untersuchung des Haushalts und der örtlichen Verhältnisse, die Vorarbeiten zu den Veranschlagungen besorgen, auch überhaupt der Behörde als Gehülfsbeamteter in

technischer Beziehung zur Seite stehen sollte. Allein immer fehlte es an allgemeinen Bestimmungen über die bei den Veranschlagungen anzuwendenden Grundsätze. Der Ansicht des vortragenden Mitgliedes blieb überlassen, nach welchem Durchschnitt der bisherige Rohertrag berücksichtigt, welche Ausgaben zu den Bewirthschaftungskosten gerechnet, wie das Betriebscapital bestimmt werden sollten; und so unterlagen die Beschlüsse des Collegiums, wo nicht einer Berücksichtigung der Person des Pächters, doch der Stimmung des Augenblicks. Der Zweck einer angemessenen Verwerthung der Cammergüter diente fortan zum alleinigen Ziele, da es doch gewiß angemessen gewesen wäre, im Pächter zugleich den Unterthanen zu erkennen und bei jedem derselben ein gleiches Maass anzuwenden. Freilich traten der Aufstellung solcher Regeln erhebliche Schwierigkeiten entgegen, und man wünschte, die Grundsätze durch die Erfahrung ausbilden zu lassen. Aber, indem bei jeder neuen Veranschlagung nach fortschreitenden Wahrnehmungen verfahren ward, und die Berücksichtigung der besondern Verhältnisse in jedem einzelnen Falle vorwaltete, entfernte man sich immer mehr von einer gleichmäßigen Behandlung der Pächter. Hierzu wirkte vorzüglich noch die nach dem Weltfrieden vermehrte Concurrenz von Pachtlustigen, als Viele aus den Reihen der Krieger ins bürgerliche Leben zurücktraten, und die damals nicht nur noch bestehenden, sondern sogar sich wieder hebenden hohen Kornpreise. Die Pachtanschläge wurden mit den Voraussetzungen entworfen, wozu die neuen Entdeckungen in der Landwirthschaftslehre aufgefordert hatten; sie wurden überboten, und es ward also von dem Referenten als Ehrenpunkt betrachtet, sich als einen eben so guten Rechenkünstler zu zeigen, als die Pachtbewerber, um seine Veranschlagung gegen den Vorwurf zu sichern, den ein Uebergebot derselben hervorrufen möchte. So erzeugten sich strengere Principien für die Beurtheilung des ganzen Pachtverhältnisses, und wenn später Anträge auf Milderung der Grundsätze gemacht wurden, so stellte man ihnen wohl gar die abergläubige Behauptung entgegen, es habe der rationelle Landwirth Erwerbsquellen (vielleicht Arcane), die bei den Veran-



schlagungen, als jedem Laien unzugänglich, unerwogen verblieben, und müsse da, wo man festen Fuß zu setzen vermöge, es um so genauer genommen werden. Die zur Unternehmung industriöser Gewerbe gegebene Gelegenheit, obwohl nicht eigentlich in der Landwirthschaft begriffen, wurde auf solche Weise berücksichtigt, und damit freilich schlummernde Kräfte geweckt, zugleich aber den minder Kräftigen der Abgrund eröffnet. Diese bilden nun aber die Mehrzahl, und das Fach, welchem sich die angehenden Landwirthe gewidmet haben müssen, ist zu umfassend, um bei ihnen gründliche Bekanntschaft mit andern Zweigen der Technologie voraussetzen zu dürfen; auch stehen die mit dem Landbaue vereinbarlichen Gewerbe gewöhnlich Jedermann offen, ohne daß dafür irgend ein Pachtgeld zu erlegen wäre.

Die mit dem Jahre 1820 eingetretene Veränderung in den Verhältnissen des Landwirths ward übrigens keinesweges von den Verwaltungsbehörden unbeachtet gelassen; nur glückte es nicht, ein durchgreifendes Hülfsmittel ausfindig zu machen. Von Ansichten auszugehen, die von den bisherigen durchaus abwichen, schien nämlich nicht rathsam; auch konnte nicht vorhergesehen werden, daß und in welchem Maasse das Sinken der Fruchtpreise von Dauer sein werde. Es ward also der Ausweg eingeschlagen, durch genauere, selbst freigebige Berechnung der vom ausgemittelten Rohertrage abzusetzenden Wirthschaftskosten und dergl. mehr die Anschlagssumme zu ermäßigen. Nur bei neuen Veranschlagungen angewendet, vermehrte jedoch dieses Mittel die schon fühlbar gewordene Ungleichheit in der Cammerpächter Behandlung. Und sollten freilich die Pachtanschlätze ihrer Bestimmung nach bloß den Behörden zum Maassstabe bei der Beurtheilung der Pachtgebote dienen, und wurden sie den Pachtlustigen einzig zur Benachrichtigung mitgetheilt, ihnen aber überlassen, die Verhältnisse selbst zu prüfen; so äußerten Jene doch immer einen entscheidenden Einfluß auf den einzugehenden Pachtvertrag. Denn selten fand sich der Pachtbewerber in der Lage, dem zu Pacht verstellten Haushalte mehr, als eine flüchtige Besichtigung zur Stelle widmen zu können, mußte sich also nach nicht immer zuverlässigen Angaben berechnen, und fand sich genöthigt, dabei

vorzüglich dem vorgelegten Anschlage zu folgen. Später wurden den Bewerbern nur Verzeichnisse der Pachtgegenstände vorgelegt. Allein hiermit ließ man sie ganz ohne Leitfaden, und doch möchte der Regierung wohl zukommen, dem Staatsbürger ihr Licht mitzutheilen, wo Irrthum mit Gefahr drohet.

Das Cammercollegium beschränkte sich übrigens damals auf jene Hülfsmittel, um den übeln Folgen der einmal angenommenen Veranschlagungsgrundsätze vorzubeugen, keinesweges. Es wurden Erkundigungen über die Maaßregeln eingezogen, welche von benachbarten Regierungen zur Erleichterung der Pächter ergriffen waren, auch Durchschnittsberechnungen über die Kornpreise während verschiedener Abschnitte der letztvergangenen Zeit angefertigt, um auf diesem Wege eine Grundlage zu einer Herabsetzung der Cammeranschlagspreise zu gewinnen. Allein Beides ohne Wirkung. Dem Beispiele der Königlich Preussischen und Hannoverschen Regierungen trat die oben erwähnte Ansicht von der günstigen Stellung der großen Landwirthe entgegen, verbunden mit der allgemeinen Clausel der Cammer-Pachtcontracte, wegen Sinkens der Preise keinen Erlaß fordern zu dürfen, weil sich dessen widrige Wirkung gegen die Aussicht ausgleiche, bei Theuerung um so mehr zu gewinnen. Und jene Durchschnittsberechnungen ergaben, daß die angenommenen Anschlagspreise bereits unter dem Durchschnitte selbst der letzten 30 Jahre (von 1821 zurück) standen. Welche Aussicht muß sich hiernach den Cammerpächtern eröffnen, wo die Cammergüter als Staatsgut betrachtet werden, und ihre Verwaltung der Controle der Landstände constitutionel unterworfen worden ist! Mit der Aufhebung aller gutherrlichen und väterlichen Beziehungen werden da alle freundlichen und schonenden Rücksichten der Theorie von durchgreifender Gleichheit, und weil der Verwalter nicht darf, was dem Eigenthümer zukommt, zum Opfer gebracht werden müssen. Es wird fortan der sonst so verrufene fiscalische Geist von Rechtswegen herrschen. Er wird walten, aber nicht wie der Geist Gottes über der Tiefe! —

Unter jenen Umständen blieb nur der Weg einzuschlagen,

welchen man damals betrat. Den Pächtern wurde große Nachsicht bei Einforderung der Pachtgelder erwiesen, auch in besonders dringenden Fällen ein angemessener Kornvorrath in die Landesfürstlichen Magazine aufgenommen, zwar nicht als Zahlung zu einem bestimmten Preise, sondern vorerst zur Sicherheit für jene, und um demnächst bei erhöhten Fruchtpreisen verkauft zu werden. Der Erlös ward sodann auf den Pacht rückstand abgerechnet und dem Pächter der Verlust und die Schwierigkeiten erspart, welche ihm aus der sonst unvermeidlichen Nothwendigkeit erwachsen sein würden, zum Abtrag der Pachtgelder verzinsliche Anlehen aufzunehmen oder sein Korn zu den laufenden geringen Preisen loszuschlagen. Auf diese Weise ist von mehreren Familien der Untergang abgewendet.

Die Verpachtungen endlich geschahen schon vormals nicht nach Meistgebot. Wurden ja Pachtlustige zur Concurrenz eingeladen, so entschied doch in der Regel die Bestimmung der Pachtbedingung und die Wahl des Pächters sich nach persönlichen Rücksichten, und der Herzog sprach sich darüber aus, nachdem die Vorschläge der Verwaltungsbehörde mit den Verpachtungsacten im Geheimenrathе geprüft worden waren. Eigentliche Gnadenpachtungen waren selten, doch wirkte die Begünstigung von Familien und bei Pachtverlängerung das Benehmen des Pächters gegen die gutspflichtigen Unterthanen. Immer aber waltete Milde bei Feststellung der Pachtbedingungen ob, damit der Pächter wiederum in Beziehung der mit verpachteten gutsherrlichen Leistungen Schonung angedeihen zu lassen vermöge.

Die Forstverwaltung ist seit ihrer Einführung dem Wirkungskreise der Herzoglichen Cammer zugelegt gewesen, und zwar in Beziehung sowohl auf die technische Behandlung, die Erhaltung und Benützung der zum Cammergute gehörenden Forsten, als auf die Ausübung der forstlichen Hoheit über alle Waldungen des Landes, nämlich die Anwendung der dabei eintretenden staatswirthschaftlichen Principien. Obwohl die Forstkunde lange Zeit hindurch in einer bloßen Empirie bestanden und erst seit kurzen einer wissenschaftlichen Bearbeitung

und Ausbildung sich zu erfreuen gehabt hat; so ist von der Herzoglichen Regierung doch schon seit Jahrhunderten der Forstwirtschaft eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Bereits unter Herzog Julius, v. J. 1560 bis 1589, erregten die zunehmenden Holzpreise die besorgliche Aufmerksamkeit der Regierung, und bei der diesem ausgezeichneten Regenten eigenthümlichen Betriebsamkeit wurden nicht nur Aufsicht und Ordnung über diesen wichtigen Zweig des öffentlichen Haushalts verbreitet, sondern selbst Nachforschungen nach mineralischen Feuerungsmaterialien angeordnet, um den Bedarf zu decken und den Forsten die nöthige Erleichterung zuzuwenden\*). Spuren bedeutender Anpflanzungen, zumal von Eichen, deuten auf jene frühere Zeit und auf Culturen, welchen später mit geringerer Sorgfalt, wenigstens mit weniger Glück, andere gefolgt sind. Doch ging man bald darauf zu der Anwendung allgemeiner Grundsätze über, und es liegen alte Vermessungen der Waldflächen, selbst Abschätzungen der Bestände mit Zählung der Stämme vor, die zur Grundlage der Anweisungen, wie der Culturverwilligungen zu dienen bestimmt waren. Allein diese Maassregeln waren weder in genügender Ausdehnung angewendet, noch ausdauernd befolgt, auch hatte sich die eingeführte Art der Forstbenutzung den Beständen so wenig förderlich erwiesen, daß sich immer dringender die Nothwendigkeit ergab, nach durchgreifenden Maassnahmen die Forstwirtschaft neu zu ordnen. Eine nach der Restauration eingetretene, bisher unerhörte Steigerung der Holzpreise beschleunigte den Beschluß der Regierung, und so ward eine über das ganze Land erstreckte Forstaration

---

\*) Gleiche Verhältnisse führten zu gleichen Nachforschungen. Nur waren die neuern an der Hand der Wissenschaften unternommen und daher erfolgreicher. Als nämlich nach 1814 in den größern Städten die Holzpreise zu einer besorglichen Höhe heranwuchsen, stellte der Oberberggrath Stünkel mit unermüdlicher Betriebsamkeit Forschungen nach Torf- und Steinkohlenlagern an, und es gelang ihm, dem Bedarfe zu begegnen und mancher Gegend eine nicht unergiebig Quelle eines bisher unbenutzt gebliebenen Erwerbes zu eröffnen.

verfügt. Es ward hierzu eine Commission ernannt, welche unter der Leitung eines Mitgliedes des Cammercollegiums sämtliche Cammer- und Klosterforsten nach deren Vermessung abschätzen, und einen Wirthschaftsplan, größtentheils auf Hochwaldbetrieb gerichtet, vorbereiten, und solchem entsprechende Schlagabtheilungen bestimmen sollte. Zuerst war die Leitung dieses Geschäfts dem damaligen Cammerassessor von Brinken übertragen, welchem bei dessen Abgange der Graf von Beltheim, jetziger Geheimerath, darin folgte. Dieser führte sodann, seine Verbindung mit den einflussreichsten Mitgliedern der höchsten Staatsbehörde dienstestrig benutzend, die umfassende Arbeit zum erwünschten Ziele, und so ward ein dem Lande eben so nützlich als dessen Verwaltung ehrendes Unternehmen zu Stande gebracht, welches auch dann noch den Gewinn einer genauen Uebersicht und die Grundlage einer von Zeit zu Zeit wohl nöthig werdenden Modification der nachmals eingeführten Betriebs- und Culturordnung gewähren wird, wenn etwa die für den langen Zeitraum einer Hochwaldwirthschaft, zumal bei Laubholz vorgeschriebene Schlageintheilung künftigen Störungen unterliegen sollte.

---

# Anlage zu VII.

## Nachrichten

über den

Ertrag der Braunschweigischen Cammergüter  
zu verschiedenen Zeiten,  
mit vergleichenden Zusammenstellungen.

Der Etat der Braunschweigischen Cammer, damals Cammerdisposition genannt, für das Jahr von Trinitatis 1715 bis dahin 1716, berechnete das gesammte Cammereinkommen vom sogenannten Fürstenthume Wolfenbüttel mit dem Stiftsamte Walkenried und dem Amte Thedinghausen, also mit Ausnahme der Blankenburgischen Domänen und der Klostergüter,

- |  |               |
|--|---------------|
| 1) von den Aemtern u. auf . . . . .  | 143,117 Thlr. |
| 2) von den Försten und Salzgefällen, sowie<br>den Communions- Berg- und Hüttenwer-<br>ken *), zu . . . . . | 51,749 "      |
| 3) an Landrentereizinsen . . . . .   | 951 "         |
| 4) von den übrigen Cammerintraden zu . . . . .   | 57,638 "      |

überhaupt . . . . . 253,455 Thlr.

\*) Zur Salzcommunion gehörten damals noch, außer dem Rammelsberge und den Hütten bei Goslar, die Bergstädte Zellerfeld, Altenau, Grund, Wildemann und Lautenthal, mit Zubehör an Gruben, Hütten, Viehhöfen, Försten u.

Ein um das Jahr 1720 entworfenenes Verzeichniß der von den Fürstlichen Aemtern, Vorwerken, Krügen, Mühlen, Zehnten und Zöllen einkommenden Pachtgeldern, das Klostergut und Blankenburg ebenfalls ausgenommen, giebt an:

1) für den Wolfenbüttelschen Distrikt . . . . .	25,662 Rthlr.
2) für den Schöningischen Distrikt . . . . .	36,602 =
3) für den Harz-Distrikt . . . . .	21,185 =
4) für den Weser-Distrikt . . . . .	33,818 =
5) für das Stiftsamts Walfenried . . . . .	4,500 =
6) für das Amt Thedinghausen . . . . .	2,774 =

Also zusammen . . . . . 124,141 Rthlr.

Da hier bloß der Pachtungen gedacht ist, so werden ohne Zweifel die in denselben nicht begriffenen Gefälle, wiewohl sie zu den Gütern gehören, in den ausgedrückten Summen nicht enthalten sein und so sich der Unterschied zwischen der Summe des ganzen Pachteinkommens und der unter Nr. 1 der Cammerdisposition für 171 $\frac{1}{2}$  erklären.

Der Finanzetat für das Jahr 1806 schlug das Cammer-einkommen folgendermaßen an:

a) von den Aemtern und Cammergütern, incl. Forsten des Braunschweig-Wolfenbüttel- schen Theils . . . . .	302,000 Rthlr.
b) von den übrigen Cammergefällen desselben	6,988 =
c) von den Blankenburgischen Cammergütern	65,550 =
d) vom Bergbau . . . . .	60,075 =
e) von Salzwerken . . . . .	7,350 =

Ueberhaupt zu . . . . . 441,963 Rthlr.

Der Etat für 1824 setzte die Einnahme an:

a) von Braunschweigischen Domänen . . . . .	335,500 Rthlr.
b) von Blankenburgischen Domänen . . . . .	32,200 =
d) von Forsten . . . . .	109,000 =
e) vom Bergbau . . . . .	54,200 =
f) von den Salinen . . . . .	25,800 =

Zusammen . . . . . 556,700 Rthlr.

Für das Jahr 1827 beträgt die Etatsumme sämtlichen Einkommens vom Cammergute . . . . 730,100 Rthlr. und vom Klostergute . . . . . 125,000 =

NB. Hierin sind die, aus dem Etat für 1824 nicht mit ausgezogenen Einnahmen von der Post, den Zöllen, dem Fiscus der Gerichte und Cammer, der Cammeraccise u. einbegriffen.

Um die allmälige Steigerung des Pächtertrages darzulegen, folgen hier Angaben von einem einzelnen Cammergute aus verschiedenen Zeiten.

Das Amt Warberg war um das Jahr 1730 verpachtet, mit Einschluß der Dienste, jedoch ohne die Mühlen u. s. w., zu 4550 Rthlr.

Der Pachtanschlag desselben für 1758 folg. sezt:  
für Gefälle, Dienste, Krüge . 2161 Rthlr. 1 Ggr. 9 Pf.  
vom Haushalte . . . . . 4802 = 20 = 1 =

Im Jahre 1770 betrug die Pacht vom Haushalte und den zugleich damit eingegebenen Gefällen u. s. w. überhaupt 6325 Rthlr.

Für das Jahr von Johannis 1820 bis 1821 sollte überhaupt vom Haushalte, Diensten, Gefällen u. s. w. einkommen 12405 Rthlr. 17 Ggr. 1 Pf., worunter die Pacht für den Haushalt allein 6647 Rthlr. 15 Ggr. 9 Pf. betragen hat.

Von 1825 bis 1834 war die Pacht vom Legtern allein auf 8000 Rthlr. behandelt.



## VIII.

Ueber einige Gegenstände  
 der  
 neuern Gesetzgebung.

---

Der Verfasser beabsichtigt weder Commentar noch Kritik über die während seines öffentlichen Lebens erschienenen Gesetze, sondern nur einzelne Bemerkungen mitzutheilen, die einen practischen Nutzen oder einen geschichtlichen Werth zu haben ihm scheinen.

Die Restauration rief eine große Thätigkeit der Gesetzgebung hervor. Das Alt-Braunschweigische Recht in seinem ganzen Umfange konnte nicht wieder hergestellt werden, weil in den Verhältnissen sich so Vieles verändert hatte, daß eine solche Rückkehr unmöglich gemacht war; auch war die Zeit der feindlichen Occupation in vieler Hinsicht lehrreich gewesen und hatte Erfahrungen machen lassen, welche nicht unbenutzt bleiben durften; endlich mag bei der frohen Aufregung, welche die errungene Selbstständigkeit allgemein verbreitet hatte, zugleich die Gelegenheit sich günstig ergeben haben, um gewisse Anordnungen zu treffen, deren Durchführung später hemmenden Formen hätte begegnen können. Die Masse der nöthig befundenen Verordnungen und die aus einer Abneigung gegen das vorgesehene Fremde hervorgehende Beeilung derselben, verbunden mit einer gewissen Unsicherheit der Stellung gegen den noch nicht ins Leben getretenen Organismus, welcher Deutschland wieder zu einem Ganzen vereinen sollte, erzeugten Verlegenheiten, denen

man entgegentrat, indem die mehrsten Einrichtungen und gesetzlichen Bestimmungen nur einstweilen und mit dem Vorbehalte künftiger definitiven Anordnungen und Gesetze getroffen und erlassen wurden. Alles fast war damals »provisorisch,« und es unterblieb sogar die Aussprechung des Grundsatzes, wonach die Wirkung der Französisch-westphälischen Gesetzgebung beurtheilt werden sollte. Man beschränkte sich anfänglich auf die Bestimmung des §. 9 der Verordnung vom 15. Januar 1814, die provisorische Justiz- und Polizeiverfassung betreffend, und überließ der Praxis, auf den thatsächlich in Wirksamkeit gebrachten Grundsatz der Legitimität fortzubauen. Die Verordnung vom 2. Januar 1818 sprach sich zuerst ausführlich über die durch den Fortschritt der Zeit zur Frage gestellten Punkte aus. Eine Ausnahme fand jedoch in Ansehung der

#### P a t e n t m ü h l e n

statt, deren Verhältnisse durch die Verordnung vom 3. October 1816 geregelt wurden. Da diese gesetzliche Bestimmung in ihrer Anwendung große Schwierigkeiten fand und auf den Wohlstand vieler Familien nachtheilig einwirkte, so mögen hier einige Bemerkungen folgen, obwohl die Verordnung selbst mehr der Geschichte angehört, als jetzt noch anzuwenden sein wird.

In der Vorzeit befanden sich die Mühlen größtentheils im Eigenthume der großen Grundbesitzer, und so vereinigten sich diese, nämlich Landesfürst und Stände, leicht über ein wirksames Schutzmittel gegen eine Vermehrung solcher Anlagen, die den reichen Ertrag der einmal vorhandenen zu schmälern drohte. So entstand die Bestimmung des Art. 22 des Salzthalenschen Landtagsabschiedes vom Jahre 1597, und zugleich erklärt sich aus den angegebenen Verhältnissen die stets wachende Sorge für dessen strenge Befolgung, welche aus spätern Bestätigungen und Declarationen hervorleuchtet, sowie die Uebereinstimmung der Calenbergischen Gesetzgebung über diesen Gegenstand \*).

---

\*) Der Art. 22 jenes Landtag-Abschiedes lautet so: » — soll hiernächst Niemand neue Mühlen, die den in der Nähe gelegenen Mühlen nachtheilig oder abbrüchig sein möchten, ohne Bewilligung des

Bei der, vor den Französischen Kriegen bei uns geringen, Gewerthätigkeit waren die Fesseln wenig gefühlt worden, welche der Industrie aus jener Beschränkung erwuchsen und ihr um so größere Gefahr droheten, als die ursprüngliche Bestimmung im Laufe der Zeit ausdehnend erklärt und auf die sämmtlichen Vorrichtungen angewendet wurden, die durch einen den Mählmühlen ähnlichen Mechanismus in Bewegung kommen. Nur selten hatten sich also Stimmen dagegen erhoben; als aber die Westphälische Regierung mit Französischer Finanzkunst die Gewerbesteuer durch Gewerbefreiheit ergiebig zu machen suchte, die Patente einführte und auf das Mühlengewerbe erstreckte, so entstanden der neuen Mühlen viele durchs ganze Land. Gegen diese traten dann, nach der Restauration, die Inhaber der alten Mühlen auf; sie riefen die wieder in Kraft getretenen Landesverträge gegen die neuen Mühlenbesitzer, als gegen Usurpatoren, an, und forderten die Regierung auf, geseglich zu entscheiden, inwiefern der Fortbestand der Patentmühlen nach dem Westphälischen oder nach dem wieder in Kraft gerufenen alten Rechte beurtheilt werden solle. Diese Entscheidung war unvermeidlich und schwierig. Auf der einen Seite eine bedeutende Zahl von Individuen, deren Wohlstand, ja oft deren und ihrer Familien Unterhalt von einer kostbaren Anlage und einem darin gegründeten Gewerbe abhing, an welche sie Vermögen und Bestimmung gewagt hatten, und zwar dieses in Gemäßheit der Verfügung einer Regierung, die nicht bloß die Thatfache der Gewalt, sondern selbst Recht und Pflicht der Verwaltung während ihrer Dauer gehabt, dabei ein unstreitig gutgläubiger und vor-

---

Landesfürsten und der Interessenten, d. h. diejenigen, so in der Nähe bereits ihre Mühlen liegen haben, von neuem zu bauen gestattet werden.“ S. noch Herzogl. Rescript an die Justiz-Canzlei vom 18. Februar 1773 und vom 17. November 1774; auch Landtags=Abschied von 1619 Art. 20 und von 1770 Art. 24. Für Calenberg, Landtags=Abschied zu Gandersheim i. J. 1601, beschloffen, Art. 13, und *Reinhardt*, Diss. de eo quod justum circa molendinorum exstructionem etc. Helmstadii, 1740 und 1753.

wurfsfreier Besigstand, dessen Fortsetzung das ihm als besser entgegentretende Recht, bis zu dessen gerichtlicher Ausführung nicht gefährdete, wogegen dessen provisorische Beseitigung mit unwiederbringlichen Nachtheilen verbunden sein mußte. Hier war denn zu erwägen, daß das alte hergestellte Recht. (Landtags-Abschied von 1597, Art. 22) den damals vorhandenen Mühlen nicht sowohl ein Monopol, vielmehr nur die Rechtsvermutung beigelegt habe, dem Mehlbedürfnisse des Landes zu genügen, mit der Befugniß, desßhalb neuen Mühlenanlagen zu widersprechen, bis gegen sie erwiesen worden, es könne der neue Mühlenbetrieb ohne Beeinträchtigung des alten stattfinden; daß ferner die Westphälische Regierung, kraft der ihr zugestandenen Geschäftsführung durch die jedesmal im ersten Patente begriffene Concession, von Landespolizeiwegen jenen Beweis der Nothwendigkeit oder doch Zulässigkeit der neuen Mühlenanlage für geführt erklärt habe, und für einen solchen Ausspruch allerdings habe Beziehung auf die höchst bedeutende Zunahme der Landeseinwohner genommen werden dürfen, indem die Bevölkerung über den Mehlbedarf einzig entscheidet \*); daß also dem alten Rechte eine genügende Berücksichtigung erwiesen werde, wenn die i. J. 1816 vorhandenen Mühlen, als die der damaligen Bevölkerung entsprechende Normalzahl, angenommen und höchstens den reklamirenden Inhabern der alten der Gegenbeweis nachgelassen würde, daß ihre Mühlen in der Nutzung beeinträchtigt sich fänden. Das Gesetz v. J. 1816 sprach sich aber unbedingt für die Ansicht der Beschwerdeführer aus, nahm die Anlegung der seit 1808 errichteten Mühlen für gesetzwidrig und also wie nicht geschehen an, weil deren Besitzer »das Aufhören dieser provisorischen (?) Einrichtung stets zu

---

\*) Seit den ersten bekannten Bevölkerungslisten v. J. 1760, welche eine Seelenzahl von 158,980 ergaben, war die Volksmenge bereits um ein Drittel gestiegen; und schwerlich werden i. J. 1597, während der Kriege mit der Stadt Braunschweig, und nach den Verheerungen der Stiftsfehde und den schmalländischen Unruhen, soviel oder mehr Einwohner im Lande gewesen sein, wie i. J. 1760.

gewältigen gehabt,“ und gebot, deren Betrieb sofort einzustellen, worauf deren Inhabern denn nachgelassen werden sollte, zu dem gerichtlichen Verfahren des alten Rechts, über Anlegung neuer Mühlen, Hülfe für die Beibehaltung der ihrigen zu suchen. Dieses Verfahren ward den angefochtenen Patentmüllern um so verderblicher, als sie bei der veränderten Einrichtung der Gerichtsverfassung auf unvorausgesehene Schwierigkeiten stießen, da die erforderlichen landespolizeilichen Untersuchung über den Umfang der Rundschaft der betreffenden Mühlen u. s. w. die Bezirksgrenzen der zuständigen Gerichte fast immer überschritten. Es mußte endlich durch Ernennung von Commissionen geholfen werden, die hierdurch verlängerte Ungewißheit zeigte sich nicht selten nachtheiliger, als eine zeitig erfolgte widrige Entscheidung gewesen sein würde.

Vielleicht können diese Bemerkungen bei einer Revision der Gesetzgebung benutzt werden, wozu die fortschreitende Ausbildung des Maschinenwesens, vorzüglich aber der Aufschwung, welcher sich in unserer Gewerthätigkeit zeigt, aufzufordern scheint.

### Die Wildschäden und deren Vergütung

haben erst in der neuern Zeit die Gesetzgebung beschäftigt. Früher, als die Veranlassung zu Beschwerden über die Beschädigung der Aecker durch Wildfraß unstreitig häufiger eingetreten, erhob der Landwirth keine Klagen, oder sie verhallten unbeachtet. Es galt die Ansicht, daß dergleichen Beschädigungen die natürliche Wirkung der auf dem jagdbaren Grundstücke haftenden Servitut, des einmal dem Jagdherrn zustehenden Rechts und dem Weiderechte zu vergleichen sei. Wie der Weiderechtigte dem Inhaber des hudepflichtigen Grundstücks ein Kostgeld für das aufgetriebene Vieh zu entrichten nicht verbunden ist, so nahm der Landmann auch den Wildfraß als die nothwendige Folge einer bestehenden Realpflicht über sich, und belegte in dieser Beziehung das Hochwild mit der Benennung des Herrenviehes. Und als in der letzten Hälfte des 17. Jahrhunderts zur Veranlagung der Contribution der Ertrag

der zu besteuern den Grundstücke abgeschätzt, und diese nach solchen classificirt wurden, berücksichtigte man den aus der Lage der Grundstücke in der Nähe größerer Waldungen drohenden Verlust, indem man, wie wegen anderer Reallasten, die dem Wildfraße vorzüglich ausgesetzten Acker und Wiesen in eine niedrigere Classe setzte. Während Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand Regierung fehlte es übrigens auch an der Veranlassung, über dergleichen Beschädigungen Beschwerde zu führen, weil derselbe, selbst kein Jagdliebhaber, den Wildstand in engen Schranken hielt. Es hatte sich jedoch schon damals die öffentliche Stimme, von Dichtern, Publicisten und Rechtslehrern geführt, gegen die mißbräuchliche Ausübung der Jagdberechtigung kräftig erhoben, und bald entwickelten sich Theorien selbst in Gerichtshöfen, welche die Jagdherren mit dem Verluste der Jagdberechtigung als eines nuzbaren Rechts bedroheten, indem sie dieselbe auf ein kostspieliges Ehrenrecht zurückzuführen begannen, eine unbedingte Verpflichtung zum Ersatze des vom Wilde verursachten Schadens dem Jagdberechtigten auflegend. Als nun die neuere Zeit dem Landmanne mehr Selbstständigkeit und seinen Vorstellungen bereitere Stimmführer gebracht, in den obern Regionen aber die Jagdlust wieder erweckt hatte, trat das Bedürfniß einer Gesetzgebung über Jagd- und Wildschadenersatz ein, und so entstand nach langer Verathung das Gesetz vom 16. September 1827. Es war ein Versuch, den Jagdberechtigten gegen Ansprüche zu decken, denen er nicht ohne Aufopferung eines wesentlichen Theils einer hergebrachten Gerechtsame vorzubeugen vermag, zugleich aber den Pflichtigen gegen den Nachtheil einer übermäßigen Wildhägung sicher zu stellen. Der Berechtigung die gebührende Beachtung und der Verschuldung ihre natürliche Wirkung! das war der Zweck. Hätte man weiter gehen, den Wildfraß u. unbedingt vergüten lassen wollen, so hätten auch alle, eben wegen des Wildanlaufs, zur Contribution geringer beschriebene Ländereien fortan höher classificirt und veranlagt werden müssen, um die gesetzmäßige Gleichheit der Besteuerung herzustellen. Ueberdem rechnete der Gesetzgeber auf treue Befolgung seiner Bestimmungen über die

Zurückführung des Bildstandes auf das vorgeschriebene Normalmaximum, eingedenk der Erinnerung Göthe's:

Schwer, in Waldes Busch und Buchse  
Füchsen auf die Spur gelangen;  
Hält's der Jäger mit dem Fuchse,  
Ist's unmöglich ihn zu fangen.

---

## IX.

## Das

## Cammergut des Hauses Braunschweig.

Die wissenschaftliche Bearbeitung des Staatsrechts und besonders dessen Zurückführung auf vernunftrechtliche Grundsätze hat, unter andern Fragen, auch diejenigen zur Erörterung gebracht, welche den Umfang des Staatsvermögens und des Familienguts der Fürsten, und das Verhältniß des Letzten zum Staate in Deutschland zum Gegenstande haben. Die in den Staaten des erlauchten Welfenhauses, zumal im Herzogthume Braunschweig, in der neuesten Zeit eingetretenen Veränderungen in der Landesverfassung berühren namentlich dieses Verhältniß, und so fand sich der Verfasser veranlaßt, seine Ansichten darüber in einem Aufsatze zu veröffentlichen \*), welcher hier umgearbeitet nochmals erscheint. Eine genaue Bestimmung der Begriffe von Cammergut, Staatsgut, Fürstenthumgut, Doman und Regal zeigt sich gegenwärtig um so nöthiger, als die Ablösung der dinglichen Lasten bedeutende Veränderungen der einzelnen dieser Gütercomplexe herbeiführen, und Fragen über die Bestimmung und Verwendung der Ablösungssummen, sowie über die, jedem derselben obliegenden Antheile an den bisher von der Herzoglichen Cammer ohne solche Unterscheidung ge-

\*) S. Hannoversche Zeitung 1837, Nr. 308 S. 2846 folg.



tragenen Staatslasten zur Entscheidung verstellen wird. Die Herzogliche Cammer verwaltete nämlich nicht nur den gesammten Landbesitz des regierenden Hauses zugleich mit den Regalien, sondern auch alle herkömmlich vom Grundbesitze der Unterthanen erfolgenden dinglichen Leistungen, selbst persönliche Abgaben, ohne zwischen ihrer Veranlassung und Natur zu unterscheiden; und steht es gegenwärtig zur Erörterung, was von den Gegenständen des alten Cammerguts privat, was staatsrechtlicher Natur ist, was dem Herzoglichen Hause von Jenem als Familienvermögen, und was ihm als Landesfürsten gehörte. Denn das ganze Cammergut ohne Unterschied als Staatsgut zu betrachten und namentlich die Fürstlichen Domänen dahin zu rechnen, »weil sie durch von den Ständen bewilligte Summen so oft ausgelöst und von Schulden ganz oder zum Theil befreiet sind« \*); würde zwar schnell zum Ziele führen, schwerlich aber über allen Zweifel erhoben werden können. Ist doch an sich das Bezahlen von Schulden für einen Andern kein *modus acquirendi*, und, wenn es auch dazu benutzt werden kann, nur dann anzunehmen, wo des bisherigen Inhabers, nämlich des verschuldeten Landesfürsten Einwilligung klar vorliegt. Die Landstände haben nun aber bei ihren zur Schuldentilgung gemachten Verwilligungen nie ausgedrückt, daß dabei nicht die vom Fürsten in Antrag gebrachte Hülfe, sondern ein Erwerb der verpfändeten und wieder einzulösenden Cammergüter beabsichtigt werde, noch auch deren Abtretung ausbedungen; auch haben die Herzöge die erhaltenen Beisteuern stets durch den im Landtagsabschiede ausgesprochenen Dank erwiedert, wozu wahrlich keine Veranlassung gewesen wäre, wenn die Stände die Verlegenheit ihres Landesfürsten benutzt hätten, diesen um sein Familiengut zu bringen.

Ueber die Entstehung des Cammerguts ergiebt die Geschichte Folgendes. Die Völkerschaften Deutschlands, bevor die-

---

\*) S. u. A. v. Strombeck, Staatswissenschaftliche Mittheilungen II, Nr. 5.

ses unter den Franken zu Einem Staatskörper vereinigt und als solcher ausgebildet war, kannten keine Fürsten im jetzigen Wortverstande, und unterschieden sich nur nach dem Grundbesitze, dem damals alleinigen Maassstabe der Wohlhabenheit und der davon abhängigen Geltung. Die aus ihrer Mitte erkornen Vorstände der Volksgerichte und die zur Anführung in einem drohenden oder beabsichtigten Kriege gewählten Feldherren, später als Grafen und Herzoge bezeichnet, bildeten damals das ganze Personal ihrer Regierung; und da diese Wahl freilich nach persönlichen Eigenschaften, vorzüglich aber nach dem durch den Grundbesitz bedingt gewesenen Einfluß entschieden ward, so bedurfte es keiner Entschädigung, keiner Besoldung des übertragenen Amtes. Seine Beschwerde fand sich durch das damit verbundene Ansehen ausgeglichen. Nachdem später Deutschland einen Theil der Fränkischen, und später eine besondere Monarchie ausmachte, wurden jene Stellen als Staatsämter derselben betrachtet, zu denen der König ernannte, doch befolgte dieser dabei dieselben Grundsätze. Denn wenn auch einige öffentliche Gefälle und Hoheitsrechte dem Amte beigelegt sein mochten, so war deren Ertrag doch zu unbedeutend, um den damit verknüpften Aufwand zu decken, und es konnte nur ein großer Grundbesitzer damit bekleidet werden, der aus seinem Hausvermögen seiner Stelle zu genügen, seinem Amtsansehen den erforderlichen Nachdruck zu geben und seine Belohnung in der mit der Macht gegebenen Gelegenheit zum Erwerbe zu setzen vermochte. Das Amt folgte dem Grundbesitz und nicht dieser dem Amte. Wenigstens zeigt die Geschichte keine Spur, zumal im Norden von Deutschland, weder von einem öffentlichen Fonds, einem Staatsvermögen, noch von besondern, den Grafen und Herzögen als Dienstbesoldung eingethanen Staatsgütern. Wenn gewöhnlich der ausgebreitetere Grundbesitz, welcher den Anführern der bei der Völkerwanderung die römischen Provinzen einnehmenden Schaaeren zu Theil geworden, als das Krongut betrachtet wird, womit die Könige der neubegründeten Reiche ausgestattet sind; so geschieht dies ohne hinreichenden Grund. Als dem Unternehmer des ganzen Zuges gebührte dem Anführer

die Beute unter Verpflichtung, sein Gefolge aus derselben nach Verhältniß zu belohnen; und jedenfalls war seine Einlage die größte, wonach also sein Antheil am Gewinn sich bestimmen mußte. Die Begriffe von Staatsgut und Kronvermögen entwickelten sich erst nachmals durch die Bekanntschaft der Deutschen mit den staatsrechtlichen Grundsätzen der Römer, und die den neuen Königen und Fürsten jener Zeit unbestritten gelassene Befugniß einer willkürlichen Verfügung über ihre Güter ergiebt eben, wie wenig damals daran gedacht worden ist, diese wie das Vermögen des ganzen Staats zu betrachten. Auch dann, als jene Principien des öffentlichen Rechts sich verbreitet, findet sich eine Beachtung des Kron- und Fürstenguts von Seiten der Ersten des Landes, erst nachdem die unbefonnenen Vergabungen der Fürsten ihre völlige Verarmung herbeizuführen droheten und es nöthig erschien, einem hier aus dem Ganzen erwachsenden Uebel durch dawider errichtete Verträge vorzubeugen. Allein diese Verträge vermochten nicht über die Absicht der vertragenden Theile hinauszuwirken, und weil nur der größere Grundbesitz die zum Könige oder Fürsten erforderliche Eigenschaft gewährte, so hatte das Volk, hatten die Stände ein Interesse und das Recht, den einmal Ernannten bei dem nöthigen Erfordernisse zu erhalten, ohne hierdurch dessen Eigenthum in das des Landes umwandeln zu können. Diese Verhältnisse des Fürstenguts finden sich in Beziehung auf Norddeutschland und die Herzoge von Sachsen unverändert auch da noch bestehend, als nach Auflösung des großen Fränkischen das Deutsche Reich sich gebildet hatte. Abgesehen davon, daß die Güter der Merovinger und Carolinger, unter deren Regierung das Staatsgut des Fränkischen, also auch des Deutschen Reichs, als eines Theils des Ersten, vorhanden gewesen sein mußten, fast ausschließlich an der Maas, dem Rheine, in Franken und Schwaben sich befunden haben \*), im nördlichen Deutschland aber nur deren sehr wenige gewesen sind, welche hier

\*) S. Hüllmann, Finanzgeschichte des Mittelalters.

hätten verliehen werden können; so deutet auch nichts auf eine solche Ausstattung der Herzogswürde. Selbst der Lehnsnerus bei den vom Könige relevirenden Grundbesitzungen läßt allein nicht auf deren Eigenschaft als Staatsgut schließen, da dergleichen vom Privateigenthume des regierenden Hauses verliehen sein konnten; und vergebens forscht man nach Spuren einer Dotation des Herzogsamts durch Ueberweisung von liegenden Gründen. Vielmehr lehrt die Geschichte \*), daß bei Ernennung zu einem solchen Staatsamte der große Eigenthümer vor Allen in Betracht gekommen, der den mit der Stelle verbundenen Aufwand aus eigenen Mitteln zu bestreiten, dem Amte den erforderlichen Nachdruck zu geben vermochte und also eines Dienst-einkommens nicht bedürftig war, soweit ein solches nicht unabhängig von Landbesitz in Folge der übertragen erhaltenen Staatsgewalt durch Regalien, Beeden, Dienste u. dergl. ihm zugehen mußte. Und wo ja einzelne Beispiele sich nachweisen lassen, wo dem Herzoge vom Könige Güter verliehen worden, so darf hierin noch keine Bildung eines Staatsguts für das Herzogthum gesetzt werden, theils weil eine solche Vergabung diesem Zwecke nicht entsprochen haben würde; theils weil sie damals das übliche Mittel ausmachte, wodurch die Könige den Bestand der Großen sich zu sichern suchten; theils endlich, weil die verliehenen Güter im Zweifel vom Familiengute des königlichen Hauses und nicht von den Krondomänen wurden abgeleitet werden müssen.

Sieht man nun besonders auf den Grundbesitz des Welfischen Hauses in Norddeutschland, so steht geschichtlich fest, daß er aus durch Erbschaft und Heirath erworbenem Familiengute zusammengesetzt ist, soviel wenigstens die ältern, das Herzogthum Braunschweig und Lüneburg nach Errichtung desselben

---

\*) Alle mit dem Herzogthume Sachsen beliehenen Familien waren nicht nur aus den größern, sondern immer als eben die größten Gutsbesitzer des Landes erforen, so die Lubolfinger, Billunger, Lothar von Süpplingenburg, vor den Welfen, und ihnen entgegengesetzt die Ascanier.

i. J. 1235 bildenden Länder betrifft, und daß dieser Erwerbstitel dem gesammten Grundbesitze beizuhängen, welches im Cammergute dieser Lande begriffen wird. Hatte ja Heinrich der Löwe irgend Reichsgut als Ausstattung seines Herzogthums früher besessen, so war ihm solches durch die mit äußerster Strenge gegen ihn vollzogene Reichsacht alles entzogen und auf den neuen Herzog von Sachsen aus dem Ascanischen Hause übertragen worden. Nichts war ihm und seinen Nachfolgern geblieben als ein mühsam geretteter Kern des alten Hausvermögens und alles dasjenige, woraus das im Jahr 1235 (15. Aug.) neuerrichtete Herzogthum gebildet worden, ward eben durch die damals erfolgte Belehnung, indem diese einzig in der durch Otto puer geschenehen Oblation sich gründete, als Welfisches Familien-Allode anerkannt. Allerdings ist Otto puer damals zum Herzoge bestellt worden, allein diese Ernennung sicherte ihm bloß die Reichsfürstenwürde und die Unabhängigkeit von der Herzoglichen Gewalt des Herzogs von Sachsen zu, und enthielt nur in Beziehung auf jenen Landbesitz und seine Vasallen ein Reichsamt. Hätte der neue Herzog für die mit seiner Würde verbundenen Lasten irgend einen Ersatz ansprechen können, so darf wenigstens nicht angenommen werden, daß er sein eignes Familiengut sich darauf habe anrechnen lassen. Nur diejenigen Einkünfte, welche vom Kaiser Friedrich II. ihm besonders verliehen wurden, nämlich laut Lehnbriefes die Bergzehnten vom Harze \*) und an Beedeß u. dergl. ihm als Herzog zu zahlen gewesen sein mochten, würden aus einem verschiedenen Gesichtspunkte betrachtet werden können, gehören aber auch nicht zum Grundbesitze der Herzoglichen Cammer, sondern zu den Regalien, deren fortdauernden Besitz der Herzog sich hierdurch sicherte. Mag nun die Theorie das öffentliche Recht von einem Unterwerfungsvertrage zwischen Volk und Fürsten ableiten und ein solcher Grundvertrag anzunehmen sein, obwohl

---

\*) »De affluentiore gratia concedentes eidem decimas Goslariae Imperio pertinentes.«

die Geschichte nur der Thatsache des Unterworfenseins erwähnen, und in Deutschland die Fürstenmacht aus der Grundherrlichkeit sich entwickelt hat; so wird doch die fast poetische Lizenz der staatswissenschaftlichen und vernunftrechtlichen Constructionen nicht dahin ausgedehnt werden dürfen, ohne weitem Erweis anzunehmen, daß die alten Reichsfürsten ihr Staatsamt nicht bloß um Ansehen und Einfluß, vielmehr gegen eine zugleich mit ihm überwiesene Belohnung angenommen haben, und dieses Amtseinkommen eben in dem Genuße der Güter, welche das jetzige Cammergut begreift, enthalten gewesen sei; so daß die Fürsten, eben ihres großen Grundbesitzes wegen vor Andern erkoren, ungewiß, wie dieses ihres Stammguts verlustig und auf ein bloßes Nutzungsrecht an einem, ebenfalls ungewiß wie, ihrem Gebiete erworbenen Grundvermögen, was jenem alten Familien-Allobe durchaus gleicht, beschränkt worden wären, einem Gebiete, was damals nicht einmal einen Staat gebildet, vielmehr nur einen Bestandtheil des deutschen Reichsstaats ausgemacht hat.

Das Cammergut, nämlich das von des Landesfürsten Hofhaltung aus verwaltete Vermögen, bildete sich hiernach im Herzogthume Braunschweig-Lüneburg so aus, daß es aus Landgütern und damit in gutherrlicher Verbindung stehenden Rechten und Gefällen, aus den Regalien und aus der Lehnsherrlichkeit zusammengesetzt ward. Ueber diese einzelnen Bestandtheile folgen hier einige besondere Bemerkungen.

Die Herzoglichen Landgüter sind als im alten Stammgute des Welfenhauses begriffen zu betrachten, und nur in so fern dem Staatsvermögen beizuzählen, als diese Eigenschaft besonders nachgewiesen werden kann. Es gilt dieses von allen Rechten und Gefällen, die in der Regel gutherrlicher Natur sind, wie die Herrendienste, Zehnten, Meierzinsen und ähnlichen Geld- oder Naturalgefallen, und zwar selbst in Fällen, wo solche nicht mit einem Landgute besonders verbunden sich finden, wegen der altdeutschen, über ganze Landstriche ausgedehnten Grundherrlichkeit der Landesherren. Denn diese hat vor Aus-

sildung der Landeshoheit bestanden und kann in ihren Wirkungen nicht als eine Folge dieser Letzten angesehen werden \*).

Die Lehnsherrlichkeit hat keine ausschließlich staatsrechtliche Natur. Sie ist vielmehr eine Benutzungsart des Grundbesitzes, ähnlich dem Meier- und Zinsnerus, und als privatrechtlich so verbreitet, daß es an Beispielen nicht fehlt, wo ein Landesfürst im eigenen Gebiete Vasall eines auswärtigen Fürsten, ja selbst eines Privaten gewesen ist. Also kann das lehnsherrliche Recht, *dominium directum*, und dessen Ersatz bei Ablösungen nur nach demselben Unterschiede classificirt werden wie die Landgüter, und ebenfalls ist bei heimgefallenen und zum Cammerfonds geschlagenen Lehen, wohin denn auch die alten im Herzoglichen Gebiete begriffenen Graf- und Herrschaften zu rechnen sind, derselbe Grundsatz anzuwenden und besonders zu berücksichtigen, daß der ganze Territorialbestand des Herzogthums nach dem erwähnten geschichtlichen Hergange als im Welfischen Familien-Allobe begriffen gewesen, angenommen werden muß.

Bei den Regalien finden andere Principien und in soweit das Gegentheil Anwendung, als für sie die Vermuthung gilt, daß sie zum Staatsgute gehören, nämlich den Herzogen in Beziehung auf ihr Reichsamt übertragen worden sind. Von wesentlichen Regierungsrechten, die wohl auch mit diesem Namen bezeichnet werden, ist hier keine Rede, vielmehr nur von solchen einen Ertrag abwerfenden Rechten, die mit der Fürstengewalt verbunden sind, allein auch in Privatbesitz sich befinden können. Hieher gehören vorzüglich Zoll und Geleit, Bergbau und dergl., nicht aber die Jagd, welche mit Ausnahme der Verfolgung gemeinschädlicher Thiere, lediglich privatrechtlicher

---

\*) Die Anwendung der hier aufgestellten Rechtsvermuthung und die Begründung der davon zu machenden Ausnahmen wird in einzelnen Fällen großen Schwierigkeiten begegnen; z. B. bei dem sogenannten ordinären Herrendienste im Gegensatz zum besondern (Landt.-Absch. v. 1597). Vielleicht möchte eben in der Gleichförmigkeit der Leistung ein Grund zu setzen sein, auf die Eigenschaft einer Staatsabgabe zu schließen. Aber wo findet sich eine solche Gleichförmigkeit?

Natur ist. Der Zoll kommt nur im eigentlichen und eingeschränkten Wortverstande hier in Frage, weil nur dieser vom Reiche an Privaten verliehen sich findet, und hiervon die Ein- und Ausgangsabgaben, Verbrauchsteuer und Weggeld unterschieden und immer dem öffentlichen Einkommen beigezählt werden müssen. Bei Bergwerken gehört ebenfalls der Bergzehnten zu den Landesfürstlichen Rechten und also zum Staatseinkommen, wogegen im Uebrigen der Bergbau Privatrechts sein kann, und bei den geringern Gegenständen in Regel sich darin befindet. Die Concessionsgelder für die Erlaubniß zum Betriebe gewisser Gewerbe, die Muffel, das Schweinschneiden, die Cavillerie, das Schmieden und dergl., könnten Zweifel erregen, wären diese Intributen nicht ein gewöhnliches Zubehör der alten, ganze Ortschaften umfassenden Rittergüter und hiermit ihre privatrechtliche Natur außer Zweifel gesetzt.

Vom Cammergute des Hauses Braunschweig gehören also nur die Regalien in Regel, und wo nicht als Ausnahme ihre privatrechtliche Natur vorliegt, zum Staatsgute, der Grundbesitz aber und die Lehnsheerrlichkeit im Zweifel zum Herzoglichen Familienvermögen, sofern nicht von einzelnen Theilen dargethan werden kann, daß sie nicht nur vom Staatsgute des Deutschen Reichs, sondern zugleich mit der Bestimmung den Herzoglichen Vorfahren verliehen worden sind, die Dotation des ihnen übertragen gewesenen Reichsamts zu bilden. Das im Cammergute begriffene Welfische Hausvermögen hat die Eigenschaft eines alt-deutschen Stammguts, befindet sich also im Gesamteigenthume des ganzen Hauses, und nur der Nießbrauch in den Händen des jedesmaligen regierenden Mitgliebes desselben. Es haftet darauf zugleich eine gewisse Obliegenheit gegen das Herzogliche Gebiet, jetzt den Staat des Herzogthums, bezüglich auf die Lasten der Landesregierung. Mit Uebernahme der Würde eines Reichsfürsten ward nämlich die Verpflichtung eingegangen, den damit verbundenen Aufwand zu bestreiten und darauf aus dem Hausvermögen zuschießend zu verwenden, was davon nicht etwa durch die hergebrachten Einkünfte des Landesfürsten als solchen, d. h. durch Beeden, die Regalien u., gedeckt werden würde. Dieses



ist der Grund und die Natur der Verbindlichkeit, einer dem Fürstlichen Familienvermögen auferlegten dinglichen Belästigung, welche aber dem Lande und dessen Ständen ein Miteigenthum zuzuwenden offenbar nicht geeignet war und ist, obwohl neuere Staatsrechtslehrer dieses Verhältniß so darstellen \*). Ihr Maaß ging aus der Reichsverfassung hervor, und bezog sich auf die Rechtspflege und Sicherung gegen auswärtige Feinde und innere Störungen; betraf also die Kosten der Anführung des Aufgebots im Kriege, der Handhabung der Landespolizei und der Ober- und Strafgerichte, indem die der niedern Gerichtsbarkeit patrimonialer Natur waren, und daher dem Herzog nur als Gutsheeren oblagen. Mit Entwicklung der Reichs- und Kreisverfassung ergab sich fortschreitend die Nothwendigkeit, das Land zur Mitwirkung, bei Tragung der Regierungslasten heranzuziehen, und bestimmte sich, was vom Cammergute und was vom Lande dazu beigetragen werden mußte. In dem Verhältnisse, wie die Stellung des Fürsten von der Patrimonialherrschaft in die Fürstenschaft nach den Principien der Staatswissenschaft allmählig übergegangen, veränderte sich auch die Verpflichtung zur Uebertragung der Regierungskosten, und mit der Ausbildung des Gebiets zum Staate ging allmählig das Recht der Beisteuer zu den Staatslasten in Form freier Verwilligung in die Verbindlichkeit über, diese Lasten zu übernehmen.

Die hier angegebenen Verhältnisse des Herzoglichen Cammerguts sind auch von den alten Landständen nie verkannt, vielmehr wiederholt durch die That anerkannt worden. Niemals haben diese ein größeres Recht an jenem Gütercomplexus, ein Miteigenthum daran in Anspruch genommen, und dennoch kann nur Unkunde oder böswillige Verkennung der Wahrheit, wie solche jetzt wohl sich äußert, den Ständen des Landes Schuld geben, eine bloß leidende Rolle gespielt zu haben. An staatswirthlichen Theorien, welche zwischen Fürsten und Ständen zu discutiren gewesen wären, und zum Zwiespalt führen konnten, fehlte es vormalig gänzlich, und selbst über das öffentliche Recht

\*) Staatslexicon von v. Rotted und Welcker, IV, S. 463.

waren die Ansichten wenig verschieden und noch weniger verbreitet; dennoch aber geben die Verhandlungen der Landschaft vielfache Beispiele von ihrer Wachsamkeit und Festigkeit in der Vertheidigung ihrer und sämmtlicher Unterthanen Gerechtsame; und war dabei den Ständen der eigne Vortheil zunächst vor Augen, so darf ihr Bestreben darum der Selbstsucht allein so wenig beigemessen werden, wie jetzt der Kampf um Deffentlichkeit der Verhandlung, Beschränkung der Fürstengewalt, Vertreibung eines Ministers und dergl., dem Eigennuze der Deputirten; wiewohl auch hierzu das Hauptmotiv oft in der Sucht, durch Wortklang zu glänzen, durch die Gallerie seinen Einfluß zu vermehren, für sich oder einen der Seinigen eine gute Stelle zu leeren u., gefunden werden dürfte, wollte man die Larve des Patriotismus bei Jedem lüften. Verminderte sich das Ansehn und Gewicht der Landstände seit dem Westphälischen Frieden; so war dieses Wirkung des Zeitgeistes, dem sie nachgeben mußten, wie ja auch die Ansprüche des sogenannten dritten Standes auf Emancipation, Gleichstellung u. erst in neuerer Zeit aufgewacht sind und früher schlummerten; es war Wirkung des in Frankreich unter Richelieu und Ludwig XIV. gegebenen Beispiels, Nachahmung eines den Deutschen immer feindselig gegenüber gestandenen Volks, die uns so oft geschadet und doch immer wieder verleitet hat. Nie haben die Landstände eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne auf Wiederergänzung und Zusammenhaltung des Cammerguts zu dringen; allein auch nie solche Anträge weiter erstreckt, als auf die Sorge, daß das Einkommen der Herzoglichen Cammer den Lasten der Landesregierung ferner gewachsen erhalten bleiben möge. Verpfändungen von Cammergütern veranlaßten daher nur Steuerbewilligungen zu deren Einlösung und niemals die Behauptung der Richtigkeit jener Veräußerungen wegen Mangels einer Beistimmung der Landschaft. Nach der Reformation und Bildung eines wirklich öffentlichen Grundvermögens aus den Gütern der säcularisirten geistlichen Stiftungen unterschieden die Landstände genau zwischen ihren Rechten an diesen und am Cammergute, sprachen dort eine Uebersicht der Verwendung an, wenn sie hier nur die

Nachweisung der Unzulänglichkeit, und zwar allein dann verlangten, wenn der Herzog sie um Steuerbewilligung anging. Und als über das bekannte Edikt vom 1. Mai 1794, wegen der Cammerschulden \*) zwischen dem Herzoge und Ständen der Landesvertrag unterhandelt und recht eigentlich Gelegenheit gegeben ward, das Cammergut als Theil des Staatsvermögens darzustellen, war hiervon überall keine Rede. Gewiß würde unter den damaligen Umständen eine solche Erörterung nicht unterblieben sein, hätte sich in der Geschichte des Landes dazu irgend ein Grund gefunden. Es stellt sich also das Recht des Landes dem Fürsten gegenüber in Beziehung auf das Cammergut völlig von der Ansicht verschieden dar, welche von unsern modernen Publicisten aufgestellt wird. Selbst die ständische Steuerbewilligung zur Auslösung verschuldeter Domänen, und das Bestreben der Landschaft, dem Herzoge die Hände in der Verfügung über das Cammergut möglichst zu binden, enthalten das Anerkenntniß dessen alleinigen Eigenthumsrechtes. Wie jene Bewilligungen erfolgt sind, liegt darin nichts weiter, als die tatsächliche Erklärung, die Ausgaben, welche die Verschuldung veranlaßt hatten, für solche ansehen zu wollen, die, weil zum Besten des Landes verwendet, diesem zu bestreiten obgelegen gehabt hätten und vom Herzoge bloß vorgeschossen wären. In Beziehung auf die den Landständen wiederholt zugesicherte Unveräußerlichkeit des Cammerguts ist nur zu wünschen, daß bei der so rasch betriebenen Ablösung der dinglichen Lasten nie übersehen werden möge, wie jene Unveräußerlichkeit auch auf die Ablösungssummen sich bezieht, und auch dafür, als Theile des Cammerfonds, gegen das Land und die Agnaten des Herzoglichen Hauses eine Verantwortlichkeit besteht.

\*) Dieses Edikt promulgirte den zuvor über den Gegenstand abgeschlossenen Landesvertrag, bedurfte also des §. 25 der Landschaftsordnung von 1820, um »zum formell vertragmäßigen Rechte« zu gelangen, gewiß nicht, wie einst hat behauptet werden wollen. (Ueber geschichtl. Entstehung u. der Landschaftsordnung von A. de Dobbeler. 1831 S. 76.)

## X.

Berichtigung einer Stelle in des Verfassers:

## B e i t r ä g e

zur

neuern Braunschweigischen Geschichte (1833).

In den angeführten Beiträgen, S. 120 flg., findet sich der Hergang, welcher die Entfernung des Grafen v. Wolffradt herbeiführte, unvollständig angegeben. Da dem Verfasser seitdem darüber nähere Kunde mitgetheilt worden ist, so glaubt er dem berichtigenden Aufschlusse hier einen Platz anweisen zu müssen, um das an sich nicht unwichtige, und für die Zeitverhältnisse bezeichnende Ereigniß vollständiger darzustellen.

»Wolffradt kam,« so lautet die Berichtigung von der Hand eines damals in Wolfenbüttel anwesenden befreundeten Bekannten des westphälischen Ministers, »in Wolfenbüttel an einem Freitage an. Sonnabends beleidigte ihn Becker, oder wie sonst der Abgeordnete hieß. Sonntag Abends, als ich bei Wolffradt war, kam das ad mandatum ausgefertigte Rescript, wodurch Wolffradt Landes verwiesen ward. Mittwoch reisete er nach vergeblicher Vorstellung ab, — verlassen von Allen, die vormalis ihm den Hof machten. — Also ein Rescript war es, nicht Becker, das Wolffradt verbannte.«

Der Eindruck, den die Entfernung des Grafen v. Wolffradt und die harte Art, wie sie betrieben ward, damals machte, war allerdings groß, aber nur vorübergehend. Der Wechsel der

erlebten Ereignisse und die neue Gestaltung der Landesangelegenheiten, nahmen das Mitgefühl des Publikums und seine Sorge für das eigene und seiner Angehörigen Wohl zu sehr in Anspruch, um dem Geschehe des Einzelnen eine besondere und dauernde Theilnahme zu widmen. Auch dachte noch Niemand darauf, dem Herzoglichen Geheimenrathe Handlungen beizumessen, deren Quelle in der Aufregung des sich beleidigt fühlenden Landesfürsten gesucht werden mußte; und die Publicität, welche unter ähnlichen Umständen später wohl ein Richteramt sich angemäht, tritt gewöhnlich nur ein, wo sie der Rache oder doch der Schadenfreude dienen soll \*). Graf Wolffradt aber, ermüdet durch widrige Erfahrungen, überließ die Vergeltung des erlittenen Unrechts einem höhern Richter und gründete freilich auch keine Ansprüche auf die Vergangenheit, die ihn zu Deductionen hätten veranlassen können.

---

\*) Sonst »illacrimabiles urgentur carent quia vate sacro.« *Horat.*

## XI.

Ueber einige  
 von der Regierung  
 in den  
 ersten Jahren nach der Restauration (1814)  
 angeordnete öffentliche Arbeiten.

Zu einer Zeit, wie die jetzige, wo so große Summen auf gemeinnützige Vorrichtungen, Bauten, Beförderung der innern Verbindung und dergl. verwendet werden, ist es lohnend und gerecht, einen Blick in die Vorzeit zu werfen, sowohl um die Vorzüge der Gegenwart dankbar würdigen zu können, als auch um dasjenige nicht unerkannt zu übersehen, was früher für gleiche oder ähnliche Zwecke geschehen ist. Die folgenden Bemerkungen sind bestimmt, einen solchen Rückblick zu erleichtern.

Für den Wegbau im eigentlichen Wortverstande ist nur in neuerer Zeit etwas geleistet. Früher wurden die Heer- und Handelsstraßen nur aufgeräumt, durch Seitengräben gegen Wasser geschützt, und bloß stellenweise und in der Nähe der Städte mit einem rohen Steinspflaster belegt. Erst in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entstand der neue Weg zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel im chaussirten Zustande, und diese kurze Wegstrecke blieb geraume Zeit hindurch die einzige Chaussée des Landes. Zunächst wurden einzelne Stellen der Heerstraße zwischen Braunschweig und Königslutter auf diese Weise bearbeitet, und im Ganzen waren die Fortschritte der Chaussirung so langsam, daß beim Schlusse der Regierung Carl Wilhelm Ferdinands nur die Heerstraßen von der Haupt-

stadt aus nach Helmstedt, nach Hefsen und nach Seesen, und noch dazu nur unvollständig, nämlich stellenweise unterbrochen und überhaupt schlecht, als Chausséen gelten konnten. Das gebrauchte Material war unhaltbar, daher die nothwendige Nachbesserung zu kostbar, um von den ausgeworfenen Fonds viel zum fortschreitenden Neubau verwenden zu können. Die mineralogischen Kenntnisse waren noch zu wenig verbreitet, als daß man nach einem bessern Material in erreichbarer Nähe auch nur geforscht hätte \*); und so fand denn nach dem selbst der bloßen Erhaltung ungünstigen Zeitabschnitte der Fremdherrschaft die hergestellte Regierung so viel zu thun vor, daß es Unbilligkeit verathen würde, wollte man ihr zum Vorwurf machen, nicht mehr in diesem Verwaltungsweige geleistet zu haben. Es wurden fortan Kiesel und grober Grand aufgesucht und benutzt, die vielen Lücken in der Chaussierung der bereits zum größern Theile in diesem Maße bearbeiteten Heerstraßen ausgefüllt und mit der Fortsetzung der vorgefundenen auch der Anlegung neuer Chausséen, gründlicher Herstellung wichtiger Verbindungswege und dergl. der Anfang gemacht.

Das Straßenpflaster in den Städten fand sich i. J. 1814 fast durchaus in einem veralteten, höchst vernachlässigten Zustande; es fehlte daher an Werkleuten, welche für dieses Fach die nöthigen Kenntnisse und Erfahrung besaßen hätten, und wie es schien, an den erforderlichen Kieselsteinen. Bald aber ward zu dem Allen Rath. Erfahrene Werkverständige kamen aus der Ferne, aus Bremen u. a. D. herbei, um die Arbeiten zu leiten und Arbeiter zu unterrichten, und das Material boten die großen Granitgeschiebe und Kiesel dar, welche

\*) Ein Gleiches zeigte sich im Fürstenthume Lüneburg, wo zu Ende des vorigen Jahrhunderts das Bedürfnis einer durchgreifenden Verbesserung der Trachtstraßen lebhaft gefühlt, dabei aber der Mangel verbreitet war, daß es überall an Steinen fehle. Es wurden also Sandchasséen errichtet. Erst die neuere Zeit ließ auch dort die Entdeckung machen, daß ein brauchbares Steingerölle durch das ganze Land verbreitet und in geringer Tiefe unter der Oberfläche des Bodens zu finden sei. Auf diese Weise ging man zur Umwandlung der alten, und Anlegung neuer Chausséen mit Steinschlag über.

auf Feldern, Wiesen und Aengern längs der Lüneburgschen Grenze, und in dieser nahebelegenen Provinz aus der Vorzeit unbenutzt und als Uebelstand betrachtet, liegen geblieben waren. Die Umpflasterung der Hauptstadt gab das Beispiel, welches, bald befolgt, den andern Städten ein verändertes Ansehen gegeben und in denselben einen zuvor schlummernden Sinn für Verschönerung ihrer Häuser und Umgebung erweckt hat. Die hiedurch bewirkte Umwandlung hat die meisten von ihnen in einem Grade gehoben, den man früher je erreichen zu können nicht erwarten durfte.

Weniger in die Augen fallend, allein nicht minder verdienstlich ist, was in Beziehung auf die Gewässer statt gefunden hat, zu der Aufräumung und Verlegung der Flussbetten, Entwässerung großer Wiesengründe u. dgl.

Schon im 16. Jahrhundert hatten die umsichtigen und thätigen Herzöge Julius und Heinrich Julius ihren Einfluß auf die Regierung des Halberstädtischen benutzt, um den beide Länder scheidenden sogenannten großen Bruch zu entwässern und dessen Nutzbarkeit zu erhöhen. Der große Bruchgraben schreibt sich aus jener Zeit. Immer aber genügte er nicht, um die ganze Niederung trocken zu legen, und bald wirkte die Vernachlässigung dieser Vorrichtung so nachtheilig, daß große Strecken der ihm zunächst belegenen Gründe in die frühere Versumpfung zurückzufallen droheten. Nach der Anleitung des nachmaligen Drostens Wahnschaffe \*) wurde zwar unter Herzog Carl I. zur Erneuerung jener Anlage und deren Erweiterung, viel geleistet; doch war auch hiervon Vieles wieder verwildert, und überhaupt entsprach das Ganze seinem Zwecke nicht vollständig. Es vereinigten sich daher die Herzogliche mit der Königlich Preussischen Regierung, um dem Ziele durch Erweiterung und Verbesserung der Anlagen sich ferner zu nahen, und gewannen auf diesem Wege, obwohl der Plan nicht völlig ausgeführt ward, bedeutende Wiesenflächen, welche zuvor nur als saure Weiden einen mißlichen Ertrag gewährten, jetzt aber den

\*) Seiner ist bereits oben VII gedacht worden.



angrenzenden Gemeinen und Landgütern eine erhebliche Vermehrung und Verbesserung ihrer Viehzucht gestattet und gesichert haben. Um diese so nützlichen Arbeiten haben sich der damalige Cammerrath Krahe, der Cammer-Baumeister Gotthardt, als von der Herzoglichen Cammer beauftragte Dirigenten, und der Oberamtmann Schwarz, Pächter des Cammerguts Hessen, ihnen als kundiger Landwirth beigeordnet, ein dauerndes Verdienst erworben; ein Verdienst, an welches die Nachwelt erinnert werden muß, weil es nicht gleich der Eisenbahnen, die bedürftigen Seiten der Tagesblätter gefüllt, und keine in die Augen fallende Spuren hinterlassen hat.

Auch die Flüsse des Landes zogen um diese Zeit die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich, da sie, durch lange Vernachlässigung in ihren Betten verlandet, die nahegelegenen Wiesen verderblichen Ueberschwemmungen aussetzten. Zuerst ward der Sandbach im Amte Ribbadsghausen, und die untere Schunter, darauf deren oberer Theil, sodann die Aller, und endlich einzelne Theile der Oker vorgenommen. Unter Leitung des Cammercollegiums wurden diese Arbeiten durch die Localbeamten und Cammerbaumeister besorgt und zuerst von aus dem Auslande berufenen, mit dem Geschäfte vertraut erachteten Werkleuten, den sogenannten Ohrgräbern aus der Altmark, ausgeführt. Die Flußbetten wurden, wo ihre Krümmungen den Lauf des Wassers hemmten und die Abspülung und Verlandung förderten, bessere Richtungen gegeben oder sie ausgebracht und nach Befinden erweitert, die erforderlichen Kosten aber von der Regierung vorgeschossen und ihre Rückzahlung in terminlichen Abträgen den Interessenten nachgelassen, nachdem diese, nämlich die Inhaber der durch diese Arbeiten gegen Ueberschwemmung gesicherten Wiesen, der Bodengüte und ihrer, jener Beschädigung mehr oder weniger ausgesetzten Lage gemäß zu einem größern oder geringern Beitrage in Classen vertheilt waren. Die ersten Unternehmungen dieser Art ergaben sich jedoch so kostbar, daß auf eine wohlfeilere Ausführung Bedacht genommen, und die Berichtigung der bereits vorgeschossenen Auslagen, den Unterthanen zur Schonung, zinsfrei weit hinaus vertheilt werden mußte. Die Arbeiten

wurden fortan nicht mehr fremden Werkleuten übertragen, vielmehr unter die Interessenten nach Verhältniß vertheilt, um so durch sie selbst oder von ihnen angestellte Tagelöhner, unter Beaufsichtigung dazu ernannter Sachverständigen ausgeführt zu werden. Dieses zweckmäßige Verfahren fand zuerst bei den Arbeiten an der Aller Statt, und ist durch den damaligen Amtmann Bode zu Borsfelde \*) und dem Cammerbaumeister Gotthardt eingeführt worden, und diesen also eine Maaßregel zu verdanken, wodurch den Eigenthümern große Ausgaben erspart und einheimischen Lohnarbeitern ein mehrjähriger Erwerb gesichert, zugleich auch eine, zum Beispiele der Nachahmung aufgestellte Erfahrung gemacht ward. Das Mittel zum Zweck hatte bis dahin eine fühlbare Belästigung der Wiesenbesitzer bewirkt, und war nunmehr schon an sich von wohlthätigen Folgen.

Die Abtragung der Festungswerke vor Braunschweig und Wolfenbüttel, und die Anlage von Spaziergängen an deren Stelle, verdienen ebenfalls erwähnt zu werden. Jene Abtragung und diese Anlagen waren schon unter Herzog Carl Wilhelm Ferdinand begonnen, allein der Krieg hatte bald das Unternehmen unterbrochen und die Arbeiten größtentheils in Stillstand gebracht. Jetzt nahm sie die vormundtschaftliche Regierung wieder auf und benutzte diese Gelegenheit, sich ein dauerndes Ehrenmal zu setzen, wenigstens vor der Hauptstadt, denn eine ähnliche Ausschmückung der Umgebung von Wolfenbüttel war einer spätern Zeit vorbehalten. War der Gesichtspunkt, von welchem anfänglich, d. h. vor 1806 und während der französischen Occupation, vor Braunschweig ausgegangen worden, ein sehr beschränkter gewesen, und das Ganze mit einer Sparsamkeit behandelt, welche nur in der damaligen trüben Aussicht in die nächste Zukunft, und einer über alles Bestehende waltenden Unsicherheit ihre Entschuldigung finden kann; mußte der Verkauf der gewonnenen Flächen den Aufwand der ganzen Maaßregel decken, und die dem öffentlichen Vergnügen und allgemeinen Wohlbefinden gewidmeten Anlagen nach dieser Erwerbsquelle sich richten, so daß

\*) Dem jetzigen Stadtdirector in Braunschweig.

sie sogar in Bezug auf Stelle und Umfang durch den Raum beschränkend bestimmt wurden, welchen die Auswahl der Käufer von dem geebneten Boden übriggelassen hatte; so gewann jetzt Alles ein anderes Ansehen. Gesundheit und Verschönerung der Stadt ward nunmehr als Hauptzweck behandelt, und der zu dessen Erreichung erforderliche Aufwand als nützliche Verwendung angesehen. Soweit die, über die gewonnenen Grundstücke bereits getroffenen Verfügungen nicht entgegen standen, entwickelten sich gegenwärtig Parkanlagen, mit Geschmack in einem großartigen Style entworfen und ausgeführt; und in wenigen Jahren war die Stadt völlig verwandelt. Sie bot einen angenehmen Aufenthalt dar, mit heitern Spaziergängen und dem öffentlichen Genuß eingeräumten Lustgehölgern, Blüthengebüschen und mit Blumenbeeten besetzten Rasenplätzen umgeben; sonst ein altfränkischer Ort, der mit Mauern, verfinsternden Thorthürmen, hohen Wällen und übelriechenden Festungsgräben eingefaßt, seinen Bewohnern die frische Himmelsluft verkümmerte und keine andere Wandelbahn darbot, als einen engen Schloßgarten und einen großentheils baumleeren Wallgang, mit einer, die Aussicht ins Freie versperrenden Brustwehr, beide zeitig am Abende geschlossen. Die Entwürfe zu diesen Anlagen und den damit in Verbindung gebrachten die Stelle der Stadthore vertretenden Zugängen, sowie die Leitung ihrer Ausführung verdankt Braunschweig dem damaligen Cammerathe Krahe, einem um die Einführung eines guten Geschmacks in der Baukunst im Vaterlande hochverdienten Manne, wie die Vergleichung der von ihm geleiteten und der frühern Bauwerke außer Zweifel setzt \*).

\*) Man betrachte nur das Landschaftliche Haus, den Auswuchs über dessen Dache statt einer Kuppel, ungeheure Säulen, die nichts zu tragen haben, den zur Ständerversammlung bestimmten Saal, in welchem Niemand sich selbst und Andre zu verstehen vermag! Dem Hofbaumeister Langwage, welcher diesen Bau ausgeführt, darf doch nicht zur Entschuldigung dieser Mängel die Absicht untergelegt werden, einige Stützen des Staats jener Zeit in den Säulen emblematisch darzustellen, und vermöge einer akustischen Einrichtung des Saals bedenklichen Mißverständnissen vorzubeugen!

## XII.

## Grenzberichtigung mit Hannover.

Die Landesgrenzen, sowohl gegen Preußen als Hannover, bedurften einer Nachsicht und Feststellung, selbst einer Ausgleichung bestehender Irrungen. Nie im Ganzen ausgemacht, hatten sie ihre Bestimmung gewöhnlich nur dem stillschweigenden Einverständnis beider Theile, einer Tradition, zu verdanken, und wo für einzelne Striche Verträge bestanden, so waren diese wohl nur auf eine vorläufige Uebereinkunft, mit dem Vorbehalt einer künftigen Feststellung gerichtet, und an vielen Stellen drohete Verdunkelung, aus Abgang alter Merkmale und Vergessenheit, zu einseitigen Vorschritten und Eingriffen Veranlassung zu geben, die denn immer dem schwächeren Nachbar, hier Braunschweig, am gefährlichsten zu werden pflegen.

Bei der Grenze mit Preußen traten einer durchgreifenden Berichtigung die Ansprüche des Hauses Braunschweig auf die Landeshoheit über die Grafschaft Reinstein und Wolfsburg mit Zubehör entgegen, indem diese selbst die Grundlage der als Provisorium bestehenden Scheidung bestritten. Umfassende Unterhandlungen hierüber kamen also damals nicht zu Stande.

Mit Hannover waren die Grenzirrungen freilich nicht von solcher Art, allein nicht minder einer Ausgleichung bedürftig. Unbedeutender Ungewissheiten nicht zu gedenken, bestanden dergleichen über beträchtliche Striche Landes, als, umweit Marienthal und Volkmarisdorf über viele tausend Morgen alten, den Klostergütern Marienthal und Königslutter zugehörigen Forstgrundes, dann bei Geesen, Vornhausen und Rhüden, wo mehrere hundert Morgen Acker und Wiesen der Hoheit nach streitig

waren, ferner bei Bodenwerder und Pegesdorf, wo dasselbe statt fand. Auch hatten sich die Verhältnisse über den ganzen bedeutenden Grundbesitz der Stadt Goslar vor ihren Thoren so verwickelt, und ungewissmäsig provisorisch gesetzt, daß auch hier, nachdem jetzt diese Stadt den Staaten des Welfenhauses eingereiht worden, die Herstellung eines bessern Verhältnisses nicht allein wünschenswerth, sondern auch unbedenklich sich zeigte. Diese umfassenden Irrungen hatten sich der öffentlichen Moralität durch die, aus der Ungewißheit der Landeshoheit und Gerichtsbarkeit hervorgegangene Gesetzlosigkeit und Anreizung zu rechtlosem Erwerbe, sowie dem Finanzinteresse beider Nachbarstaaten, weil die betreffenden Grundstücke unveranlagt geblieben, die Waldungen verwüftet waren, ohne daß eine gehörige Benugung auch nur hatte vorbereitet werden können, höchst verderblich erwiesen. Allerdings waren partielle Commissionen von beiden Seiten wiederholt niedergesetzt und oft erneuert worden; allein die schleppende Verhandlungsweise machte sie gewöhnlich fruchtlos. Man besprach sich vorläufig zur Stelle über Form, Zeit und Ort der Unterhandlungen, deducirte sodann in langen Abhandlungen, worüber wenigstens bis zur Duplir Schriften gewechselt wurden, und dieses Alles, verstreut sich, mit langen Unterbrechungen, weil die Commissarien dergleichen nur als Nebenarbeiten bei Fortsetzung ihrer Amtsgeschäfte besorgen konnten. Ueber diesen Geschäftsbetrieb starb gewöhnlich einer der Commissarien, und seine Stelle ward darauf wohl wieder ersetzt, aber erst nach geraumer Zeit, und es ward denn der alte Weg wieder von Neuem eingeschlagen, weil der Neuernannte sich nicht nur orientiren mußte, sondern sich befugt und in sich aufgefordert fand, die Sache nach eigener Weise zu betrachten. So fanden sich zur Ausgleichung der Irrungen bei Bodenwerder schon unter Herzog Heinrich dem Jüngern († 1568) und in Beziehung auf den Marienthalschen Wald seit anderthalb Jahrhunderten Commissionen niedergesetzt, unzählige Aktenbände gebildet und — wenig oder Nichts gethan als Vorarbeiten. Und doch war darüber dieser streitige Wald durch Frevel und Einräumungen fast vertilgt, und dort

wie bei Bodenwerder und Pegesdorf, standen die benachbarten Gemeinen wiederholt in offener Fehde gegen einander, sich Recht zu nehmen, weil der Richter fehlte. Um diesen Uebelsständen endlich ein Ziel zu setzen, vereinigten sich i. J. 1818 beide Regierungen, die ganze Landesgrenze zwischen beiden Staaten zu untersuchen; was davon verbunkelt sein möchte, aufzuklären und zu bestimmen, was streitig, zu vergleichen, und endlich den gesammten Zug der Grenze zu beschreiben, war der Auftrag, welcher jetzt zweien Commissarien, von Hannover dem verstorbenen geheimen Justizrath Blum zu Hildesheim, von Braunschweig dem Verfasser so ertheilt ward, daß die bis dahin bestandenen Specialcommissionen in diese allgemeine sich auflöseten. Eine aus den Acten des Grenzarchivs in Wolfenbüttel gezogene Uebersicht des ganzen Grenzverhältnisses, welche die Darstellung aller streitigen Punkte enthielt, ward den i. J. 1819 eröffneten Unterhandlungen zum Grunde gelegt, und auf dieser Grundlage nach angemessenen Abtheilungen zuerst eine vorläufige Vereinbarung getroffen, diese der Prüfung der beiderseitigen Localbehörden ämterweise unterworfen, worauf sodann die Vereifung der Landesgrenze durch die Commissarien folgte, um nach der befundenen Dertlichkeit zu bestimmen und zu vergleichen, was nicht bereits als außer Zweifel gestellt befunden worden war. Nach solchen Abschnitten ward der Vergleichsentwurf den beiderseitigen Regierungen zur Genehmigung vorgelegt, und endlich, da diese Behandlungsweise die Berichtigung der ganzen, in ihren Krümmungen an 70 Meilen langen Grenze binnen fünf Jahren zum Ziele geführt hatte, die getroffenen Bestimmungen mit der Beschreibung der schon früher festgesetzten Theile in den Receß v. 24. Juni 1824 gefaßt, welcher unter dem 28. März 1825 durch Aufnahme in die Herzoglich Braunschweigische Gesessammlung bekannt gemacht worden ist. Gleich nach Vollendung der eigentlichen Grenzberichtigung und noch vor Vollziehung des Recesses starb der Geheime Justizrath Blum, und seinem Andenken sei hier, von Freundeshand und mit dankbarem Herzen, der Nachruf gewidmet, daß die erwünschte Erledigung dieses umfassenden Geschäfts binnen einem verhältniß-

mäßig kurzen Zeitraume besonders seinem Benehmen beigemessen werden muß. Er vereinigte bei den Verhandlungen Selbstständigkeit und Festigkeit mit einer zeitgemäßen Nachgiebigkeit, verstand Zutrauen zu erwerben und am rechten Orte zu erwiedern und, stets ruhig bei den lebhaftesten Discussionen, blieb er jeder Pedanterie, Rechthaberei und verletzenden Eitelkeit fern. Durch eine geistvolle und belehrende Unterhaltung bei Mittheilungen aus einer reichen und trefflich bearbeiteten Erfahrung mußte er die Eintönigkeit der, gewöhnlich in kleinen Städten und Dörfern betriebenen Commissionsgeschäfte zu würzen und den zur Erholung erforderlichen Wechsel hervorzurufen.

Eine zweite Abtheilung der jener Commission obliegenden Geschäfte betraf die Ausführung des Reccesses. Es war nämlich nicht nur die Grenze zu bemerken, indem die neuerrichteten Theile gehörig versteint, die bereits versteinerten Strecken aber erneuert wurden, sondern auch diese Grenzbezeichnung geometrisch aufzunehmen und in Charten darzustellen, auf welchen sodann, wie in protocollarischen Beschreibungen, die Lage der einzelnen Grenzzeichen nach der Entfernung von einander und den Abweichungswinkeln der durch sie bestimmten Linien genau angegeben, auch die anstoßenden Grundstücke ausgeführt worden sind. In Zukunft etwa abhängig gewordene Grenzmarken werden hiernach immer leicht hergestellt werden können, und jeder Irrung ist damit vorgebeugt. Sodann mußte auch das Steuerverhältniß längs der Grenze regulirt werden. Denn wenn bisher nach der alten Grundlage der Besteuerungen bei Veranlagung der Reichsteuern, die Lage des Gehöftes auch für dessen Zubehör entschied, so sollte jetzt die Landeshoheit das Besteuerungsrecht bestimmen, und die hergebrachten Rechte mithin der Landesgrenze gemäß ausgeglichen werden. Es geschah dieses durch einen besondern Nebenvertrag i. J. 1827.

## XIII.

## Errata und Berichtigungen

zum Artikel:

H a n n o v e r ,

im Rotted-Weiderschen Staatslexicon, VII, S. 375 fg. \*)

S. 375 statt: Kaisers Friedrich II. lies: Friedrich I. Rothbart. Denn bei Herzogs Heinrich Leo Tode, d. 6. Aug. 1195, regierte Kaiser Heinrich VI., und der nachmalige Kaiser Friedrich II. war damals in der Wiege, geb. d. 26. Decbr. 1194.

S. 376 statt: sein (Otto's puer) zweiter Sohn Wilhelm, lies: Johann. So nämlich hieß der Stifter des Alt-lüneburgschen Hauses der Welfen, und nur dessen Vetter führte den Namen Wilhelm.

S. 379. Es würde hier die Bemerkung eine schickliche Stelle gefunden haben, daß die Erwerbungen auf dem Wiener Congresse in der Hauptsache nur Länderteile zum Gegenstande gehabt haben, welche früher dem Hause Braunschweig gehört, oder worauf dasselbe alte Ansprüche hatte, wie das sogenannte große Stift Hildesheim, die Mark Duderstadt, die Grafschaft Wesse und Ostfriesland, das Uebrige aber wie der billige Ertrag für das Rauenburgsche betrachtet werden mußte.

S. 384. Daß das Feudalwesen »nirgends tiefer Wurzel geschlagen als in den Hannöverschen Kurlanden,« möchte nicht zu erweisen sein. Bezieht man den Ausdruck, nach neuem Sprachgebrauche, auf die dinglichen Belästigungen der Bauergüter und gütsherrlichen Rechte, so finden sich ähnliche, selbst noch drücken-

\*) Dieser Theil des Staatslexicons ist dem Verf. erst nach dem Abdrucke von Nr. II. dieser Aufsätze bekannt geworden, daher diesem nicht angehängt. Eben.



dere Verhältnisse in ganz Norddeutschland, wie in Westphalen, Hessen &c., und der eigentliche Lehnsnerus war in den Braunschweig-Lüneburgschen Ländern zu keiner Zeit so vollständig ausgebildet, wie z. B. in Böhmen, und nie mehr wie in Sachsen, Hessen u. A. Auch bestand das Meierverhältniß in jenen Gegenden weder gleichförmig, noch allgemein, und namentlich finden sich ganze Striche in der Provinz Lüneburg, wie in dem Herzogthum Braunschweig, wo davon keine Spur anzutreffen ist.

Ebenaselbst. »Die höchsten Militär- und Civilämter ausschließlich von Adelligen besetzt zu sehen,« konnte in Hannover nie »für etwas ganz Natürliches« gehalten werden, da zu jeder und auch in der letzten Zeit, wenigstens im Militär, die höchsten Stellen auch mit Nichtadeligen besetzt gewesen sind, und im Civil dergleichen Viele in den nächsthöchsten sich gefunden haben. So zeigt z. B. der Staatskalender für 1803 1 Generalleutnant, 2 Generalmajors und 6 Obersten, auch 3 Geheime-Cabinetsträthe und eben soviel Ganzleibdirectoren dieser Classe, und i. J. 1837 finden sich von jenen Graden im Militär 10 und im Civil 14 Nichtadelige aufgeführt.

Ferner. Die Eintheilung der Mitglieder des Tribunals in Celle nach einer adeligen und gelehrten Bank, war nicht vom Hannoverschen Adel und den Vorurtheilen für dessen Vorrechte ausgegangen, sondern bekanntlich eine Befolgung der Grundsätze des deutschen Staatsrechts. Jener höchste Gerichtshof sollte größtentheils in die Stelle der Reichsgerichte treten, und ward also diesen nachgebildet. Beim Reichscammergerichte fanden sich aber Stellen ausschließend für den hohen Adel, die der assessores generosi, welche später Präsidenten benannt wurden, obwohl das Präsidium beim Cammerrichter verblieb, und im Reichshofrath bestanden eben jene zwei Bänke, die adelige und die gelehrte, deren erste für die Mitglieder des hohen Adels und des Ritterstandes angeordnet war \*). Nach diesem Vorbilde fand denn auch dieselbe Einrichtung in vielen, wo nicht allen deutschen Territorien für die obern Gerichtshöfe Statt. Daß sie

\*) Ordin. jud. imp. aul. Tit. 1 §. 9.

aber so lange fortbauerte, erklärt sich leicht, wenn man erwägt, daß überhaupt die alten Einrichtungen sich erhielten, und Niemand gegen diese reclamirt hatte; sie auch, wie die unterscheidenden Curialien u. dergl. für gleichgültig angesehen werden mochten.

§. 395. Daß die Regierung die Erneuerung von Ansprüchen aus dem Alt-lüneburgschen Satebriefe v. 21. Sept. 1392 hätte erwarten müssen, läßt sich kaum, wohl aber gewiß annehmen, daß sie einer solchen Erweckung der Todten nach Ablauf fast eines halben Platonischen Jahrs nicht befürchtet haben würde. Solche Rückblicke dürfen freilich nur als erheiternde Ausschmückungen eines ernstern Vortrages betrachtet werden, und zumal kann die Sate, deren Haupttheil einen temporären Landfrieden bezweckte \*), und welche bereits nach vier Jahren als erzwungen angefochten worden \*\*), einzig zur historischen Entwicklung der Lüneburgschen Verfassungsgeschichte, nemlich dazu gebraucht werden, um darzulegen, nicht was in dieser Provinz landständischen Rechtsens ist, sondern wie das Bestehende sich allmählig ausgebildet hat.

§. 401. Der Vorwurf, daß nach Abstellung des Sportelunfugs die Gehalte der Beamten auf dem Lande »reichlich« geblieben wären, klingt fast wie Scheelsucht, wenn nicht damit »zu hoch bestimmt« hat gesagt werden wollen. Die Befoldungen des ersten Grades der wirklichen Beamten, der Amtsassessoren erster Classe, ward damals auf 600 Rthlr., die des höchsten, der Amtleute, auf 1500 Rthlr. festgesetzt. Der Verf. kennt viele Fälle, wo Männer ohne Vorwurf 10, ja 14 Jahre hindurch ohne Gehalt, zuletzt höchstens mit einem auf den Sportelertrag angewiesenen Dienst Einkommen von 200 bis 300 Rthlr. gebient hatten, und, endlich befördert, jene 600 Rthlr. Befoldung ohne alles Nebeneinkommen an Wohnung u. dergl. geraume Zeit hindurch zu beziehen gehabt haben. Die Anwendung dieser Thatfache auf jene Andeutung bedarf keiner weitem Ausführung. Und was es mit der, dem Adel §. 399 vorgewor-

\*) §. Jakob, Lüneburgsche Landtagsabschiede, Thl. I. §. 22 folg. und 45 folg.

\*\*) Schomaker, Lüneburgsche Chronik.

senen egoistischen »Aufrechterhaltung aller Exemptionen von den herkömmlich bestehenden Steuern« für eine Verwandniß habe, wird ermeßsen werden können, wenn erwogen wird, daß die Ritterschaft, bekanntlich nicht gleichbedeutend mit Adel, welche jedoch hier wohl gemeint sein wird, stets zu den Reichs- und Kreis-, sowie zu allen außerordentlichen Kriegssteuern herangezogen worden ist, und dazu verhältnißmäßig, obwohl nicht nach dem Contributionsfuße beigetragen hat. So ist von des Verf. im Lüneburgschen belegenen Familiengütern auf Veranlassung des Französischen Krieges, in den zehn Jahren vor der feindlichen Occupation (1793 — 1803) bis zu fast hundert Thalern im Jahre zu steuern gewesen, und hat ein Gleiches nach dem siebenjährigen Kriege stattgefunden, um dessen Nachwehen zu theilen. Aehnliche Bemerkungen ließen sich noch zu andern Stellen, z. B. zu S. 414 machen; allein da es einmal zur Parteischriftstellerei gehört, ohne Prüfung aufzunehmen, was zweckdienlich scheint, und zumal den Adel überhaupt und besonders die Hannoverischen Verhältnisse in Schatten zu stellen, so wird jeder Unbefangene solche Angaben zu würdigen wissen. Ist doch der Schriftsteller nur dem Zeitgeiste gefolgt, und der Zeitgeist ist ja unwiderstehbar, wie Herr von Talleyrand einmal gesagt hat, und allerdings war das ein, zwar wahrlich nicht liberaler, aber in revolutionären Dingen vielbewandelter Mann, welcher eben in der Kraft des Zeitgeistes die Rechtfertigung oder doch Entschuldigung seiner Wandelbarkeit gefunden, wenigstens gesetzt haben mag. Wenn übrigens den sogenannten Conservativen ihr Widerstand, weil vergeblich, zum Vorwurfe gemacht wird, so übersieht man, daß jede Meinungsäußerung erst als unwiderstehlich sich bewährt haben muß, um für den wahren Zeitgeist gehalten werden zu dürfen, und daß dieser Beweis allein aus einem besiegten Widerstande hervorgehen kann. Wohin dann der Sieg sich neigt, da erst ist der Zeitgeist zu treffen.